

Max Kroppenberg, Christian Sydow

# Sozialleistungsmissbrauch?

## Politische und mediale Diskurse im Spannungsfeld von Sozialpolitik und Migration

### AUF EINEN BLICK

---

- Die Diskurse zu Sozialstaat und Migration sind verschränkt. Migration steht einerseits im Verdacht, das ‚soziale Gleichgewicht‘ zu stören, andererseits erscheint die Einwanderung von Fachkräften angesichts von demografischem Wandel und Fachkräftemangel alternativlos.
- Das diskursive Spannungsfeld zwischen Sozialstaat und Migration wurde u. a. in Debatten über das Bürgergeld, die Bezahlkarte für Geflüchtete sowie über etwaigen Sozialleistungsmissbrauch von Migrant\*innen deutlich. Die diskursive Auseinandersetzung um Migration und Sozialpolitik betrifft darüber hinaus auch die institutionalisierten Funktionsweisen allgemeiner sozialer Sicherungssysteme.
- Die vorliegende Studie dokumentiert die diskursanalytische Auswertung von Bundestagsdebatten sowie von reichweitenstarken Medien zu den oben genannten Themen und

setzt sie in Kontext mit administrativem Wissen und einer historischen Diskursentwicklung.

## ABSTRACT DEUTSCH

Die vorliegende Studie untersucht die Verschränkung der Diskursstränge zu Migration und Sozialstaat am Beispiel aktueller Debatten im Deutschen Bundestag zu Fragen des Missbrauchs sozialer Leistungen sowie deren Rezeption in reichweitenstarken Medien. Dazu wird zunächst kurz das administrative Wissen zu Sozialleistungsmissbrauch dargestellt und anschließend wird anhand bestehender Forschungsliteratur der Diskursverlauf seit den 1950er-Jahren entlang der wichtigsten Entwicklungen nachgezeichnet. Es folgt eine exemplarische Aussagenanalyse von Bundestagsdebatten zu den Themen Bürgergeld, Bezahlkarte für Geflüchtete sowie zu Sozialleistungsmissbrauch bzw. Vaterschaftsbetrug. Anschließend werden die Leitmedien FAZ, SZ und taz sowie die Bild in Bezug auf die genannten Themen ausgewertet. Im Ergebnis zeigt sich aktuell eine Polarisierung im Sagbarkeitsfeld zwischen ‚belastender Fluchtmigration‘ und ‚nützlicher Fachkräftemigration‘. Der Diskurs ist geprägt durch Bilder von Entgrenzung und Denormalisierung. Aussagen zu ‚ausländischem‘ Leistungsmissbrauch werden dabei strategisch aufgerufen. Positive Bezugnahmen auf Migration erfolgen vornehmlich in Bezug auf Fachkräfte.

## ENGLISH ABSTRACT

This study examines the intertwining of the discourse strands on migration and the welfare state using the example of current debates in the German Bundestag and their reception in high-reach media. To this end, the administrative knowledge on the abuse of social benefits is first briefly presented and then the course of discourse since the 1950s is traced along the most important developments using existing research literature. This is followed by an exemplary analysis of statements of Bundestag debates on the topics of Bürgergeld, payment cards for refugees and the abuse of social benefits and paternity fraud. The leading media FAZ, SZ and taz as well as Bild are then analysed in relation to these topics. The result shows a polarisation in the field of utterability between ‘burdensome refugee migration’ and ‘useful skilled labour migration’. The discourse is characterised by images of dissolution of boundaries and denormalisation. Statements on ‘foreign’ abuse of benefits are strategically invoked. Positive references to migration are primarily made in relation to skilled labour.

# 1 Einleitung

Im September 2022 erklärte Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, im Format BILD TV: „Wir erleben mittlerweile einen Sozialtourismus dieser Flüchtlinge: nach Deutschland, zurück in die Ukraine, nach Deutschland, zurück in die Ukraine.“ (Blanke, SZ, 27.09.2022) Merz erntete für diese Aussage über ukrainische Geflüchtete heftige Kritik. Er ruderte zurück und entschuldigte sich öffentlich – das Narrativ von Geflüchteten, die Leistungen missbrauchen, hatte er dennoch aktualisiert. In der ‚Sozialtourismus‘-Aussage wird eine Verschränkung der Diskurse zu Sozialstaat und Migration deutlich, die auch in den folgenden Wochen und Monaten die Struktur des Diskurses prägte. Nicht zuletzt in der Debatte um das Bürgergeld wurden sozialstaatliche Leistungen im Hinblick auf Migration problematisiert. So hieß es etwa bei Bild online: „Fast jeder zweite Bürgergeld-Bezieher ist mittlerweile Ausländer. Kommen die Einwanderer in die Sozialsysteme oder in den Arbeitsmarkt?“ (Philip und Piatov, Bild.de, 27.09.2024). Es wurde vehement über den Missbrauch von Sozialleistungen diskutiert, dabei wurde in der öffentlichen Debatte bereits die Inanspruchnahme von Leistungen als Missbrauch gedeutet oder zumindest der Verdacht nahegelegt.

Mit dieser Studie geben wir einen Überblick über die diskursive Entwicklung der Verschränkung der Diskurse zu Sozialstaat und Migration. Dazu untersuchen wir diskursanalytisch aktuelle Debatten zum Bürgergeld, zur Bezahlkarte für Geflüchtete sowie zu Sozialleistungsmissbrauch bzw. Scheinvaterschaften. Dabei nehmen wir verschiedene Diskursebenen in den Blick: Ausgewertet wurden für den parlamentarischen Diskurs ein Dossier von Bundestagsdebatten und für den mediopolitischen Diskurs<sup>1</sup> ein Dossier mit Artikeln der reichweitenstarken Medien Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Süddeutsche Zeitung (SZ) und taz<sup>2</sup> sowie ein Dossier bestehend aus Artikeln der Bild.<sup>3</sup>

Der vorliegende Forschungsbericht gliedert sich wie folgt:

Im zweiten Kapitel geben wir einen Überblick zu zentralen Begriffen und Strukturen der Diskurse zu Sozialstaat und Migration. Anschließend zeichnen wir in Grundzügen den Diskursverlauf nach.

Im dritten Kapitel werden die Ergebnisse einer diskursanalytisch geleiteten Auswertung aktueller Bundestagsdebatten zu den Themen Bürgergeld, Leistungsmissbrauch,

**1** Medien und Politik beziehen sich aufeinander und sind teilweise so eng miteinander verbunden, dass von einer mediopolitischen Diskursebene gesprochen werden kann (vgl. ausführlich: Jäger und Zimmermann 2019, S. 94-96; Jäger et al. 2024, S. 168).

**2** Der Forschungsprozess wurde von Elvira Domrachev und Paul Kleinschmidt im Rahmen ihres Praktikums im Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung unterstützt.

**3** Die Analyse der *Bild* wurde von Benno Nothardt, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, durchgeführt.

Scheinvaterschaften sowie zur Bezahlkarte für Geflüchtete dargestellt. Dabei werden die zentralen Aussagen und Argumentationsgänge der jeweiligen Debatten herausgearbeitet. Hervorgehoben werden außerdem die Besonderheiten des parlamentarischen Diskurses.

Im vierten Kapitel wird der mediopolitische Diskurs zu den Themen Bürgergeld, Scheinvaterschaften und Bezahlkarte für Geflüchtete betrachtet. Dazu erfolgt zunächst eine synoptische Darstellung von Analysen der Leitmedien FAZ, SZ und taz. Ebenfalls wird die Entwicklung in der Berichterstattung der *Bild* beschrieben.

Im Fazit führen wir die diskursanalytisch gewonnenen Erkenntnisse zusammen und ordnen sie in den dargestellten Diskursverlauf ein. Dabei beleuchten wir aktuelle Entwicklungen und zeigen Fragestellungen für eine weitere Untersuchung der Diskursverschränkung Sozialstaat und Migration auf.

Die Analyse des empirischen Materials orientiert sich an der Kritischen Diskursanalyse (KDA) (Jäger et al. 2024). Die KDA stellt ein Konzept qualitativer Sozialforschung dar, die Diskurse als gesellschaftliche Redeweisen fasst, die institutionalisiert sind, d. h. gewissen Regeln unterliegen, und die Machtwirkungen entfalten, weil sie das Handeln von Menschen bestimmen. Diskurse können als ‚Fluss von Wissen durch Zeit und Raum‘ begriffen werden, die von der Vergangenheit durch die Gegenwart in die Zukunft fließen.

Diskursanalyse fragt danach, was zu einem bestimmten Zeitpunkt von wem wie sagbar ist bzw. war. Das wiederum bedeutet, dass immer auch die Frage gestellt wird, was nicht sagbar ist bzw. war. Auf diese Weise erfasst Diskursanalyse das Feld des Sagbaren. Indem aber auch die Grenzen des Sagbaren berücksichtigt werden, lassen sich auch die Machtwirkungen von Diskursen aufzeigen. Bei der Beschreibung des Sagbarkeitsfeldes betrachten wir nicht nur die Sprache als Vermittlungsform, sondern analysieren im Hinblick auf diskursive Aussagen immer auch den Zusammenhang von Form und Inhalt von Äußerungen (Jäger et al. 2019, S. 12).

Aussagen vermitteln sich unter anderem auch über Kollektivsymbole. Darunter versteht man „kulturelle Stereotypen, die kollektiv tradiert und benutzt werden“ (Drews et al. 1985, S. 265). Dabei kann es sich um tatsächliche Bilder wie Fotos oder Karikaturen handeln, aber auch sprachliche Bilder wie Metaphern werden mit dem Begriff gefasst. Kollektivsymbole zeichnen sich dadurch aus, dass sie „von einem großen Teil der Gesellschaft sofort verstanden [...] und, als sinnvoll‘ angesehen [werden]“ (Disselinkötter und Parr 1994, S. 52). Bei unserer Analyse gehen wir davon aus, dass der Diskurs in Deutschland durch eine normalistische Kultur geprägt ist (Link 2006). In modernen Gesellschaften spielt die Vorstellung einer statistischen Normalität, die Sicherheit vermittelt und das gute Innen der Mehrheit vom gefährlichen Außen der Minderheit abgrenzt, eine bedeutende Rolle. Aus ‚Anormalität‘ wird ein Handlungsbedarf abgeleitet, der darauf zielt, wieder Normalität herzustellen.

Die betrachteten Ebenen des parlamentarischen und medialen Diskurses sowie des administrativen Wissens sind auf formeller und informeller Ebene stark miteinander verflochten (Korte und Fröhlich 2004, S. 230-231).

Insbesondere zwischen den Diskursebenen Medien und Politik besteht eine starke Wechselwirkung: Während Medien die Öffentlichkeit für politische und gesellschaftliche Themen schaffen (Schneider 1998, S. 432), werden sie ebenso von politischen Akteur\*innen genutzt, um Öffentlichkeit für ein bestimmtes Thema zu schaffen und auf die politische und gesellschaftliche Agenda zu setzen. Die Sprecher\*innen in parlamentarischen Debatten beziehen sich nicht ausschließlich auf die Beiträge anderer Parlamentarier\*innen, sondern stellen durch ihre Redebeiträge vielmehr eine Auswahl an bestimmten Wissensangeboten zur Verfügung, welche dann über die Medien an eine potenzielle Wählerschaft weitergetragen werden soll. Dadurch sind politische Akteur\*innen maßgeblich selbst an der Konstruktion der politischen Wirklichkeit beteiligt (Bleses und Rose 1998, S. 28). Dies hat zur Folge, dass die

Diskursebenen teilweise so eng verbunden sind, dass sie sich nur schwer voneinander abgrenzen lassen (Jäger et al. 2024, S. 168).

Das Verhältnis von Politik zur administrativen Ebene lässt sich einerseits als Top-Down-Beziehung beschreiben, in der die Administration die Anweisungen in Form von Gesetzen und Regelungen in Regierungshandeln übersetzt. Andererseits produzieren Behörden auch administratives Wissen in Form von Berichten, Statistiken oder Stellungnahmen, welches dann als Grundlage Bottom-Up in politischen Entscheidungen berücksichtigt wird (Korte und Fröhlich 2004, S. 209). Ebenso werden administratives Wissen und Entscheidungen als institutionalisierte Quelle regelmäßig von Medien aufgegriffen und sind somit Teil des mediopolitischen Diskurses (Nullmeier 2001, S. 291-292; Jäger 2001, S. 82-83).

Die enge Verflechtung von parlamentarischem, medialem und administrativem Wissen führt also dazu, dass diskursive Deutungsmuster nicht nur vermittelt, sondern auch aktiv (re)produziert werden. Um ihrer komplexen Macht-Wissens-Beziehung gerecht zu werden, werden nachfolgend die drei Ebenen und ihre Bezugnahme aufeinander betrachtet.

## 2 Administratives Wissen

Der Diskurs um Sozialleistungen und Sozialleistungsmissbrauch ist verschränkt mit dem Diskurs zu Migration. Um uns dem Gegenstand der Debatte zu nähern, stellen wir zunächst das administrative Wissen zu Sozialleistungen dar. Dieses Kapitel gibt im ersten Teil einen kurzen Überblick zur rechtlichen Ausgestaltung des Zugangs zu Sozialleistungen und beleuchtet dabei insbesondere die Leistungsansprüche von Migrant\*innen. Im zweiten Teil stellen wir dar, wie Sozialleistungsmissbrauch bzw. Sozialleistungsbetrug von administrativer Seite definiert werden, welche Stellen für deren Verfolgung verantwortlich sind und wie das Phänomen statistisch erfasst wird.

### 2.1. ZUGANG ZU SOZIALLEISTUNGEN

Sozialleistungen sind Dienst-, Sach- und Geldleistungen, die auf der Grundlage des Sozialgesetzbuches (SGB) der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit dienen sollen. Sie sind laut SGB I dazu bestimmt, „ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, gleiche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit, insbesondere auch für junge Menschen, zu schaffen, die Familie zu schützen und zu fördern, den Erwerb des Lebensunterhalts durch eine frei gewählte Tätigkeit zu ermöglichen und besondere Belastungen des Lebens, auch durch Hilfe zur Selbsthilfe, abzuwenden oder auszugleichen“ (§ 1 Abs. 1 Satz 2 SGB I). Zu diesen Leistungen zählen u. a. das Bürgergeld, Kinder- und Elterngeld und Asylbewerberleistungen.<sup>4</sup>

#### Sozialleistungen und Migration

Der Leistungsanspruch von Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft und Asylsuchenden ist in Teilen separat geregelt. Ob und welche Sozialleistungen Migrant\*innen beziehen können, hängt in erster Linie vom jeweiligen Aufenthaltsstatus ab:

- Schutzsuchende im Asylverfahren mit Aufenthaltsgestattung, geduldete und ausreisepflichtige Personen erhalten bis zur Zuerkennung eines Aufenthaltstitels keine Leistungen nach dem SGB, sondern unterliegen dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG § 1 Abs. 1).
- Anerkannte Schutzberechtigte nach dem Grundgesetz oder der Genfer Flüchtlingskonvention und international subsidiär Schutzberechtigte sind deutschen Bürger\*innen im Wesentlichen gleichgestellt. Sie können Arbeitslosengeld I erhalten und haben Anspruch auf den Erhalt von Bürgergeld. Weiterhin haben sie Anspruch auf Sozialhilfe und weitere Sozialleistungen. Gleiches gilt für Personen mit einem Aufenthaltstitel, wenn ein Abschiebeverbot vorliegt oder § 24 AufenthG

---

<sup>4</sup> Auch BAföG, Rente, Krankenversicherung und weitere Leistungen zählen dazu. Zur Fragmentierung der Sozialpolitik ausführlich: Bogumil und Gräfe 2024.

(„Massenzustrom-Richtlinie“) gilt. Letzteres greift gegenwärtig für die Schutzgewährung ukrainischer Geflüchteter.

- EU-Bürger\*innen genießen das Recht der EU-Freizügigkeit. Als Arbeitnehmende, Selbstständige, Auszubildende, Personen mit Daueraufenthaltsrecht<sup>5</sup> sowie deren Familienangehörige haben sie in Deutschland Anspruch auf Bürgergeld und Sozialhilfe. Im Falle eines unfreiwilligen Verlusts von Arbeit besteht ebenfalls ein Anspruch auf Arbeitslosengeld. Die Voraussetzungen für den Sozialleistungsbezug von EU-Bürger\*innen auf Arbeitssuche wurden zuletzt verschärft. So haben Personen ohne materielles Aufenthaltsrecht und Personen mit einem Aufenthalt zur Arbeitssuche<sup>6</sup> oder gemäß der Wanderarbeiterverordnung keinen Anspruch auf Sozialhilfe (Informationsverbund Asyl & Migration 2022a).
- Drittstaatsangehörige, die weder einem EU-Staat bzw. Staat des Europäischen Wirtschaftsraums angehören noch einen Asylantrag stellen, benötigen einen Aufenthaltstitel. Wenn sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben und die grundsätzlichen Anspruchsvoraussetzungen erfüllen, haben sie in der Regel Anspruch auf Sozialleistungen. Sind sie nicht erwerbstätig, ist der Anspruch zunächst für drei Monate ausgeschlossen. Ebenfalls keinen Anspruch haben sie, wenn sie kein Aufenthaltsrecht genießen oder der Zweck des Aufenthalts der Arbeitssuche gilt. Ausgeschlossen ist ein Anspruch auf Sozialhilfe ebenfalls, wenn der Erhalt der Sozialhilfe als Einreisegrund angegeben wird (Informationsverbund Asyl & Migration 2022b).
- Kindergeldanspruch besteht für Kinder, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben (BKGG § 1 Abs. 1 und 2). Asylsuchende während des Asylverfahrens sowie geduldete Personen haben in der Regel keinen Anspruch auf Kindergeld. EU-Bürger\*innen können unter bestimmten Voraussetzungen Kindergeld in Deutschland beziehen – etwa, wenn sie erwerbstätig sind oder ein Daueraufenthaltsrecht haben (BKGG § 1 Abs. 3).

Eine Tendenz zur Stratifizierung und Konditionalisierung sozialer Leistungen prägt nicht nur die Einwanderungs- und Sozialpolitik der Bundesrepublik, sondern lässt sich parallel in verschiedenen europäischen Wohlfahrtsstaaten beobachten (vgl. u. a. Könönen 2018).

### 2.1.1 LEISTUNGSMISSBRAUCH UND LEISTUNGSBETRUG

In der Debatte um den unrechtmäßigen Bezug von Sozialleistungen werden die Begriffe Sozialleistungsmissbrauch und Sozialleistungsbetrug häufig synonym verwendet. Von administrativer Seite werden darunter allerdings zwei verschiedene Phänomene begriffen. Sozialleistungsbetrug setzt eine vorsätzliche Täuschung voraus und stellt eine strafbare Handlung nach StGB § 263 dar. Sozialleistungsmissbrauch stellt dagegen eine Ordnungswidrigkeit dar und wird entsprechend den Vorschriften im SGB behandelt. Ein Verstoß gegen Mitwirkungspflichten, z. B. unterlassene Mitteilungen über veränderte persönliche oder wirtschaftliche Verhältnisse, führt statt zu einer strafrechtlichen Verfolgung zu einer Verwaltungsentscheidung.<sup>7</sup>

---

<sup>5</sup> Dieses Recht erhalten EU-Bürger\*innen, wenn sie sich fünf Jahre ständig und rechtmäßig in Deutschland aufhalten.

<sup>6</sup> Ausgenommen von dieser Einschränkung sind Angehörige von Staaten, die Teil des Europäischen Fürsorgeabkommens (EFA) sind (Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden, Spanien, Türkei und Großbritannien).

<sup>7</sup> Leistungsbeziehende haben darüber hinaus weitere Mitwirkungspflichten: So kann der Leistungsträger von Leistungsbeziehenden ein persönliches Erscheinen verlangen (§ 61 SGB I) oder fordern, dass sie sich ärztlichen und psychologischen Untersuchungen (§ 62 SGB I) und Heilbehandlungen unterziehen (§ 63 SGB I) sowie an Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben teilnehmen. Die Grenzen dieser

Der Begriff des Leistungsmissbrauchs findet sich an verschiedenen Stellen des Sozialgesetzbuches, ohne dass er dort eindeutig legal definiert wird (Deutscher Bundestag 2022a, S. 5). In der juristischen Literatur, etwa dem renommierten Rechtswörterbuch von Klaus Weber (2022), wird Leistungsmissbrauch folgendermaßen definiert:

„Wer Sozialleistungen beantragt bzw. erhält, hat die Pflicht, dem Leistungsträger alle für die Leistung erheblichen Tatsachen anzugeben, Änderungen in den Verhältnissen unverzüglich mitzuteilen und auf Verlangen des Leistungsträgers entsprechende Beweismittel vorzulegen. (§ 60 SGB I) Wer diese Pflicht vorsätzlich verletzt und so unberechtigt Sozialleistungen bezieht, begeht eine Straftat. Das gilt sowohl für den Fall, dass vorsätzlich falsche Angaben gemacht wurden als auch, dass wichtige Informationen verschwiegen wurden.“ (Werner 2022).

### Zuständigkeit administrativer Stellen

Für die Bewilligung und Prüfung (auch von Missbrauch) von Sozialleistungen nach dem SGB II (Grundsicherung) und dem SGB III (Arbeitsförderung) sind die jeweiligen Leistungsträger verantwortlich. Das sind im Fall der Grundsicherung die Jobcenter als gemeinsame Einrichtungen (gE) der Bundesagentur für Arbeit (BA) sowie der Kreise und kreisfreien Städte bzw. zugelassene kommunale Träger. Für Leistungen nach SGB III ist ebenfalls die BA verantwortlich (Deutscher Bundestag 2022b, S. 4).

Werden in diesem Kontext Straftaten des Betrugs und der Urkundenfälschung begangen, um unrechtmäßig Leistungen zu erhalten, so ist die BA für deren Anzeige, nicht aber für deren Verfolgung und Ahndung, verantwortlich. Bei Straftatverdacht erstatten die jeweiligen Stellen Anzeige bei den Staatsanwaltschaften. Ordnungswidrigkeiten<sup>8</sup>, die Sozialleistungsmissbrauch zur Folge haben, werden direkt durch die BA verfolgt und geahndet (Deutscher Bundestag 2022b, S. 4). Die BA bietet ein Online-Formular an, in dem anonym **Hinweise zu einem möglichen Leistungsmissbrauch** gegeben werden können.

Wird Sozialleistungsmissbrauch mit Schwarzarbeit bzw. illegaler Beschäftigung in Verbindung gebracht, so obliegt die Ahndung und Verfolgung den Hauptzollämtern. Diese müssen prüfen, ob aufgrund erbrachter oder vorgetäuschter Dienst- und Werkleistungen zu Unrecht Sozialleistungen nach dem SGB II bzw. III bezogen wurden. Mit dem *Gesetz gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch* vom 11. Juli 2019 wurde die Zollverwaltung mit erweiterten Befugnissen ausgestattet. Verantwortlich für die Verfolgung von illegaler Arbeit und Sozialleistungsmissbrauch ist die Einheit *Finanzkontrolle Schwarzarbeit* (FKS) der Bundeszollverwaltung. Die FKS prüft neben zu Unrecht bezogenen Sozialleistungen nach SGB II und SGB III auch Anhaltspunkte für ungerechtfertigten Kindergeldbezug und wirkt in diesem Zusammenhang auch an Prüfungen der Familienkassen der BA (FamKa) mit (Deutscher Bundestag 2021, S. 13).

### Statistische Erfassung von Sozialleistungsmissbrauch

Es gibt keine bundesweite vollständige Statistik zum Thema Sozialleistungsmissbrauch, da eine erforderliche gesetzliche Grundlage für die Datenerhebung- und Verarbeitung nicht besteht. Allerdings legen die verschiedenen für die Verfolgung und Ahndung verantwortlichen Stellen regelmäßig Berichte vor:

Über die Bekämpfung von Leistungsmissbrauch zieht die Bundesagentur für Arbeit jährlich Bilanz. Der BA stehen dabei jedoch nur die Bearbeitungsergebnisse der 300 gemeinsamen

---

Mitwirkungspflichten sind in § 65 SGB I geregelt: So müssen Beziehende von Leistungen keine unverhältnismäßigen oder unzumutbaren Pflichten erfüllen.

**8** Eine Ordnungswidrigkeit liegt etwa bei fahrlässig versäumten Angaben oder versehentlichen Falschangaben vor. Wer hingegen vorsätzlich handelt, begeht eine Straftat.

Einrichtungen und nicht die der 104 zugelassenen kommunalen Träger zur Verfügung. Weiterhin weist die BA darauf hin, dass „wegen einer nicht quantifizierbaren Dunkelziffer weder verlässliche Aussagen über die Anzahl der Leistungsbezieher\*innen, die Missbrauch begehen, noch über den tatsächlichen Umfang des Leistungsmissbrauchs und die dadurch entstehenden Vermögensschäden möglich“ seien (Bundesagentur für Arbeit 2024a, S. 4). Gemäß der Jahresbilanz der BA ist die „wichtigste Erkenntnisquelle für die Feststellung von Leistungsmissbrauch [...] der automatisierte Datenabgleich nach § 52 SGB II“ (Bundesagentur für Arbeit 2024a, S. 14). Dabei übermitteln die Jobcenter quartalsweise personenbezogene Daten von Leistungsbeziehenden und deren Bedarfsgemeinschaften an die Deutsche Rentenversicherung. Diese prüft unter anderem Überschneidungen mit Erwerbseinkommen, Renten- und Unfallversicherungsleistungen, Kapitalerträgen sowie Leistungen anderer Sozialleistungsträger. Zusätzlich wird monatlich überprüft, ob eine Erwerbstätigkeit aufgenommen wurde. Auffällige Überschneidungen werden den zuständigen Jobcentern zur weiteren Prüfung gemeldet (Deutscher Bundestag 2023, S. 4-5).

Die folgende Tabelle stellt die Zahl der festgestellten Fälle mit Leistungsmissbrauch oder Verdacht auf Leistungsmissbrauch im SGB II dar.

**Tabelle 1: Zahl der festgestellten Fälle mit Leistungsmissbrauch oder Verdacht auf Leistungsmissbrauch (SGB II)**

Jahr	2020	2021	2022 <sup>9</sup>	2023
Zahl der Fälle	118.700	134.441	119.063	104.870

Quelle: Jahresbilanzen der BA „Bekämpfung von Leistungsmissbrauch im SGB II“ (2020-2023).

Die Zahl der festgestellten Fälle von Leistungsmissbrauch oder Verdacht auf Leistungsmissbrauch unterliegt gewissen Schwankungen (Tabelle 1). Die BA stellt 2024 in ihrer Bewertung der Bilanz fest: „Die Gesamtproblematik hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Leistungsmissbrauch findet nach wie vor in nennenswertem Umfang statt“ (Bundesagentur für Arbeit 2024a, S. 9). Legt man die Zahl aus 2023 von 104.870 festgestellten Fällen zugrunde und setzt diese in Verhältnis zu mehr als 5,5 Millionen Leistungsberechtigten nach SGB II (Bundesagentur für Arbeit 2024b), ergibt sich eine Quote von ca. 2 %.

Separat erfasst wird in der Statistik der BA der sogenannte systematische bandenmäßige Sozialleistungsmissbrauch. So werden Fälle bezeichnet, in denen von nicht deutschen EU-Bürger\*innen Arbeitsverhältnisse oder selbstständige Tätigkeiten vorgetäuscht werden, um den Leistungsausschluss nach § 7 Abs. 1 Satz 2 SGB II zu umgehen (Deutscher Bundestag 2022a, S. 14).

**Tabelle 2: Zahl der festgestellten Fälle von sogenanntem bandenmäßigem Leistungsmissbrauch (Vortäuschen von Arbeitsverhältnissen oder selbstständigen Tätigkeiten bei EU-Bürger\*innen)**

Jahr	2020	2021	2022	2023
------	------	------	------	------

<sup>9</sup> Für das Jahr 2022 weist die BA darauf hin, dass der deutliche Rückgang der erfassten Fälle auf die vor allem durch die Ukraine-Krise verursachte hohe Arbeitsbelastung zurückzuführen ist.

<b>Zahl der Fälle</b>	499	574	324	264
-----------------------	-----	-----	-----	-----

Quelle: Jahresbilanzen der BA „Bekämpfung von Leistungsmissbrauch im SGB II“ (2020-2023).

Bezüglich des bandenmäßigen Leistungsmissbrauchs konstatiert die BA, dieser komme zwar „in einzelnen großstädtischen Ballungsräumen, [...] [aber] in Relation zu allen leistungsberechtigten Personen in der Praxis eher selten vor“ (Bundesagentur für Arbeit 2024a, S. 4).

Die BA beziffert seit 2021 in ihrer Bilanz auch den durch den erfassten Leistungsmissbrauch entstandenen Vermögensschaden.

**Tabelle 3: Durch Leistungsmissbrauch entstandener Vermögensschaden**

Jahr	2020	2021	2022	2023
<b>Schaden in Mio. Euro</b>	k. a.	421,9	272,5	257,6

Quelle: Jahresbilanzen der BA „Bekämpfung von Leistungsmissbrauch im SGB II“ (2020-2023).

Weiterführende oder separat erfasste Zahlen etwa zu Missbrauch oder Betrug im SGB III oder im AsylbLG liegen der BA nicht vor. Zahlen zu Kindergeldbetrug liegen ebenfalls nicht vor. Auf Anfrage wurde durch die BA bestätigt, dass keine solche Statistik geführt wird.

**Administratives Wissen zu Sozialleistungsmissbrauch**

Die statistische Erfassung von Sozialleistungsmissbrauch ist äußerst lückenhaft, wodurch eine differenzierte Bewertung des tatsächlichen Ausmaßes erschwert wird. Dieses Problem wird durch die verschiedenen Verantwortlichkeiten und durch mit unterschiedlichen Kompetenzen ausgestattete Stellen noch verstärkt. Die BA fasst in ihrer Statistik etwa die ‚Fälle mit Leistungsmissbrauch oder Verdacht auf Leistungsmissbrauch‘ zusammen. Ein ‚Verdacht auf Leistungsmissbrauch‘ besteht, wenn die entsprechenden Jobcenter in einem Fall selbst keine abschließende Entscheidung treffen, sondern den Fall etwa an Staatsanwaltschaften oder Behörden der Zollverwaltung weitergeben (Bundesagentur für Arbeit 2023, S. 6). Ob Ermittlungen in der Folge eingestellt werden oder welche Ergebnisse folgende Gerichtsurteile möglicherweise zeitigen, entzieht sich dem Wissen der Behörden. Schon deshalb ist eine Aussage zum Umfang von Leistungsmissbrauch nicht möglich.

Es liegt außerdem nahe, dass durch die zentrale Rolle des automatisierten Datenabgleichs eine hohe Zahl an Verdachtsfällen in Sachen Leistungsmissbrauch generiert wird, die sich später als ungerechtfertigt herausstellen - etwa durch Aufstocker\*innen, die kurzfristig eine Beschäftigung aufnehmen, oder Personen, die bereits Leistungen für einen Monat erhalten haben und ihre Arbeit etwa in der Mitte des Monats starten.

Die algorithmische Detektion von Unregelmäßigkeiten liefert zwar potenziell belastbare Hinweise, gleichzeitig suggeriert sie aber eine Objektivität, die aufgrund der mangelnden Transparenz der Prüfmechanismen nicht gewährleistet ist. Die Aufzählung besitzt damit nur eine eingeschränkte Aussagekraft.

Ein gravierender blinder Fleck der Erfassung betrifft die komplette Abwesenheit von Daten zum Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) und zu Kindergeldbetrug. Diese Leerstelle ist umso bedeutsamer, da gerade diese Bereiche häufig im Zentrum medialer und politischer Debatten um angeblichen Sozialleistungsmissbrauch stehen – insbesondere im Kontext migrationspolitischer Diskussionen. Dass hierzu keinerlei belastbaren Zahlen existieren, lässt

Raum für Spekulationen, Fehlinformationen und politisch motivierte Verzerrungen. Die statistische Unterbestimmung des Themas macht es möglich, Einzelfälle zu generalisieren und damit systematische Problemlagen zu suggerieren. Wie solche diskursiven Figuren eingesetzt werden, zeigen wir in den folgenden Kapiteln.

## 3 Zentrale Begriffe und Diskursverlauf

Die Verschränkung der Diskurse zu Migration und Sozialstaat ist nicht neu, sondern ein wiederkehrendes Phänomen. Jäger et al. definieren Diskurse als „mäandernde[n] ‚Fluss von ‚Wissen‘ bzw. sozialen ‚Wissensvorräten‘ durch die Zeit“ (Jäger und Jäger 2007, S. 23) und verweisen damit auf ihre historische Materialität. Das wird dadurch deutlich, dass gewisse Topoi in Diskursen immer wieder erscheinen und aufgegriffen werden. Die Vergangenheit eines Diskursstrangs spielt also eine tragende Rolle dafür, die Zusammensetzung im untersuchten Zeitraum einordnen zu können (Jäger et al. 2024, S. 43-45). Mit diesem kontextualisierenden Kapitel wollen wir anhand bereits bestehender (Diskurs-)Analysen zunächst zentrale Strukturen für die Verschränkung von Migrations- und Sozialstaatsdiskurs vorstellen und in Grundzügen die diskursive Entwicklung nachzeichnen.

### 3.1. DISKURSVERLAUF

Für die Verschränkung von Migration und Sozialstaat ist die Verknüpfung von Migration und Arbeit zentral. Denn der Einschluss des ‚migrantisch anderen‘ ist eng an ökonomische Nützlichkeitsabwägungen gebunden. Das diskursive Feld zeigt sich dabei dennoch nicht homogen: Auch den ökonomisch gewollten Migrationsbewegungen wurde teilweise mit „rassistisch geprägten Diskursen der Abwehr, Begrenzung und Kriminalisierung auf medialer, politischer wie gesamtgesellschaftlicher Ebene“ (Kollender und Kourabas 2020, S. 89) begegnet.

#### **‚Gastarbeiter\*innen‘ und Fachkräftemigration**

Die Anwerbung von sogenannten ‚Gastarbeiter\*innen‘ ab den 1950er-Jahren folgte zunächst rein ökonomischen Erwägungen. ‚Gastarbeiter\*innen‘ boten kostengünstige und mobile Arbeitskraft, die in der Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs benötigt wurde. Sie verrichteten unbeliebte, gesundheitsbelastende und schlecht bezahlte Arbeit und waren damit funktionaler Teil der Gesellschaft. Sie hatten jedoch keinen Status als Bürger\*innen, stattdessen war ihr Aufenthalt in der Bundesrepublik mit „politischen, rechtlichen und sozialen Einschränkungen verbunden“ (Kollender und Kourabas 2020, S. 90), etwa durch die Einschränkung politischer Betätigung, einen prekären Aufenthaltsstatus und Segregation bei der Unterbringung. Damit sollte auch ein Sesshaftwerden der ‚Gastarbeiter\*innen‘ verhindert werden. So galt es im Diskurs der 1970er-Jahre als ausgemacht, dass „‚Gastarbeiter‘ ihr Gastrecht mit dem Auslaufen ihrer Nützlichkeit verlören“ (Uske 1995, S. 109-110; Jäger und Wamper 2017, S. 22). Diese Position wurde im Zuge der Massenarbeitslosigkeit ab Mitte der 1970er-Jahre auch politisch umgesetzt. Erst wurden viele ausländische Beschäftigte gemäß eines gesetzlich geregelten Vorrangs deutscher Beschäftigter entlassen. Anschließend galten sie häufig als ‚unechte Arbeitslose‘, „die eigentlich nicht auf den deutschen Arbeitsmarkt gehörten und deshalb in der Statistik nicht mitgerechnet werden dürften“ (Kreft

und Uske 2023, S. 11). Damit wurde auch ihr Aufenthalt in der BRD delegitimiert – der Ausschluss wurde mit Programmen wie der Rückkehrförderung untermauert.<sup>10</sup>

Seitdem hat sich der Arbeitsmarkt stark gewandelt: Es wurden immer weniger austauschbare Arbeitskräfte für Anlern Tätigkeiten benötigt – diese wurden durch Facharbeit ersetzt. Als zentrales Problem galt, vor allem in Folge des demografischen Wandels, zunehmend Fachkräftemangel. Migration wurde nun häufiger als Lösungskonzept diskutiert und in der Folge wurde zunehmend versucht, Fachkräfte aus dem Ausland anzuwerben. Auch im Migrationsdiskurs gerieten alte Gewissheiten in Bewegung. So wurde schon Ende der 1980er-Jahre vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sogar von relevanten Strömungen innerhalb der CDU die Nützlichkeit der „Anwesenheit von Ausländern aus unterschiedlichen Kulturen“ (Alfons Müller zit. n. Kreft und Uske 1988, S. 9) hervorgehoben und damit Deutschland als Einwanderungsland verstanden. Die rot-grüne Bundesregierung öffnete im Jahr 2000 den deutschen Arbeitsmarkt für qualifizierte Einwanderung und leitete damit eine diskursive Verschiebung ein, in deren Folge der Zugang zum Arbeitsmarkt und die Einbürgerung von Migrant\*innen erleichtert wurde (Jäger und Wamper 2017, S. 28). Seit der Jahrtausendwende ist Deutschland auch von offizieller Seite als ‚Einwanderungsland‘ anerkannt. Unter dem Leitsatz ‚Fördern und Fordern‘ werden gemäß dem Integrationsgesetz<sup>11</sup> etwa „berufliche Ausbildung, Erwerbsarbeit sowie Sprachkompetenzen zu zentralen Kriterien erklärt, um Aufenthaltschancen zu verbessern“ (Kollender und Kourabas 2020, S. 91-92; Jäger und Kauffmann 2002, S. 9-10). Dem zunehmenden Fachkräftemangel sollte durch Zuwanderung von Fachkräften aus EU-Staaten im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit begegnet werden (Mergener 2021). Doch auch Fluchtmigration spielte in diesem Zusammenhang eine Rolle: Schrittweise wurden Integrationsangebote und -maßnahmen zunächst für anerkannte Schutzberechtigte, später auch für bestimmte Gruppen, deren Schutzstatus noch nicht anerkannt ist, ausgebaut (Ranko 2020, S. 3-4).

### Der Umgang mit ‚Armutsmigration‘

Im Rahmen der EU-Integration verlagerte sich die Verantwortung für Geflüchtete zunehmend auf die europäische Ebene: Das Dublin-Abkommen sorgte dafür, dass Geflüchtete ihren Asylantrag im Land ihrer Ankunft, d. h. für gewöhnlich nicht in Deutschland, stellen müssen. Die Außengrenze des ‚Wir‘ hatte sich um/auf die Außengrenzen der EU erweitert. Zugleich wuchs die Sorge vor potenzieller EU-Binnenmigration in die Sozialsysteme der bisherigen Mitglieder.

In diesem Kontext fand auch die sogenannte ‚Sarrazindebatte‘<sup>12</sup> statt. Der Veröffentlichung des Buches von Thilo Sarrazin *Deutschland schafft sich ab* (2010) folgte eine öffentliche Debatte um kulturalistische Zuschreibungen sozialer Ungleichheit. Obwohl die gesamte deutsche Unterschicht adressiert wurde, spielten letztlich vor allem die Personengruppen eine Rolle im Diskurs, die sich als migrantisch markieren lassen (Friedrich 2011, S. 23-25).

---

**10** Dieses sah bei Zusage eine Geldprämie aber auch einen Ausschluss der Rückkehr in das Bundesgebiet vor. Durch den Angebotscharakter konnte die Regelung zwar nicht direkt gegen Ausländer agieren, innerhalb von Betrieben wurde allerdings Druck auf Betroffene aufgebaut, um eine ‚freiwillige‘ Entscheidung zu erzwingen (Uske 1995, S. 117-118).

**11** Das Integrationsgesetz verpflichtet Eingewanderte u. a. dazu, Deutschkenntnisse zu erwerben und die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu respektieren. Die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis kann davon abhängig gemacht werden, ob sich um Sprachkenntnisse oder Erwerbsarbeit bemüht wurde. Eine Nicht-Teilnahme an Integrationskursen kann mit dem Kürzen von Sozialleistungen sanktioniert werden (Hanewinkel 2021).

**12** Für die sogenannte ‚Sarrazindebatte‘ war nicht Thilo Sarrazin entscheidend, sondern der Kontext, in dem diese stattfand (Friedrich 2011, S. 8).

Verschiedene Gruppen von Migrant\*innen wurden dabei als problematisch gelabelt und unter Missbrauchsverdacht gestellt. Gleichzeitig fanden sich ‚Musterbeispiele‘ für gelungene Integration in Verbindung mit Arbeit (Friedrich und Schultes 2011, S. 91-92).

Unter dem Schlagwort ‚Armutsmigration‘ wurde vor allem ab 2013 über die Zuwanderung von Menschen aus Rumänien und Bulgarien diskutiert, nachdem die Freizügigkeitsbeschränkungen für Bürger\*innen dieser Länder endeten (Barwick-Gross 2023, S. 2). Der Diskurs war dabei geprägt durch Stigmatisierung und Rassismus besonders gegen Rom\*nja und Sinti\*ze:

„Die in den Medien angesprochenen Problemfelder waren divers, reichten von Arbeit und Wohnen bis zu Bildung und Gesundheit. Den Migrant:innen wurde vorgeworfen, illegal zu arbeiten oder sich als Scheinselbstständige in Deutschland aufzuhalten.“ (Barwick-Gross 2023, S. 3)

Als Folge der Debatte um ‚Armutsmigration‘ beschloss die Koalition aus SPD und CDU/CSU unter Angela Merkel die Änderung des EU-Freizügigkeitsgesetzes sowie das Gesetz zur Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende und in der Sozialhilfe. Dadurch wurde der Zugang zu sozialen Leistungen für EU-Bürger\*innen erschwert und die Möglichkeit zum Entzug des Freizügigkeitsrechts und dem Verhängen von Wiedereinreiseperrern eingeführt (Barwick-Gross 2023, S. 4-5). Damit verlor die Debatte zeitweise an Relevanz. Die Vorstellungen von ‚Armutsmigrant\*innen‘ und ‚Sozialtourismus‘ sind aber weiter diskursiv wirksam.

### 2015/16 und der ‚Kontrollverlust‘

Als 2015 zunehmend Menschen nach Europa flohen, zeigte sich dies im mediopolitischen Diskurs zunächst in einer selbstbewussten Haltung als Aufnahmegesellschaft: Das ‚Wir‘ schien zunächst bereit, die geflohenen Menschen aufzunehmen. Schnell fanden sich aber auch Äußerungen im Diskurs, die das ‚soziale Gleichgewicht‘ bedroht sahen. Die anfängliche „Willkommenskultur“ wich im Verlauf des diskursiven Aushandlungsprozesses zunächst dem Eindruck einer zunehmenden Überlastung. Vermehrt fanden sich Darstellungen von kollektivsymbolischen ‚Flüchtlingsströmen‘ (Jäger und Wamper 2017, S. 182), welche in Verbindung mit Darstellungen von ebenfalls kollektivsymbolisch wirkenden exponentiellen Wachstumskurven das bereits angekündigte Krisenszenario zusätzlich zu beweisen schienen. Spätestens als sich andere EU-Mitgliedsstaaten weigerten, das zeitweise ausgesetzte Dublin-Abkommen wieder einzusetzen, wurde dies mehrheitlich als Kontrollverlust wahrgenommen.

Im Zentrum des mediopolitischen Diskurses stand nun die potenzielle Überforderung der Aufnahmebevölkerung. Die Wahrnehmung als administrative Krise durch ein ‚Behördenversagen‘ sorgte dafür, dass sich Nützlichkeitsabwägungen gegenüber Geflüchteten im mediopolitischen Diskurs selten fanden. Stattdessen fand eine starke Unterscheidung zwischen legaler (Fachkräfte-)Migration und illegaler (Flucht-)Migration statt (Friede et al. 2022, S. 14-15).

In Verbindung mit den Ereignissen der Kölner Silvesternacht 2015<sup>13</sup> kam es zu einer weiteren Denormalisierung von Geflüchteten im mediopolitischen Diskurs und dieses Gefühl schlug in eine ‚Notstandstimmung‘ um. Die Kriminalisierung von Geflüchteten weitete sich auf alle

---

**13** In der Silvesternacht im Jahr 2015 kam es in einigen deutschen Städten, insbesondere Köln, während der Silvesterfeierlichkeiten in Menschenmengen zu sexualisierten Übergriffen in Verbindung mit Taschendiebstahl. Als Täter wurden hauptsächlich junge Männer aus Algerien und Marokko ausgemacht. Die Vorfälle wurden pauschal im Zusammenhang mit Migration- und Flucht diskutiert und gelten im Nachhinein als Wendepunkt im Diskurs (vgl. Jäger und Wamper 2017, S. 147).

Menschen aus, welche die Grenzen der Europäischen Union überschritten (Jäger und Wamper 2017, S. 179).

Fluchtmigration wird seitdem mit einem doppelten drohenden Kontrollverlust für das ‚soziale Gleichgewicht‘ verbunden. Einerseits geraten Behörden in eine administrative Krise, wenn die Anzahl der Geflüchteten als zu hoch eingeschätzt wird. Andererseits entziehen sich die Migrationsbewegungen seit der Aussetzung des Dublin-Abkommens der Kontrolle des ‚Wir‘ im europäischen Kontext (Kreft und Uske 2016, S. 4-5).

### Aktuelle Dynamik: Verstärkte Selektivität

Die dargestellte Entwicklung – der dringende Bedarf an ausländischen Fachkräften einerseits und Abschottungspolitiken im Hinblick auf Flucht- und Armutsmigration andererseits – verstärkt die Polarisierung im Diskurs um Zuwanderung. Im Hinblick auf die potenzielle Nützlichkeit von Migrant\*innen werden verschiedene Selektionskriterien herausgebildet:

Die zuvor unter der Maxime des ‚Förderns und Forderns‘ festgelegten Kriterien werden auch auf Personen mit einer sog. „sicheren Bleibeperspektive“ sowie Geduldete ausgeweitet. (Hanewinkel 2021). Die „völkische Sortierung der früheren ‚Ausländerpolitik‘“ (Kreft und Uske 2023, S. 11) wird vor diesem Hintergrund durchlässiger. Wer nützlich ist, kann in das ‚Wir‘ aufgenommen werden. Die migrantischen anderen werden aber weiterhin ausgeschlossen.

„Die anderen lässt man nicht rein, schiebt sie ab oder gewährt ihnen prekäre Aufenthaltstitel inklusive möglicher Schlupflöcher, um es einigen, die sich als ‚nützlich‘ erwiesen haben, doch noch zu erlauben, ins ‚Wir‘ aufgenommen zu werden.“ (Kreft und Uske 2023, S. 11)

Dies führt zu einer Ausdifferenzierung in der Migrationspolitik, die einerseits auf eine Liberalisierung des Arbeitsmarktzugangs sowohl für ausländische Fachkräfte als auch, in beschränktem Maße, für Geflüchtete bzw. Personen mit Duldungsstatus, abzielt. Andererseits führte die starke Denormalisierung von Fluchtmigration 2015/16 dazu, dass eine restriktive Migrationspolitik gegenüber Geflüchteten nicht als solche wahrgenommen wurde (Kollender und Kourabas 2020, S. 92). Mit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine zeigte sich, dass es keinen Automatismus für eine restriktive Vorgehensweise gibt. Die Aktivierung der ‚Massenzustromrichtlinie‘ für ukrainische Geflüchtete wurde unter anderem damit begründet, dass ukrainische Geflüchtete ebenfalls hoch qualifizierte Fachkräfte sein könnten (Ratzmann et al. 2024, S. 640; Kalchschmidt et al. 2022, S. 32).

Die so zunehmende Selektivität gegenüber Migrant\*innen in Bezug auf ihre Nützlichkeit für das ‚Wir‘ sorgt in der Folge allerdings dafür, dass die zuständigen Ausländerbehörden nicht nur die steigende Zahl von Migrant\*innen, sondern auch die verschiedenen „schwer zu überblickenden Einreise- und Aufenthaltsmöglichkeiten sowie sozialen Rechte für verschiedene Migrantengruppen“ berücksichtigen müssen. So werden einerseits „Diversitätsprogramme entwickelt und Teilhabeförderung forciert [...] um sie [die Migrant\*innen] zügig in den Arbeitsmarkt zu integrieren“, andererseits werden „kommunale Maßnahmen gegen ‚Identitätstäuscher:innen‘ ergriffen und Einheiten zur Bekämpfung von bandenmäßigem Sozialhilfemissbrauch [...] eingerichtet“ (Schlee et al. 2023, S. 8).

Den dargestellten Konjunkturen wird auch auf institutioneller Ebene Rechnung getragen – auf der Ebene der Integrationspolitik etwa mit der Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts im März 2024. Das Gesetz soll den Standort Deutschland durch eine Möglichkeit der schnelleren Einbürgerung attraktiver für ausländische Fachkräfte machen, gleichzeitig werden die Anforderungen an Einbürgerungsbewerber strenger (Bundesregierung 2024). Auch eine Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes sowie des Chancen-Aufenthaltsrechts wurde als Maßnahmen zur Beseitigung des Fachkräftemangels beschlossen.

Im Bereich der Flucht- und Asylpolitik werden vermehrt restriktivere Maßnahmen wie das Rückführungsverbesserungsgesetz, das Gesetz zur Beschleunigung von Asylverfahren und das Gesetz zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems beschlossen. Die temporäre Einführung von Binnengrenzkontrollen an allen deutschen Landesgrenzen im September 2024 ist eine weitere solche Maßnahme. Auf europäischer Ebene wurden mit der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) Maßnahmen zur Regulierung von ‚irregulärer Migration‘ beschlossen (Judith 2024).

### 3.2. ‚WIR‘ UND ‚SIE‘

Die dichotome Konstruktion von ‚Wir und Sie‘ als gegensätzliche Gruppen ist zentral für beide Diskursstränge, sowohl für den zum Sozialstaat als auch für den zu Migration. Bridget Anderson (2013) beschreibt ‚Othering‘, die Konstruktion dieser Gruppen, als eng verbunden mit der Entwicklung des modernen Territorialstaats. Grenzen wirken dabei als Exklusionsmechanismen, die Ungleichheit institutionalisieren. Der Begriff Migrant\*in wird in dieser Gegenüberstellung häufig auf arme Menschen angewendet, während z. B. Fachkräfte anders wahrgenommen werden. Die Verortung von Personen zwischen ‚Wir‘ und ‚Sie‘ ist ein wichtiger Aspekt für das Konzept von „deservingness“ – wer bekommt bzw. verdient welche staatlichen Leistungen – das Wim van Oorschoot beschreibt. Die Frage nach Identität ist eine relevante Dimension für das ‚Verdienen‘ von Leistungen: Je näher Menschen dem ‚Wir‘ sind, desto eher verdienen sie Leistungen (Van Oorschoot 2006, S. 25-26). Eine Identifizierung als Migrant\*in ist dazu geeignet, Menschen als ‚undeserving‘ zu kategorisieren.

Die ‚Wir und Sie‘-Dichotomie ist zentral für die diskursive Verhandlung von Sozialmissbrauch, die Kreft und Uske (2023) beschreiben: Im Diskurs werden „ein gutes, missbrauchtes ‚Wir‘ und ein böses, missbrauchendes ‚Sie‘ gegenübergestellt. Dabei gelten ‚Sie‘ als ‚faule Täter‘, während das ‚Wir‘ die ‚arbeitsamen Opfer‘ von Sozialmissbrauch sind.

Die diskursiven Konstruktionen ‚Wir‘ und ‚Sie‘ basieren auf Zuschreibungen darüber, was als ‚normal‘ empfunden wird. Im Kontext Sozialleistungsmissbrauch stehen dabei die stereotypen ‚Faulenzer‘ jenseits des Bereichs des Normalen dem ‚normalen‘ Bild durchschnittlicher, fleißiger Arbeiter\*innen gegenüber (Uske 1995, S. 62-63). Das ‚Sie‘ wird gegenüber dem ‚Wir‘ als privilegiert beschrieben: Es wird betont, dass ‚Sie‘ sich leisten können, was ‚Wir‘ trotz Arbeit nicht erreichen können: „Die Sozialhilfe wird in den Narrationen skandalös, da sie Privilegien verschenkt, die das arbeitsame ‚Wir‘ nicht erhält“ (Kreft und Uske 2023, S. 6).

Die Dichotomie von ‚Wir‘ und ‚Sie‘ ist im betrachteten Diskurs eng verbunden mit dem Konstrukt des sozialen Gleichgewichts als soziale Ordnung. Das soziale Gleichgewicht wird hierbei häufig kollektivsymbolisch mit dem Bild einer Waage vermittelt (Kreft und Uske 2023, S. 7). Sind auf der einen Waagschale zu viele, die Leistungen beziehen, und auf der anderen Seite zu wenige, die einzahlen, entsteht eine ‚soziale Schieflage‘.

Die soziale Ordnung erscheint dabei durch ein gestörtes Gerechtigkeitsempfinden des ‚arbeitsamen Wir‘ in Gefahr. Als Ursache für das resultierende Akzeptanzproblem wird ein zu geringer Abstand zwischen Lohn und Sozialleistungen angeführt. Verantwortlich sei dabei allerdings nicht ein zu geringes Lohnniveau, sondern die Höhe der Sozialleistungen. Sozialleistungen entwickelten demnach eine Sogwirkung, die arbeitsfähige Menschen aus dem fleißigen ‚Wir‘ dazu bewegt, ins privilegierte ‚Sie‘ zu wechseln. Mit dieser Darstellung geht der Verdacht einher, dass es sich bei Leistungsempfänger\*innen gar nicht um hilfsbedürftige, ‚echte‘ Arbeitslose, sondern um faule Leistungsmissbraucher\*innen handeln könnte. Dies führt dazu, dass bereits ein ‚Gebrauch‘ von Sozialleistungen als potenzieller ‚Missbrauch‘ erscheinen kann.

#### Migration auf der sozialen Waage

Dass das soziale Gleichgewicht in der Verschränkung mit dem Migrationsdiskurs besonders durch das migrantische andere bedroht erscheint, ist kein neues Phänomen. Die dauerhafte Verbindung von Migration mit verschiedenen Formen von Kriminalität oder anderem abweichenden Verhalten im mediopolitischen Diskurs hat die Wahrnehmung verstärkt, von Migration gehe eine besondere Gefährdung für die deutsche Aufnahmebevölkerung aus (Jäger und Wamper 2017, S. 26-27).<sup>14</sup> Dieses Motiv wird auch in der betrachteten Diskursverschränkung Sozialstaat – Migration aufgerufen:

„Sie“ kämen – so ein Narrativ – nicht zum Arbeiten, sondern würden eigens nach Deutschland kommen, um dann im Sozialleistungsbezug zu leben. Der Wohlfahrtsstaat wirke der ‚welfare magnet hypothesis‘ zufolge als eine Art ‚Magnet‘ für Migration. Insbesondere weniger qualifizierte Arbeitnehmer\*innen würden in die Zielländer wandern, von denen sie sich die höchsten Vorteile durch das jeweilige Wohlfahrtsstaatssystem versprechen (Angersnap et al. 2020). Damit einher geht die Befürchtung, dass Eingewanderte in höherem Maß Sozialleistungen nutzen und dadurch eine fiskalische Belastung darstellen würden, die auch die ggf. vorhandenen Vorteile ausgleichen oder gar übersteigen. Diese Idee der Anziehungskraft großzügiger Sozialleistungen ist im öffentlichen Diskurs über Einwanderung stark verbreitet. Dabei ist diese These empirisch keineswegs eindeutig belegt (Müller 2023, S. 4). Der Wohlfahrtsstaat wird dabei in politischen und medialen Migrationsdiskursen als sogenannter Pullfaktor angenommen, dabei ist das zugrunde liegende Push-Pull-Konzept zur Erklärung von Migrationsbewegungen unvollständig und vielfach widerlegt. So werden in diesem Modell durch die Zentrierung auf die Akteur\*innen andere Faktoren wie Staaten, Netzwerke und Institutionen marginalisiert und nicht ökonomische Faktoren werden weitgehend ausgeblendet (Wissenschaftliche Dienste 2020, S. 5-6). Trotz Problematisierung seitens der Wissenschaft findet sich das Konzept der Push- bzw. Pullfaktoren auch weiterhin „häufig als kaum hinterfragte Grundannahme in politischen und medialen Migrationsdiskursen“ (Hoesch 2018, S. 62-63).

Der Bezug von Sozialleistungen durch Migrant\*innen wird bereits per se als missbräuchlich wahrgenommen, teilweise wird den Betroffenen zusätzlich noch expliziter Sozialleistungsbetrug unterstellt (Barwick-Gross 2023, S. 2). Um die Gefährdung des ‚sozialen Gleichgewichts‘ durch Migration zu belegen, werden zumeist Einzelfälle durch eine Gruppennarration verbunden und als Massenphänomen beschrieben (Kreft und Uske 2023, S. 7).

Migrant\*innen werden im mediopolitischen Diskurs häufig über ihre unterschiedliche Herkunft, Generation, Staatsangehörigkeit oder ihren unterschiedlichen Migrationsgrund hinweg homogenisiert dargestellt, wodurch sie bereits durch ihre Anzahl bedrohlich wirken können. Eine Negativdarstellung einzelner Personen(gruppen) wirkt sich so auf alle als migrantisch markierbaren Personen aus. Diese Problematik wird auch von politischer Seite (re)produziert, wie die zunehmende Uneindeutigkeit des Begriffs ‚Migrationshintergrund‘ zeigt (Dinnebier und Oğuzhan 2024).

In der Konsequenz dieser Verknüpfung von Wohlfahrtsstaat und Migration wird Sozialpolitik als Mittel der Migrationskontrolle ausgemacht. Auf dieser Grundlage werden Migrant\*innen etwa vom Zugang zu öffentlichen Sozialleistungen ausgeschlossen (Ataç und Rosenberger 2019, S. 4).

Zusammenfassend werden in der Verschränkung der Diskurse zu Sozialstaat und Migration dichotome ‚Wir‘- und ‚Sie‘-Gruppen konstruiert. Die Grenzen dieser Gruppen sind diskursive Verhandlungsmasse. Migration wird dabei primär dahin gehend bewertet, wie brauchbar Subjekte für den deutschen Arbeitsmarkt sind bzw. inwiefern sie in das ‚arbeitsame Wir‘ integrierbar sind.

---

**14** Zu Täter-Opfer-Konstruktion in Medien vergleiche ausführlich: Jäger et al. 1998; Jäger 1996; Chahrour et al. 2023.

Während die ‚Gastarbeiter\*innen‘ noch vor allem als Verfügungsmasse in einer Phase des Arbeitskräftemangels behandelt wurden, hat mittlerweile eine Neubewertung von Migration stattgefunden. In der Nützlichkeitsbewertung von Migrant\*innen wird – u. a. abhängig von der Migrationsursache – auch ihre Bedürftigkeit berücksichtigt. Dadurch erweitert sich die diskursive Aushandlung um die Auswirkungen von Migration auf den Sozialstaat und auf Deservingness. Dies führt zur ambivalenten Aushandlung der verschiedenen Migrationsphänomene zwischen nützlich (z. B. Fach- und Arbeitskräftemigration) und nicht nützlich (z. B. Flucht- und sog. ‚Armutsmigration‘) und teilweise zu doppelten Standards bei der Bewertung.

Das diskursive Feld ist aktuell polarisiert zwischen der Förderung von Fachkräfteeinwanderung einerseits und der Abschottung gegen ‚belastende‘ Fluchtmigration andererseits. Der Stand des Diskurses schlägt sich in entsprechenden institutionellen Regelungen und Gesetzgebungen, wie dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz, dem Chancen-Aufenthaltsrecht oder dem sog. Rückführungsverbesserungsgesetz, nieder.

Wie sich die skizzierten Dynamiken und Bilder in aktuellen Debatten zum Bürgergeld, der Bezahlkarte für Geflüchtete und zu Sozialleistungsmissbrauch fortschreiben bzw. wie sich der Diskurs entwickelt, wollen wir in den folgenden Kapiteln nachzeichnen.

## 4 Die Diskursverschränkung Sozialstaat – Migration im parlamentarischen Diskurs

Um den Zusammenhang zwischen Sozialstaat und Migration im parlamentarischen Diskurs zu beleuchten, haben wir die zum Untersuchungszeitpunkt aktuellen Bundestagsdebatten untersucht, die für eine Aussagenanalyse geeignet waren. Für die aktuelle Legislaturperiode haben wir erforscht, welche Aussagen sich in Debatten<sup>15</sup> zu den folgenden Themen finden:

- Bürgergeld (Bundestagsprotokoll 20/175)
- Leistungsmissbrauch (Bundestagsprotokoll 20/174)
- Kindergeld bzw. Vaterschaftsbetrug (Bundestagsprotokoll 20/162)
- Bezahlkarte für Geflüchtete (Bundestagsprotokoll 20/160).

Die herausgearbeiteten Aussagen sind im Folgenden zunächst nach den Themen Bürgergeld, Leistungsmissbrauch, Scheinvaterschaften und Bezahlkarte geordnet. Anschließend geben wir einen kurzen Überblick über Besonderheiten und Dynamiken des parlamentarischen Diskurses. Zuletzt beleuchten wir – abgeleitet aus den Debatten – die Effekte in den Diskurssträngen Sozialstaat und Migration.

### 4.1. BÜRGERGELD

Zur Debatte um eine Reform des erst 2022 eingeführten Bürgergelds wurde die Aktuelle Stunde im Bundestag vom 13. Juni 2024 ausgewertet. Sie trägt den Titel *Lehren aus der Europawahl ziehen – Neue Grundsicherung statt Bürgergeld* und fand auf Verlangen der CDU/CSU - Fraktion statt.

Im Rahmen dieser Plenardebatte wird zunächst scharfe Kritik am Bürgergeld geäußert. Im Vergleich zum ‚erfolgreichen‘ Hartz IV erscheine das Bürgergeld als „Wendepunkt zum Negativen“ (Carsten Linnemann, CDU/CSU, Deutscher Bundestag 2024d, S. 22630). So sei von 2006 bis 2022 die Zahl der erwerbsfähigen Transferleistungsempfänger\*innen um 1,5 Millionen gesunken, seit der Einführung des Bürgergelds würde sie dagegen steigen, was den Bundeshaushalt stark belaste. Gleichzeitig wird problematisiert, dass „Hunderttausende

---

<sup>15</sup> Wir haben das Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentsmaterialien des Deutschen Bundestags genutzt, um aus den relevanten Vorgängen, Aktivitäten und Dokumenten Dossiers zu den Themen Leistungsmissbrauch, Vaterschaft/Kindergeld, Bürgergeld und Bezahlkarte zu extrahieren. Bei der Auswahl haben wir uns auf die 20. Legislaturperiode (seit dem 26. September 2021) beschränkt.

Stellen in Deutschland offen sind – so viele wie selten zuvor“ (Carsten Linnemann, CDU/CSU, Deutscher Bundestag 2024d, S. 22630).

Für dieses Missverhältnis wird das Bürgergeld verantwortlich gemacht – es fördere Arbeitslosigkeit durch falsche Anreize und fehlende Sanktionen. Seine Ausgestaltung lege es Transferleistungsempfänger\*innen nahe, im Leistungsbezug zu bleiben, anstatt eine Beschäftigung aufzunehmen (Mathias Middelberg, CDU/CSU, Deutscher Bundestag 2024d, S. 22641). Das Bürgergeld sei damit ein „verkapptes bedingungsloses Grundeinkommen“ (Norbert Kleinwächter (AfD), Deutscher Bundestag 2024d, S. 22641). Diese Kritik wird auch an der Bezeichnung ‚Bürgergeld‘ festgemacht: „Allein der Name suggeriert, dass es sich um ein bedingungsloses Grundeinkommen handelt“ (Carsten Linnemann, CDU/CSU, Deutscher Bundestag 2024d, S. 22631). Durch ein „verkapptes bedingungsloses Grundeinkommen“ erscheint die Leistungsgerechtigkeit infrage gestellt. Insbesondere zu viele arbeitsfähige Menschen würden Sozialleistungen beziehen und ruhen sich so auf der Arbeit anderer aus: „Aber wer Sozialleistungen erhält und arbeiten kann, der kann einfach nicht erwarten, dass das andere für ihn bezahlen, die jeden Tag arbeiten gehen“ (Carsten Linnemann, CDU/CSU, Deutscher Bundestag 2024d, S. 22631). Damit verknüpft ist die Frage, wer Sozialleistungen verdiene. Stephan Stracke meint: „Hilfe in Not ist richtig und wichtig“ (Stephan Stracke, CDU/CSU, Deutscher Bundestag 2024d, S. 22648). Doch durch das Bürgergeld, so wird suggeriert, hätten viele Menschen, die eben nicht bedürftig seien, Zugang zu Leistungen. Teilweise wird der Ausschluss aus dem legitimen Empfängerkreis sogar völkisch zugespitzt, wenn Norbert Kleinwächter etwa kritisiert: „Das Bürgergeld wird zur Hälfte von Leuten bezogen, die gar keine Bürger sind“ (Norbert Kleinwächter, AfD, Deutscher Bundestag 2024d, S. 22631). Kleinwächter meint damit Migrant\*innen, denen er einen legitimen Leistungsbezug abspricht.

Problematisiert wird immer wieder ein zu geringer Lohnabstand: „Es kann nicht sein, dass Sozialleistungen immer weiter steigen. Das verringert die Erwerbsanreize, die Leistungsgerechtigkeit und den Lohnabstand“ (Jens Teutrine, FDP, Deutscher Bundestag 2024d, S. 22636). Das Projekt Sozialstaat gerate in Gefahr – es entstehe ein Akzeptanzproblem in der Bevölkerung (Carsten Linnemann, CDU/CSU, Deutscher Bundestag 2024d, S. 22631). Durch diese Abgrenzung nach unten erscheint die Lohnhöhe als ‚normal‘ und damit die Bundesregierung in ihrer Zuständigkeit für die Höhe der Sozialleistungen in der Verantwortung.

Vonseiten der Bundesregierung wird das Bürgergeld verteidigt. So verwehrt sich Annika Klose gegen die Kritik: „Nein, das Bürgergeld ist kein bedingungsloses Grundeinkommen. [...] Nein, das Bürgergeld befördert keinen Sozialmissbrauch. [...] Nein, Sanktionen sind nicht die Lösung für all Ihre (sic!) Probleme, und es gibt sie übrigens auch im Bürgergeld. [...] Nein, das Bürgergeld ist keine soziale Hängematte“ (Annika Klose, SPD, Deutscher Bundestag 2024d, S. 22631). Der hohen Anzahl von Transferleistungsempfänger\*innen wird entgegengehalten, dass „noch nie so viele Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt [sind], wie das heute der Fall ist“ (Angelika Glöckner, SPD, Deutscher Bundestag 2024d, S. 22650). Die Zahl der Empfänger\*innen sei vor allem darauf zurückzuführen, dass eine Million Ukrainer\*innen in das System aufgenommen worden seien (Angelika Glöckner, SPD, Deutscher Bundestag 2024d, S. 22650). Das Bürgergeld sei ein progressives Projekt, das auf eine veränderte Arbeitsmarktsituation reagiere. Nur durch die Unterstützung langfristiger Qualifizierung könne man auf den Bedarf von „Unternehmen und den Betrieben, die heutzutage doch händeringend gut qualifizierte Fachkräfte suchen“ (Angelika Glöckner, SPD, Deutscher Bundestag 2024d, S. 22631), reagieren. Denn ein Problem bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sei aktuell der mangelnde Qualifikationsgrad vieler Leistungsempfänger\*innen: „70 Prozent der arbeitsfähigen Hartz-IV-Empfänger bzw.

Bürgergeldempfänger haben keinen Berufsabschluss, und 25 Prozent von diesen haben keinen Schulabschluss“ (Pascal Kober, FDP, Deutscher Bundestag 2024d, S. 22646).

Die Forderung der Kritiker\*innen nach Sanktionen laufe ins Leere, denn „Die Sanktionen wurden nie abgeschafft. Wir haben sie bei Totalverweigerern sogar noch verschärft“ (Jens Peick, SPD, Deutscher Bundestag 2024d, S. 22642).

Auch von Regierungsseite wird der Lohnabstand in Bezug auf Anreiz und Akzeptanz angesprochen. So heißt es etwa bei Andreas Audretsch: „Bei uns ist völlig klar, dass Menschen, die mehr arbeiten, mehr haben“ (Andreas Audretsch, Bündnis 90/Die Grünen, Deutscher Bundestag 2024d, S. 22636). Und weiter: „Wir haben den Mindestlohn angehoben, und wir stehen dafür ein, dass Menschen anständige Löhne haben, von denen sie dann auch leben können“ (Andreas Audretsch, Bündnis 90/Die Grünen, Deutscher Bundestag 2024d, S. 22636). Hier erscheint der Mindestlohn als Stellschraube bezogen auf den Lohnabstand und nicht die Sozialleistungen. Eine Kürzung von Sozialleistungen wird abgelehnt.

Die Frage nach einem gerechten Lohn ist Ausgangspunkt einer weiteren Kritik. So beschreibt Janine Wissler es als Problem, dass mehr als 800.000 Bürgergeldbezieher\*innen arbeiten, aber so wenig verdienen, dass der Staat aufstocken muss: „Es kostet die Allgemeinheit nämlich über 5 Milliarden Euro pro Jahr, dass Unternehmen zu niedrige Löhne zahlen und der Staat draufzahlen muss. Arbeitgeber sparen Lohnkosten auf Kosten der Allgemeinheit. [...] Das ist Sozialleistungsmissbrauch“ (Janine Wissler, Die Linke, Deutscher Bundestag 2024d, S. 22645). Sie stellt außerdem Sozialleistungsmissbrauch durch Reiche in den Vordergrund: „Statt Erwerbslose unter Generalverdacht zu stellen und zu sanktionieren, sollten wir an der Stelle doch vielleicht mal über Sanktionen für reiche Steuerhinterzieher reden. [...] Wir reden hier über 100 Milliarden Euro Schaden pro Jahr“ (Janine Wissler, Die Linke, Deutscher Bundestag 2024d, S. 22645).

In der Debatte um das Bürgergeld ist die Frage nach deservingness und Leistungsgerechtigkeit zentral: Wer verdient Unterstützung und unter welchen Bedingungen? Dabei herrscht bei den Kritiker\*innen des Bürgergeldes ein enges, leistungsorientiertes Konzept vor. Das Bürgergeld erscheint darin als eine Art ‚Leistungsmissbrauch von oben‘ oder Einladung zu Sozialleistungsmissbrauch, denn, so die Kritik: Das Bürgergeld fördere Arbeitslosigkeit durch falsche Anreize und fehlende Sanktionen. In der Konsequenz erhielten zu viele arbeitsfähige Menschen Bürgergeld. Dahinter steht die klare Bewertung: Diese Menschen sind faul und verdienen keine Unterstützung. Diese Argumentationsstruktur steckt auch hinter dem Vorwurf, es handele sich beim Bürgergeld um ein bedingungsloses Grundeinkommen.

In der Position der Regierungsparteien gelten nur Totalverweigernde als sanktionswürdig und undeserving. Bei der Bewertung von Bedürftigkeit werden ansonsten individuelle Lebenslagen und strukturelle Bedingungen hervorgehoben. Der Frage nach Leistungsgerechtigkeit wird auf der Ebene des Lohnabstandes begegnet. Hier gilt die Höhe des Mindestlohns anstelle der Höhe von Sozialleistungen als Stellschraube.

In der Debatte um das Bürgergeld wird der Ausschluss aus dem Kreis derer, die Sozialleistungen verdienen, teils auch völkisch zugespitzt. Wie das Thema Leistungsmissbrauch in Verbindung mit Migration problematisiert wird, zeigt sich in der folgenden analysierten Debatte.

## 4.2. LEISTUNGSMISSBRAUCH

Zum Thema Leistungsmissbrauch wurde die Debatte zum Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel *Eindämmung von Sozialleistungsmissbrauch – Sofortmaßnahmen gegen Pendelmigration* vom 12. Juni 2024 ausgewertet.

Ausgangspunkt der Debatte ist die Behauptung der AfD, sog. ‚Sozialtourismus‘ sei in Deutschland ein systematisches Problem – René Springer beschreibt das so:

„Das bedeutet, dass Ausländer hier nach Deutschland kommen, Bürgergeld und andere Sozialleistungen beantragen, dann wieder in die Heimat zurückfahren und dann dort was auch immer mit dem Geld tun, und das alles zulasten der deutschen Steuerzahler“ (René Springer, AfD, Deutscher Bundestag 2024c, S. 22520).

Alle anderen Parteien würden das Problem ignorieren oder sogar befördern (René Springer, AfD, Deutscher Bundestag 2024c, S. 22521). Verschärft werde das Problem durch falsche Anreize etwa beim Bürgergeld. Hierbei werden ukrainische Geflüchtete dem Verdacht ausgesetzt, Sozialleistungen zu missbrauchen: „Tagtäglich fahren von Berlin aus 50 FlixBusse nach Kiew. Man muss mit dem Klammerbeutel gepudert sein, um zu glauben, dass da kein Einziger der 723.000 ukrainischen Bürgergeldempfänger drinsitzt“ (René Springer, AfD, Deutscher Bundestag 2024c, S. 22521) Springer hebt hervor, dass „im EU-Vergleich so wenige Ukrainer hier arbeiten, aber so viele Ukrainer im Bürgergeld sind“ (René Springer, AfD, Deutscher Bundestag 2024c, S. 22521). In Abgrenzung zu anderen EU-Mitgliedsstaaten erscheint die niedrige Erwerbsquote von ukrainischen Geflüchteten so als Belastung für den Sozialstaat. Die Ursachen werden nicht beleuchtet. Auch Migrant\*innen aus anderen Herkunftsländern werden als Negativbeispiele für ‚ausländischen Sozialleistungsmissbrauch‘ herangezogen. Als Quelle des Wissens dienen dabei einzelne medial bekannt gewordene Fälle, aus denen ein systematisches Problem konstruiert wird.<sup>16</sup> Als Lösungsvorschlag werden scharfe Kontrollen für migrantische Leistungsempfänger\*innen gefordert:

„Wir würden eine Identitätsprüfung über ein Fingerabdruckscanverfahren einführen. [...] Wir fordern bei Verdacht auf Ortsabwesenheit, Prüfbesuche zu Hause durchzuführen. Wir fordern, dass die Betreiber von Fernbuslinien aufgefordert werden, Passagierlisten an die Bundespolizei weiterzugeben, damit die Jobcenter dort Abfragen vornehmen können; Gleiches gilt übrigens für Flugreisen über deutsche Flughäfen“ (René Springer, AfD, Deutscher Bundestag 2024c, S. 22521).

Legitimation für den Verdacht ist der Übertritt einer Grenze durch migrantische Menschen. Dadurch werden gegenwärtige Kontrollmechanismen implizit als ungenügend gekennzeichnet.

Dass es ein systematisches Problem mit ‚ausländischem Sozialleistungsmissbrauch‘ gibt, wird mehrheitlich zurückgewiesen (Jens Peick, SPD, Deutscher Bundestag 2024c, S. 22527). Der gegenwärtige Kontrollapparat zur Eindämmung von Missbrauch sei hinreichend. Annika Klose macht im Hinblick auf das Bürgergeld deutlich, dass „Menschen hier grundsätzlich nur dann Bürgergeld erhalten, wenn sie nachweislich zur Arbeitssuche hierherkommen oder bereits hier arbeiten. Die Ausnahme davon sind die Ukrainer/innen aufgrund der Massenzustrom-Richtlinie“ (Annika Klose, SPD, Deutscher Bundestag 2024c, S. 22522). Der deutsche Sozialstaat stehe damit in der Regel nur denjenigen offen, die wirtschaftlich einen Beitrag leisten. Solche Migrant\*innen und insbesondere Ukrainer\*innen erscheinen nicht als Belastung, sondern als potenzielle „Fachkräfte, die die deutsche Wirtschaft dringend benötigt“

---

<sup>16</sup> Ausgangspunkt für diese populistische Konstruktion einer systematischen Problemlage ist das im Kapitel 2 beleuchtete Statistikdefizit im Hinblick auf Sozialleistungsmissbrauch.

(Jens Peick, SPD, Deutscher Bundestag 2024c, S. 22527). Außerdem mache der Fachkräftemangel Einwanderung dringend erforderlich.

Ukrainer\*innen erfahren in der Debatte aufgrund des russischen Angriffskriegs eine besondere Solidarisierung. So heißt es etwa bei Otilie Klein: „Dabei geht es um Menschen, die vor Putins Bomben fliehen, um Familien, die vor Gewalt und Zerstörung bei uns Schutz gefunden haben. [...] Ganz klar, in dieser Notsituation helfen wir, und wir tun dies mit offenem Herzen“ (Otilie Klein, CDU/CSU, Deutscher Bundestag 2024c, S. 22526). Ukrainischen Geflüchteten wird vergleichsweise mehr Empathie entgegengebracht. Diese Anerkennung gründet unter anderem darin, dass sie als Teil eines ‚westlichen Wir‘ wahrgenommen werden, das durch ein russisches ‚Außen‘ bedroht wird.

Dennoch werden in der Debatte auch von Redner\*innen jenseits der AfD Migration und Sozialleistungsmissbrauch als ignorierte Probleme dargestellt: Die Ampel sei untätig und ignoriere die Sorgen der Bevölkerung. Tatsächlich gebe es im Zusammenhang von Migration und Sozialstaat Handlungsbedarf und Handlungsspielräume. So fordert etwa Kai Whittaker einen „vollwertigen Datenaustausch zwischen den Sozial-, Finanz- und Sicherheitsämtern [...], und die Jobcenter müssen auch eine Vermögensprüfung im Ausland machen können“ (Kai Whittaker, CDU/CSU, Deutscher Bundestag 2024c, S. 22523). Teilweise erscheinen die Sozialleistungen für Ukrainer\*innen auch per se als Problem. Peter Aumer fordert unter anderem den Ausschluss von Ukrainer\*innen aus dem Bürgergeld: „Stellen Sie die Systemmängel ab! Ich sage Ihnen genau, welche [...]: unter anderem beispielsweise den direkten Zugang von Ukrainern zum Bürgergeld“ (Peter Aumer, CDU/CSU, Deutscher Bundestag 2024c, S. 22529). Mit der Rede von ‚Systemmängeln‘ schließt er an die Aussage der AfD an, ‚Sozialtourismus‘ sei ein systematisches Problem. Damit wird ein Kontrollverlust durch Fluchtmigration in den Raum gestellt.

Leistungsmissbrauch durch Migrant\*innen erscheint in der von der AfD gesetzten Debatte als systematisches Problem. In dem hier untersuchten Fall stehen insbesondere ukrainische Geflüchtete im Fokus. Einzelne bekannt gewordene Fälle werden dabei als Beleg für einen flächendeckenden Missbrauch herangezogen. Mit diesen Generalverdächtigungen erscheint Migration als strukturelles Risiko für den Sozialstaat. Auch jenseits der AfD wird Sozialleistungsmissbrauch im Zusammenhang mit Migration problematisiert, wenn auch in abgeschwächter Form. Gefordert werden in diesem Zusammenhang vor allem schärfere Kontrollmaßnahmen und teilweise Leistungsausschlüsse.

Von Regierungsseite wird auf bestehende Kontrollmechanismen hingewiesen, ein Generalverdacht wird zurückgewiesen. Bei einer Mehrheit der Redner\*innen erscheinen Ukrainer\*innen als schutzbedürftige Kriegsflüchtlinge, teils sogar als potenzielle Fachkräfte.

In der Auseinandersetzung um Migration und Sozialstaat gelten explizit die Migrant\*innen als deserving, die einen Beitrag in Form von Arbeit leisten oder leisten wollen.

Die Debatte um vermeintlichen Leistungsmissbrauch setzt sich im Kontext der missbräuchlichen Vaterschaftsanerkennungen fort, die in der folgenden Debatte thematisiert wird.

### 4.3. MISSBRÄUHLICHE ANERKENNUNG VON VATERSCHAFTEN

Zum Thema Vaterschaftsmissbrauch wurde die Debatte vom 10. April 2024 zu einem von der AfD eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Reform der missbräuchlichen Anerkennung von Vaterschaften ausgewertet.

Seitens der AfD wird die missbräuchliche Anerkennung von Vaterschaften als Einfallstor in das deutsche Sozialsystem dargestellt. Stephan Brandner beschreibt das Phänomen folgendermaßen:

„Deutsche Männer erkennen Vaterschaften für Kinder ausländischer Frauen an, die tatsächlich gar nicht die Kinder dieser Männer sind. Für diese Anerkennung bekommen die Kinder und ihre ausländischen Mütter sowie weitere Verwandte aus Großfamilien das Aufenthaltsrecht in Deutschland und Sozialleistungen, und der frischgebackene und meist mittellose Scheinvater bekommt Tausende von Euro Cash Money, Cash in die Tasche, Bargeld“ (Stephan Brandner, AfD, Deutscher Bundestag 2024b, S. 20829).

Problematisiert werden hier sowohl das Erschleichen von Leistungen als auch die aus der Vaterschaft abgeleiteten Aufenthaltsrechte. Hierbei wird aus einem medial skandalisierten Einzelfall ein ‚Massenphänomen‘ konstruiert:

„Aber es ist ein Massenphänomen, meine Damen und Herren. Bereits 2017 – neuere Zahlen gibt es leider nicht; man ahnt, warum nicht – gingen offizielle Schätzungen von etwa 5000 solcher Fälle aus. Inzwischen schätzen Experten, dass es Zehntausende Fälle sind“ (Stephan Brandner, AfD, Deutscher Bundestag 2024b, S. 20829).

Brandner suggeriert hier nebenbei, es finde durch die Behörden bewusst eine Verschleierung dieser Vorgänge statt. Zur Illustration bezieht sich Brandner auf den Fall des Dortmunders Jonathan A. auch bekannt als ‚Mr. Cash Money‘.<sup>17</sup> Dieser soll für 24 Kinder fälschlich Vaterschaften übernommen haben und so Kosten von rund 1,5 Millionen Euro verursacht haben.

Deshalb werden schärfere Kontrollen gefordert und ausländische Elternteile unter Generalverdacht gestellt. Gemäß dem Gesetzentwurf der AfD sollen, „[d]ie Ausländerbehörden [...] immer an Vaterschaftsanerkennungen beteiligt [werden], wenn ein Elternteil nichtdeutscher Herkunft ist“ (Stephan Brandner, AfD, Deutscher Bundestag 2024b, S. 20830).

Zentrales Motiv der Kritik ist die angebliche Untätigkeit oder der Unwille der Regierung, das Problem zu benennen und zu lösen – es wird ein Verlust von Ordnung und Kontrolle suggeriert. Deutlich wird dies auch in diesem Beitrag von Joana Cotar:

„Aussitzen, Nichtstun, Vogel-Strauß-Politik, so könnte man die letzten Jahre zusammenfassen. Migrationskrise, seit 2015 offene Grenzen, kein Wohnraum, Milliardenkosten – es passiert nichts. Gruppenvergewaltigungen, tägliche Messerattacken, Kinder stechen Kinder ab – es passiert nichts“ (Joana Cotar, fraktionslos, Deutscher Bundestag 2024b, S. 20836).

Der Beitrag illustriert, wie eng der Migrationsdiskurs mit dem Diskurs um Kriminalität verschränkt ist: In einer Debatte, die sich um ‚Sozialleistungsmissbrauch‘ dreht, werden im Zusammenhang mit Migration dramatische Bedrohungsszenarien und Gewaltthemen aufgerufen.

Insbesondere von den Regierungsparteien werden die Problemdarstellung und der Vorschlag der AfD zurückgewiesen. So seien Scheinvaterschaften lediglich ein marginales Problem (Awet Tesfaiesus, Bündnis 90/Die Grünen, Deutscher Bundestag 2024b, S. 20833) und die vorgeschlagene Lösung sei ein ‚Bürokratiemonster‘ (Jan Plobner, SPD, Deutscher Bundestag

2024b, S. 20831). Weiter wird die AfD für ihren Vorschlag als populistisch diskreditiert (Susanne Hierl, CDU/CSU, Deutscher Bundestag 2024b, S. 20832).

Doch während etwa Susanne Hierl die Form des AfD-Vorstoßes kritisiert, nimmt sie die Problematisierung in der Sache dennoch auf:

„Der Entwurf der AfD kratzt nur an der Oberfläche; er thematisiert allein die missbräuchliche Anerkennung der Vaterschaft. Das Problem geht aber tiefer: Mütter werden bald ebenfalls zum Schein Kinder anerkennen können. Außerdem konzentriert sich die AfD nur auf die deutsche Staatsbürgerschaft; sie verkennt, dass auch Menschen mit EU-Staatsbürgerschaft, Aufenthaltskarte, Daueraufenthaltskarte oder Aufenthaltstitel von dem Thema nicht ausgenommen sind“ (Susanne Hierl, CDU/CSU, Deutscher Bundestag 2024b, S. 20832).

Hierl verbindet dies mit einer Kritik an der Ampel, die durch Untätigkeit „der AfD überhaupt die Angriffsfläche für so einen populistischen Antrag“ biete (Susanne Hierl, CDU/CSU, Deutscher Bundestag 2024b, S. 20832).

In der Debatte um die missbräuchliche Anerkennung von Vaterschaften folgt vor allem die AfD einem bekannten Muster: Aus einem medial aufgeladenen Einzelfall wird ein systematisches Problem konstruiert. Gestützt wird dieses Bedrohungsszenario durch sprachliche Überzeichnungen („Tausende von Euro“, „Zehntausende Fälle“), die die Dimension des Problems strategisch schwammig dramatisieren. Durch die Verknüpfung mit anderen Kriminalitätsnarrativen wird die sozialpolitische Debatte teils auch vor dem Hintergrund von Sicherheitspolitik geführt. Diese Darstellungen und die Forderungen nach Ausweitungen von Kontrolle werden von den anderen Parteien zwar als populistisch und überzogen zurückgewiesen, teils wird die Kritik der AfD aber aufgegriffen und die diskursive Setzung der AfD indirekt verstärkt.

Welche Kontrollfunktionen der Bezahlkarte für Geflüchtete zugeschrieben werden, wird in der folgenden Debatte deutlich.

#### 4.4. BEZAHLKARTE FÜR GEFLÜCHTETE

Die Bezahlkarte wurde anhand der ersten Beratung des Bundestages vom 22. Februar 2024 zu einem von der CDU/CSU eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur rechtssicheren Einführung einer Bezahlkarte im Asylbewerberleistungsgesetz ausgewertet.

Hintergrund des Entwurfs war die als zu langsam bewertete Umsetzung einer Bezahlkarte für Geflüchtete, für die maßgeblich die Grünen verantwortlich gemacht werden:

„Sie [die Grünen] verschleppen, verzögern, verschieben alles, was mit effektiver Ordnung, Steuerung und Begrenzung von irregulärer Migration zu tun hat: schnelle Rückführungen, die Ausweitung von sicheren Herkunftsstaaten, Asylverfahren in Drittstaaten“ (Stephan Stracke, CDU/CSU, Deutscher Bundestag 2024a, S. 20464).

Die Bezahlkarte für Geflüchtete, als Alternative zur Auszahlung von Bargeld, wird als wichtiges Instrument zur Migrationskontrolle verhandelt. Sozialleistungen in Bargeld gelten dabei zum einen als ‚Pullfaktor‘ (Maximilian Mörseburg, CDU/CSU, Deutscher Bundestag 2024a, S. 20479), zum anderen verspricht man sich, mit der Bezahlkarte zu verhindern, „dass Menschen weiterhin Geld ins Ausland überweisen und damit Schlepper und Schleuser bezahlen können“ (Andrea Lindholz, CDU/CSU, Deutscher Bundestag 2024a, S. 204793). Durch den Aufruf des Themas Schlepperei findet eine Verschränkung mit dem Diskursstrang Kriminalität statt. Teilweise wird die Bezahlkarte selbst sogar als ‚Pushfaktor‘ dargestellt. So beschreibt Jörn König:

„Im Landkreis Greiz gibt es die Bezahlkarte schon, und siehe da: Familien aus Serbien und Nordmazedonien haben die Karte zur Kenntnis genommen und für sich reflektiert: Ich möchte nicht länger in Deutschland bleiben. Ich möchte Bargeld bekommen. Jetzt kriege ich es nicht mehr. Jetzt breche ich hier alle Zelte ab und gehe freiwillig nach Hause“ (Jörn König, AfD, Deutscher Bundestag 2024a, S. 20475).

Die Einführung einer Bezahlkarte würde einerseits, so deren Befürworter\*innen, sowohl die Kommunen als auch die Beziehenden entlasten (Natalie Pawlik, SPD, Deutscher Bundestag 2024a, S. 20474).

Die Debatte um die Bezahlkarte wird andererseits als überhitzt beschrieben: „Wenn wir uns ehrlich machen, dann wissen wir doch alle, dass die Bezahlkarte weder die großen Herausforderungen in der Asyl- und Migrationspolitik regelt, noch ist [sie] das Ende einer humanitären Flüchtlingspolitik“ (Natalie Pawlik, SPD, Deutscher Bundestag 2024a, S. 20474). Natalie Pawlik dämpft die Erwartungen hinsichtlich der Wirkung der Karte. Sie hebt gegenüber dem angeblichen Pullfaktor Bargeld die Relevanz von Fluchtursachen hervor:

„Noch nie waren so viele Menschen weltweit vor Kriegen, gewaltsamen Konflikten, Verfolgung, Naturkatastrophen und schrecklichen Lebensbedingungen auf der Flucht wie heute. Die Bezahlkarte bekämpft weder Fluchtursachen, noch wird sie Menschen, die vor Krieg fliehen und um ihre Sicherheit und die Zukunft ihrer Kinder bangen, davon abhalten, bei uns Schutz zu suchen“ (Natalie Pawlik, SPD, Deutscher Bundestag 2024a, S. 20474).

Weiter wird die Diskussion um die Bezahlkarte als ‚migrationsfeindliche Debatte‘ (Rasha Nasr, SPD, Deutscher Bundestag 2024a, S. 20465) kritisiert. Nasr vermisst „die Stimmen [...], die verstehen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist“ (Rasha Nasr, SPD, Deutscher Bundestag 2024a, S. 20465). Die Schaffung eines migrationsfeindlichen Klimas sei schädlich für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Auch von ganz rechts erscheint die Bezahlkarte als überbewertet – da nicht hinreichend. Roger Beckamp fordert in diesem Kontext einen wesentlich restriktiveren Umgang mit Geflüchteten als gegenwärtig. Die Bezahlkarte sei grundsätzlich nicht falsch, aber nicht geeignet, um effektiv gegen Migration vorzugehen. Dafür sei notwendig:

„keine Asylverfahren für Personen, die aus sicheren Drittstaaten einreisen, keine Asylverfahren für Personen ohne Identitätsdokumente, kein schneller Übergang von Asylbewerber zu Sozialleistungen, keine freiwilligen Aufnahmeprogramme oder Familiennachzug nur für subsidiär Schutzberechtigte, keine Heimatbesuche, Verlust der Asylberechtigung bei Besuchen im Heimatland – kommt zahlreich vor –, kein genereller Abschiebestopp nach Syrien oder Afghanistan, kein Einbürgerungsanspruch, stattdessen nur Ermessensentscheidungen, keine Unterstützung oder Duldung von Schlepperei als angebliche Seenotrettung“ (Roger Beckamp, AfD, Deutscher Bundestag 2024a, S. 20467).

Weiter fordert Beckamp „für diejenigen, die schon da sind, aber keinen aner kennenswerten Grund für Asyl haben, die Remigration“ (Roger Beckamp, AfD, Deutscher Bundestag 2024a, S. 20467). Die Bezahlkarte gehe in diesem Sinne nicht weit genug.

In der Debatte um die Bezahlkarte für Geflüchtete erscheint sehr zentral das Narrativ von Push- und Pullfaktoren, wobei der Sozialstaat als Pullfaktor für Fluchtmigration beschrieben wird, während die Bezahlkarte teils als Pushfaktor gilt. In der Debatte bildet sich das Ziel ab, mit sozialpolitischen Mitteln Migrationskontrolle, vor allem Migrationsabwehr, zu betreiben.

Eine migrationsfeindliche Stimmung, die damit transportiert wird, steht aber auch in der Kritik. Dabei wird die Rolle von Migration für Deutschlands Wirtschaft betont.

#### 4.5. DYNAMIKEN DER PARLAMENTARISCHEN DEBATTE

In den untersuchten Debatten spielen die AfD und die Auseinandersetzung mit ihr eine zentrale Rolle. Die Partei ist eine treibende Kraft dabei, migrationspolitische Themen auf die Agenda zu setzen. Eine Verschränkung der Diskursstränge Migration, Sozialstaat und Kriminalität sind dabei Teil ihrer Diskursstrategie. Von den anderen Parteien wird die AfD als inkompetent, populistisch, ausländerfeindlich und sozialchauvinistisch kritisiert. So wird versucht, ihre Aussagen aus dem Sagbarkeitsfeld auszuschließen und ihre Position zu delegitimieren. Immer wieder wird sich trotz einer demonstrativen Abgrenzung von der AfD jedoch an ihre Aussagen angeschlossen. So wird der Ampel-Regierung insbesondere von der Union auf der einen Seite Untätigkeit etwa in Hinsicht auf Scheinvaterschaften oder ‚Sozialtourismus‘ vorgeworfen (s. o.). Die Ampel wird damit für den Erfolg einer populistischen AfD verantwortlich gemacht. Auch das Bürgergeld erscheint als verantwortlich für AfD-Erfolge.

Auf der anderen Seite wird die Union für solche Anschlussversuche kritisiert. Sie versuche „Menschen gegeneinander auszuspielen, statt zu realisieren, dass genau das und die Abstiegsängste von Menschen die Rechtsaußen-Kräfte stärken“ (Janine Wissler, Die Linke, Deutscher Bundestag 2024d, S. 22645). Tatsächlich erscheint der Anschluss an Aussagen der AfD durch ‚Parteien der Mitte‘ geeignet, diese zu legitimieren. Eine lediglich formale Abgrenzung erscheint dabei zunehmend unglaubwürdig.

Die AfD nutzt genau diesen Umstand und versucht, die eigenen Positionen durch das Hervorheben dieser Anschlussstellen zu normalisieren. So zitiert Jörn König von der AfD Bundeskanzler Olaf Scholz: „We have to deport people on a large scale. – Auf gut Deutsch: Wir müssen Leute massenhaft deportieren. Das waren keine Rechtsextremen; nein, das war der SPD-Bundeskanzler“ (Jörn König, AfD, Deutscher Bundestag 2024a, S. 20475). Das Zitat erfolgt dabei strategisch auf Englisch, um dann bei der Rückübersetzung ins Deutsche näher am Wortlaut zu sein, mit dem die Anfang 2024 bekannt gewordenen ‚Remigrationspläne‘ von AfD-Politiker\*innen skandalisiert wurden.<sup>18</sup> Doch während es sich bei der Äußerung des Kanzlers um leere Worte handele, werde die AfD – so ihre Darstellung – tatsächlich gegen ‚illegale Migration‘ vorgehen.

#### 4.6. ZWISCHENFAZIT: ZUR STRUKTUR DER DISKURSSTRÄNGE SOZIALSTAAT UND MIGRATION

Aus den untersuchten Debatten lassen sich einige Erkenntnisse hinsichtlich der Struktur der Diskursstränge Sozialstaat und Migration ableiten.

Der Sozialstaat wird in den untersuchten Debatten als Gleichgewichtssystem verhandelt, das durch innere wie äußere Faktoren unter Druck steht. Zentral ist die Frage danach, wer legitimerweise Anspruch auf staatliche Leistungen hat. Dabei treten als Strukturmerkmal dichotome Unterscheidungen auf – zwischen den ‚leistungsberechtigten Bedürftigen‘ einerseits und den ‚missbräuchlich Alimentierten‘ andererseits. Dabei handelt es sich um eine Fortschreibung der Konstruktion von ‚Wir‘ und ‚Sie‘ (siehe Kapitel 3).

Das soziale Gleichgewicht wird im Innen durch das Bürgergeld bedroht: Aus Sicht der Kritiker\*innen des Bürgergeldes erscheint es als ‚Leistungsmissbrauch von oben‘. Die zum Zeitpunkt der Debatte vergleichsweise hohe Zahl von Leistungsempfänger\*innen wird als Indikator für ein Scheitern des politischen Projekts Bürgergeld herangezogen. Mit der Rede

<sup>18</sup>Körner übersetzt hier „deport“ falsch als „deportieren“, anstatt richtig als „abschieben“.

vom ‚Wendepunkt‘ soll deutlich gemacht werden, dass sich der deutsche Sozialstaat nun auf dem absteigenden Ast befinde – das Bild einer düsteren Zukunft wird aufgerufen. Es wird eine Entgrenzung des legitimen Empfängerkreises konstatiert, verbunden mit einer Kritik am Namen ‚Bürgergeld‘. Die Leistung erscheine nicht als Grundsicherung für in ‚Not geratene Arbeitslose‘, sondern vielmehr als ein bedingungsloses Grundeinkommen. Durch diese Entgrenzung sei das soziale Gleichgewicht in Gefahr – verbunden mit einem Akzeptanzverlust für den Sozialstaat in der Bevölkerung. Leistungsgerechtigkeit sei nicht mehr gegeben und werde zusätzlich durch einen zu geringen Lohnabstand untergraben. Denn ein ‚alimentierender Sozialstaat‘ verleite durch mangelnde Arbeitsanreize zur Faulheit und bestrafe die ‚Fleißigen‘, die dafür die Rechnung bezahlten. Insgesamt wird in Richtung von Einsparungen auf dem Gebiet sozialstaatlicher Leistungen argumentiert.

Der Generalverdacht gegenüber Empfänger\*innen staatlicher Leistungen wird von Befürworter\*innen des Bürgergelds zurückgewiesen, nicht jedoch die Unterscheidung von ‚Fleißigen‘ und ‚Faulen‘. Allerdings gelten hier nur die ‚Totalverweiger\*innen‘ als faul und entsprechend sanktionswürdig. Gegenüber einem Generalverdacht und Ausschluss aus dem legitimen Empfängerkreis steht hier eine differenzierte Perspektive auf die unterschiedliche Lebenssituation von Leistungsempfänger\*innen, die einen Leistungsbezug notwendig mache. Ebenfalls wird die gegenwärtige Arbeitsmarktsituation komplexer dargestellt. Anstelle von möglichst schneller Vermittlung sei mit Verweis auf den Fachkräftemangel ein Fokus auf Qualifikation wichtig. Leistungsempfänger\*innen erscheinen so, heruntergebrochen, eher als unqualifiziert und nicht als faul. Die Verantwortung für die Situation der Arbeitslosigkeit wird so von einer individuellen Ebene auf eine strukturelle Ebene gehoben. Weiteren Kürzungen im Bereich des Sozialstaats wird widersprochen.

Migration gilt im Sozialstaatsdiskurs als potenzielle Bedrohung des Gleichgewichts von außen. So erscheinen etwa ukrainische Geflüchtete, die aufgrund der Massenzustrom-Richtlinie Bürgergeld beziehen, teils als Belastung für den Sozialstaat, teils als potenzielle Fachkräfte, die dringend gebraucht würden. Doch selbst bei letzterer Zuschreibung erscheint das Bürgergeld aus Sicht der Kritiker\*innen als kontraproduktiv – es brauche stattdessen aktivierende Maßnahmen.

Bei der konkreten Thematisierung von Sozialleistungsmissbrauch in Verbindung mit Migration wird die Belastung des Sozialstaats durch Migration deutlich drastischer gezeichnet. Insbesondere mit der ‚Sozialtourismus‘-Aussage erscheint der deutsche Sozialstaat als nach außen entgrenzt. Massenhaft, so das aufgerufene Bild, würden Leistungen illegitim durch Migrant\*innen in Anspruch genommen – es drohe ein Kontrollverlust. Migration erscheint so als Eindringen eines bedrohlichen Außen, als Belastung des sozialen Gleichgewichts im Innen. Migrantische und migrantisierte Identitäten geraten so unter Generalverdacht. Der Sozialstaat wird hier nicht nur als überlastet dargestellt, sondern auch als durchlässig und wehrlos, ein System, das ausgenutzt und unterwandert werde. Vor diesem Hintergrund werden Forderungen nach neuen und schärferen Kontrollmechanismen laut, um die angeblich verlorene Kontrolle zurückzuerlangen.

Der Wunsch nach Kontrolle wird auch in der Debatte um die Bezahlkarte deutlich. Die mit der Bezahlkarte verbundenen Hoffnungen richten sich in erster Linie darauf, weitere Fluchtmigration einzudämmen, wobei die migrationspolitische Wirkrichtung interner sozialpolitischer ‚Anreize und Fehlanreize‘ völlig offen ist. Markant sind dabei wiederholte Verschränkungen mit dem Kriminalitätsdiskurs, etwa im Zusammenhang mit ‚Schleuserkriminalität‘.

Der Aussage über die die Gesellschaft belastende Migration wird immer wieder das Konzept von nützlicher Migration entgegengehalten. Mit Verweis auf die demografische Entwicklung und einen bereits bestehenden Fachkräftemangel wird Migration als notwendig für eine wirtschaftlich erfolgreiche Entwicklung Deutschlands beschrieben. Eine migrationsfeindliche Stimmung wird angesichts dessen als kontraproduktiv bewertet. In der Diskussion werden

wirtschaftliche Nützlichkeitsaspekte betont: Migration wird also nicht als kultureller oder sozialer Zugewinn thematisiert, sondern im Sinne von Verwertbarkeit und Steuerbarkeit aus nationalstaatlicher Perspektive.

Wer als ‚würdig‘ gilt, sozialstaatliche Leistungen zu beziehen, wird an Nützlichkeit, Fleiß und Zugehörigkeit bemessen. In den Debatten geht es weniger um die Herstellung sozialpolitischer Absicherung als vielmehr um die Etablierung ordnungspolitischer Kontrolle verbunden mit der Forderung nach symbolischen Grenzziehungen. Inwiefern sich diese Struktur im mediopolitischen Diskurs abbildet, untersuchen wir im folgenden Kapitel.

## 5 Die Diskursverschränkung Sozialstaat – Migration im mediopolitischen Diskurs

Medien und Politik stehen in einem engen Wechselverhältnis: Medien schaffen einerseits öffentliche Aufmerksamkeit für Themen, andererseits nutzen politische Akteur\*innen sie gezielt, um Themen auf die politische Agenda zu setzen. In parlamentarischen Debatten greifen die Redner\*innen nicht nur Aussagen anderer Abgeordneter auf, sondern bringen ausgewähltes Wissen ein, das über die Medien an die Öffentlichkeit – insbesondere an potenzielle Wähler\*innen – weitergegeben werden soll. Die Grenzen zwischen medialem und politischem Diskurs sind daher oft schwer zu ziehen. Dennoch können sich Sagbarkeiten innerhalb des Parlaments und innerhalb der Medien unterscheiden. Wir haben den mediopolitischen Diskurs untersucht, um zu betrachten, welche Aussagen aus dem parlamentarischen Diskurs um Sozialleistungsmissbrauch medial aufgegriffen und wie diese verhandelt werden.

Um die Aussagenstruktur des mediopolitischen Diskurses möglichst zielsicher analysieren zu können, greifen wir zur Auswahl der Untersuchungsgrundlage auf sog. hegemoniale Medien (el-Naggar 2023, S. 49-50) zurück. Diese zeichnen sich nicht ausschließlich durch eine hohe Reichweite aus, sondern auch durch ihre (teilweise bewusste) Einbeziehung unterschiedlicher Diskurspositionen. Daraus resultiert eine „ausgeprägte Diskursmächtigkeit“ (Jäger und Zimmermann 2010, S. 64) dieser hegemonialen Medien, d. h. sie haben Einfluss darauf, über welche Ereignisse in anderen Medien berichtet wird und welches Wissen über diese Ereignisse auf welche Art und Weise transportiert wird. Um ein großflächiges Spektrum des hegemonialen Diskurses effektiv beleuchten zu können (Friede et al. 2022, S. 37; el-Naggar 2023, S. 130), haben wir die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) für eine konservative, die Süddeutsche Zeitung (SZ) für eine links-liberale und die tageszeitung (taz) für eine linke Diskursposition zur Analyse ausgewählt (Jäger und Wamper 2017, S. 18, Jäger et al. 2024, S. 184). Für die Erfassung der Wissensbestände innerhalb des mediopolitischen Diskurses haben wir uns auf die Untersuchung von Leitartikeln und Kommentaren beschränkt. Diese Reduktion kann dazu führen, dass nicht das vollständige Sagbarkeitsfeld für die ausgewählten Zeitungen erfasst werden kann. Allerdings befassen sich Leitartikel eingehend mit einem Thema, während gerade in Kommentaren das Wissen in Form von Aussagen in aggregierter Form zu finden ist, wodurch diese zur Erfassung des Sagbarkeitsfelds dennoch besonders geeignet sind (Jäger et al. 2024, S. 185-186).<sup>19</sup>

---

**19** Es wurden 80 Leitartikel und Kommentare ausgewertet, davon 31 taz, 26 SZ und 23 FAZ.

Darüber hinaus wurde in einem Exkurs die Berichterstattung in der Bild diskursanalytisch erfasst. Das Dossier umfasst den Zeitraum vom 01. Januar 2024 bis zum 15. August 2024.<sup>20</sup> Die Bild wird als Boulevard-Zeitung separat analysiert. Im Gegensatz zu FAZ, SZ oder taz, die unterschiedliche Perspektiven abbilden, verfolgt die Bild häufig einseitige Kampagnen zur Durchsetzung bestimmter Aussagen oder strategischer Ziele. Sie wirkt so als einflussreiches Leitmedium, da sie gezielt Agenda-Setting betreibt und damit die öffentliche Meinung stark prägt. Sozialleistungsmissbrauch in Form der missbräuchlichen Anerkennung von Vaterschaften ist zwar Teil der Berichterstattung in der FAZ, SZ oder taz, wird allerdings nicht in den Kommentaren oder Leitartikeln behandelt. In der Bild wird der Zusammenhang dagegen prominent thematisiert und findet sich entsprechend auch in der Analyse.

## 5.1. SYNOPTISCHE ANALYSE VON FAZ, SZ UND TAZ

### 5.1.1 BÜRGERGELD: ZWISCHEN ENTGRENZUNGSSZENARIOEN UND POPULISMUSVORWÜRFEN

#### Diskursverschränkung Sozialstaat-Migration

Innerhalb der Debatte um das Bürgergeld wird im betrachteten Zeitraum eine starke Verschränkung der Diskursstränge zu Sozialstaat und Migration deutlich. Migration erscheint dabei in sozialstaatlichen Fragen oftmals als der entscheidende Faktor. So meint etwa Dietrich Creutzburg in der FAZ: „Die Qualität von Sozialpolitik erweist sich heute vor allem darin, inwieweit sie mehr als einer Million erwerbsfähigen Flüchtlingen in der Grundsicherung Wege zu einem Leben ohne staatliche Transfers weisen kann“ (Creutzburg, FAZ 16.08.2024, S. 1). Migration erscheint hierbei in erster Linie als Belastung für den Sozialstaat. In der SZ beschreibt Jan Bielicki Migration als Phänomen, „das viele Deutsche völlig zu Recht für eine der wichtigsten Herausforderungen halten, vor denen ihr Land steht“ (Bielicki, SZ 09.02.2024, S. 4). Außerdem wird thematisiert, dass „die Hälfte der arbeitsfähigen Menschen im Bürgergeld [...] einen ausländischen Pass“ haben (Preuss, SZ 14.06.2024, S. 4). Dennoch gehe, gemäß Jan Bielickis Darstellung, mit Migration das Potenzial einher, den Wohlstand in Deutschland auf einem stabilen Niveau halten zu können (Bielicki, SZ 09.02.2024, S. 4). Migration erscheint dabei sowohl als Belastung als auch als Chance. Dieser Logik folgend wird zwischen nützlicher und belastender Migration unterschieden. Entgegen dem Narrativ einer Belastung des Sozialstaats durch Migration wird in der taz die Notwendigkeit von Migration angesichts von Arbeitskräftemangel – letztlich also nützlicher Migration – betont. Die Aussage `Fachkräfteeinwanderung ist notwendig`, ist eine Gegenposition zur zunehmend negativen Stimmung gegen Migrant\*innen und Ukrainer\*innen in anderen Medien. So wird in der taz betont, es seien gerade Migrant\*innen und Geflüchtete, die häufig im Dienstleistungssektor arbeiteten, einem Bereich, der in Deutschland stark auf Arbeitskräfte angewiesen sei: „Laut Bundesagentur für Arbeit ist der Beschäftigungsaufbau derzeit ausschließlich Ausländer:innen geschuldet. Ohne sie würden die Dienstleistungsbranchen verkümmern“ (Dribbusch, taz 15.08.2024, S. 12). Der demografische Wandel mache den Zuzug von Migrant\*innen sogar zwingend notwendig, da der Mangel an Fachkräften immer deutlicher zutage trete (Poelchau, taz 22.02.2024, S. 3). Eine affirmative Haltung zur Migration kommt in den drei untersuchten Zeitungen nicht ohne ökonomische Argumente aus.

#### Alimentierender Sozialstaat versus unsozialer Sparkurs

---

<sup>20</sup> Eine vollständige Auflistung der analysierten Artikel und der Vorgehensweise bei der Zusammenstellung ist im Anhang zu finden. Zur Debatte der Korpuszusammenstellung siehe ausführlich Angermüller et al. 2014.

In der Debatte um das Bürgergeld wird in der FAZ die Aussage vertreten, die Transferleistungen seien allgemein zu hoch. Dabei wird das Bild eines Sozialstaats gezeichnet, der Leistungsträger\*innen, „die mit ihren Steuern und Sozialabgaben den Staat am Laufen halten“, belaste (Schäfers, FAZ 23.04.2024, S. 15), während Leistungsempfänger\*innen Leistungen in einer Höhe erhielten, „die es mehr als nahelegt, keine reguläre Beschäftigung anzustreben“ (Müller, FAZ 18.06.2024, S. 8). In manchen Beiträgen wird das Bürgergeld in die Nähe eines bedingungslosen Grundeinkommens gerückt (z. B. Pennekamp, FAZ 24.07.2024, S. 15). Festgemacht wird diese Nähe unter anderem am ‚falschen‘ Namen: „Der Name ‚Bürgergeld‘, wie ihn die Ampelkoalition eingeführt hat, ist [...] eben nicht nur gefälliger Ersatz für das frühere ‚Hartz IV‘. Sondern Chiffre für den Weg zu einem bedingungslosen Grundeinkommen“ (Creutzberg, FAZ 19.03.2024 S. 15). In der FAZ wird gegen einen Ausbau des Sozialstaats und für die Senkung von Leistungen argumentiert. Die Regierungspolitik, insbesondere die der SPD, gehe beim Sozialstaat in eine falsche Richtung. Es handele sich um eine Klientelpolitik für Transferleistungsempfänger\*innen zulasten der wirtschaftlichen Entwicklung des Standorts Deutschland. So betont etwa Julia Löhr:

„Der Fokus der SPD richtet sich mittlerweile hauptsächlich darauf, noch etwas mehr für die Empfänger staatlicher Transferleistungen zu tun. Statt die Steuerbelastung von Unternehmen und Fachkräften zu senken, möchten die Sozialdemokraten sie noch weiter erhöhen“ (Löhr, FAZ 27.01.2024, S. 19).

Dabei seien die Sozialleistungen bereits jetzt zu großzügig, sodass der Anreiz, eine Beschäftigung aufzunehmen, verloren gehe. Der Abstand zwischen Lohn und Sozialleistung sei nicht groß genug und widerspreche dem Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen. Dies zeige sich „nicht zuletzt beim Bürgergeld, dessen großzügige Verteilung hart arbeitende SPD-Wähler hin zu anderen Parteien oder in die Enthaltung getrieben“ habe (Kohler, FAZ 25.06.2024, S. 1).

In der SZ wird die Forderung nach einer Senkung des Bürgergeldsatzes als ungerecht zurückgewiesen (z. B. Brinkmann, SZ 14.08.2024, S. 4). Zwar wird das Ungerechtigkeitsempfinden der Beitragszahler\*innen gegenüber den Leistungsempfänger\*innen durch einen als zu gering wahrgenommenen Lohnabstand thematisiert. Als Lösung wird hier jedoch die Forderung nach einem höheren Mindestlohn anstelle von Leistungskürzungen vorgeschlagen. Auch in der taz werden Forderungen nach der Kürzung von Transferleistungen zurückgewiesen. Die Bundesregierung wird für ihren Sparkurs kritisiert und vor allem für eine fehlende Zielgenauigkeit der Sparmaßnahmen und der Einschnitte beim Bürgergeld, die als ungerecht beschrieben werden:

„Die Sparpolitik [...] trifft im Bereich der Sozialpolitik mitnichten gezielt die vermeintlich oder tatsächlich Faulen. Sie trifft genauso ganz normale und sogar besonders fleißige Arme, bestraft gewünschtes Verhalten (fit machen für gute Jobs) genauso wie unerwünschtes (Arbeitsangebote ausschlagen)“ (Schulze, taz 02.01.2024, S. 10).

### Zur Wirksamkeit und Notwendigkeit von Sanktionen

Die Frage nach Sanktionen ist neben dem Umfang von Sozialleistungen ein zentrales Element in der Debatte um das Bürgergeld. Dass durch den Wegfall von Sanktionen falsche Anreize gesetzt worden seien, ist ein verbreitetes Argument. So meint Heike Göbel in der FAZ: „Die neue Leistung fokussiert einseitig aufs Fördern und vernachlässigt das Einfordern der Kooperation jener, die die Hilfe nutzen“ (Göbel, FAZ 09.07.2024, S. 17). Das führe dazu, dass weniger Menschen Arbeit aufnahmen: „So steigen die Kosten für die Stütze dynamisch, obwohl allenthalben Arbeitskräfte fehlen“ (Göbel, FAZ 09.07.2024, S. 17). Sanktionen gegen

unkooperative Leistungsempfänger\*innen werden in der FAZ als notwendige Maßnahme beschrieben: „Die Jobcenter müssen ordentlich ausgestattet sein mit Personal, Fördermitteln und, ja natürlich, Sanktionsmöglichkeiten“ (Creutzburg, FAZ 16.08.2024, S. 1). In der SZ wird das Einsparpotenzial durch eine Verschärfung der Sanktionen für Bürgergeldempfänger\*innen eher kritisch bewertet (z. B. Rossbach, SZ 17.07.2024, S. 4; Ismar, SZ 27.06.2024, S. 4). Trotzdem wird die Wiedereinführung von Sanktionen in der SZ befürwortet, da deren Umsetzung durch die Jobcentermitarbeiter\*innen deutlich weniger aufwendig sei als eine pädagogische Herangehensweise bei Verfehlungen oder Versäumnissen seitens der Empfänger\*innen (Brinkmann, SZ 11.07.2024, S. 4).

In der taz beurteilt Jasmin Kalarickal die Wirkung von Sanktionen kritisch: Diese seien lediglich Ausdruck der „Realitätsferne und Bestrafungssucht der CDU“ und kein sinnvolles Instrument im Umgang mit Arbeitslosen (Jasmin Kalarickal, taz 19. März 2024, S. 12). Wer nicht zu Terminen erscheine, brauche ‚Hilfe statt Strafe‘. Studien belegen, dass Sanktionen nicht dazu führen, mehr Menschen in Arbeit zu bringen. Die CDU ignoriert diese wissenschaftlichen Erkenntnisse“ (Jasmin Kalarickal, taz 19.03.2024, S. 12). Außerdem sei Arbeitsverweigerung eine Randerscheinung und kein systematisches Problem. Diese Diskursposition wird z. B. im folgenden Beitrag zur Situation von Grundsicherungsempfänger\*innen mit Daten aus der Statistik vertreten:

„5,5 Millionen Menschen leben vom Bürgergeld, darunter viele Kinder. Nur 1,7 Millionen der Bürgergeldempfänger gelten überhaupt als arbeitslos. Die anderen betreuen den Nachwuchs oder pflegen Angehörige, sind krank, gehen zur Schule, befinden sich in Maßnahmen oder müssen einen geringen Lohn mit Bürgergeld aufstocken“ (Dribbusch, taz 15.08.2024, S. 12).

### Die doppelte Entgrenzung des Sozialstaats

In Beiträgen der FAZ werden häufig nicht nur die Höhe der Sozialleistungen, sondern auch die Regelungen zum Leistungsbezug kritisch kommentiert: „Die Ampel weitete nicht nur fröhlich die Sozialleistungen für die Einheimischen aus, sondern vergrößerte auch noch den Empfängerkreis um die geflüchteten Ukrainer“ (Kohler, FAZ 25.06.2024, S. 1). Der erweiterte und vergrößerte Sozialstaat schaffe dann seinerseits falsche Anreize: „Das Signal nach außen wie innen darf nicht sein: Hier gibt es alles, und zwar umsonst“ (Müller, FAZ 07.03.2024, S. 1). Der Sozialstaat erscheint in der FAZ als ein doppelt entgrenztes System. Nicht nur die Höhe der Transferleistungen übersteigt nach Darstellung in den Artikeln der FAZ die Grenzen des vorher Üblichen. Zusätzlich findet dort eine weitere Entgrenzung statt: Der Kreis der Empfänger\*innen wird auf ausländische Personen (Ukrainer\*innen) ausgedehnt. Sozialleistungen werden in der FAZ durch eine Verschränkung mit dem Migrationsdiskurs zu einem Pullfaktor. So führt Julia Löhr aus: Deutschland werde durch seinen allzu großzügig ausgebauten Sozialstaat „vor allem für die Migranten ein attraktives Zielland [...], die von Sozialleistungen leben, während Fachkräfte angesichts des hohen Steuer- und Abgabenniveaus lieber in andere Länder gehen“ (Löhr, FAZ 12.06.2024, S. 15). Nach dieser Argumentation produziert der Sozialstaat selbst die ihn ‚belastende‘ Migration, während ‚nützliche‘ Migrant\*innen (Fachkräfte) durch hohe Sozialabgaben abgeschreckt werden. In der FAZ wird diese Darstellung einer doppelten Entgrenzung des Sozialstaats mit einem Ideologievorwurf an die politischen Entscheidungsträger\*innen verbunden:

„Eine nüchterne politische Analyse, welche Regeln und Ressourcen das erfordert, fällt leider weiterhin schwer. Denn noch immer ist es so, dass viele sozialpolitische Akteure das Thema nicht einmal sehen oder schon dessen Erwähnung unter Rassismusverdacht stellen“ (Creutzburg, FAZ 16.08.2024, S. 1).

In der SZ weist Jan Bielicki eine Pullwirkung von Sozialleistungen zurück. Stattdessen wird „die berechtigte Hoffnung [...] durch harte Arbeit gutes Geld verdienen zu können“ (Bielicki, SZ vom 09.02.2024, S. 4) als Migrationsgrund genannt. Eine mögliche Entgrenzung des Sozialstaats durch die Erweiterung des Empfängerkreises auf ausländische Personen wird hier nicht reproduziert.

### Ukrainer\*innen: Fahnenflüchtige oder legitime Flüchtlinge?

In der FAZ gibt es wiederholt Kritik an der Aufnahme von ukrainischen Geflüchteten in den Kreis der Bürgergeldempfänger\*innen. Reinhard Müller kommentiert dies in der FAZ folgendermaßen:

„Es führt zu falschen Anreizen und sprengt den sozialen Frieden, Ukrainer im arbeits- und wehrfähigen Alter von Anfang an im Grunde besser zu versorgen, als es manch hart arbeitendem Einheimischen möglich ist“ (Müller, FAZ 07.03.2024, S. 1).

Zwar müsse „[d]en Schutzsuchenden und Kriegsflüchtlingen insbesondere aus der Ukraine [...] geholfen werden“ (Müller, FAZ 18.06.2024, S. 8). Doch die Unterstützung von ‚wehrfähigen‘ ukrainischen Männern wird in der FAZ abgelehnt. Unter dem Titel *Teure Fahnenflucht* erläutert Müller die Ablehnung: „Ein Sieg der Ukraine liegt in unserem ureigenen Interesse. Dazu passt es nicht, etwa zweihunderttausend Männer im wehrpflichtigen Alter in Deutschland zu alimentieren“ (Müller, FAZ 18.06.2024, S. 8).

Auch die Autor\*innen der SZ thematisieren die Kosten, die mit der Aufnahme von ukrainischen Geflüchteten in das Bürgergeld im Bundeshaushalt entstehen. Dass die Ukrainer\*innen Bürgergeld beziehen, wird in der SZ allerdings nicht kritisiert. Auch die Forderungen einiger Politiker\*innen nach Ausschluss aus dem Bezug werden von den Autor\*innen der SZ nicht thematisiert.

In der taz wird die Situation von Ukrainer\*innen aus einem anderen Blickwinkel beleuchtet. In den Beiträgen stehen Hindernisse und Hürden im Mittelpunkt, mit denen Migrant\*innen und insbesondere Ukrainer\*innen auf dem deutschen Arbeitsmarkt konfrontiert seien. Thematisiert werden zum Beispiel die langwierige Anerkennung beruflicher Abschlüsse und die Notwendigkeit, Sprachkurse erfolgreich abzuschließen, bevor ausländische Personen auf dem deutschen Arbeitsmarkt tätig werden können:

„Das Tempo, mit dem ukrainische Geflüchtete in Deutschland in Beschäftigung kommen, ist nicht nur für oppositionsgetriebene Politiker, sondern vor allem für die arbeitsfähigen Ukrainer selbst unbefriedigend“ (Magasowa und Volodymyr, taz 04.07.2024, S. 4-5).

### Die ‚Zeitenwende‘ als diskursives Ereignis

Die sogenannte ‚Zeitenwende‘ (aus der Rede von Olaf Scholz vom 27. Februar 2022) ist in der betrachteten Debatte durchaus ein relevanter Faktor. Jasper von Altenbockum kommentiert zum Beispiel in der FAZ:

„Gerade die Zeitenwende, in der wir uns unzweifelhaft befinden, schreit geradezu danach, den Staat auf seine Leistungsfähigkeit zu überprüfen. Dazu gehören Wehrhaftigkeit und Widerstandskraft, aber auch Entschlackung von Abläufen, Beschleunigung von Verfahren, Versorgungssicherheit. Und der Sozialstaat muss wieder beim Wort genommen werden: Schutz und Hilfe für Bedürftige“ (von Altenbockum, FAZ 13.03.2024, S. 1).

Die Konkretisierung verdeutlicht, dass der Autor mit dieser ‚Zeitenwende‘ die Ablehnung bestimmter Sozialleistungen verbindet: „Kindergrundsicherung, Bürgergeld,

Rentenversprechungen – die spendablen Projekte werden dennoch vorangetrieben, als gehe es darum, noch schnell ins Trockene zu bringen, was von einem großen Gewitter gefährdet wird“ (von Altenbockum, FAZ 13.03.2024, S. 1). Hier wird zwar kein unmittelbarer Notstand festgestellt, aber „eine Situation, die an die Jahre vor der ‚Agenda 2010‘ erinnert“ (von Altenbockum, a. a. O.). Ein noch weiter gehender Abbau sozialstaatlicher Leistungen wird damit implizit als notwendig bewertet.

In der SZ wird die ‚Zeitenwende‘ in diesem Zusammenhang vor allem vor dem Hintergrund der Finanzierbarkeit thematisiert. Statt des Abbaus von Sozialleistungen schlägt Georg Ismar in der SZ vor, die Kosten für Rüstung und die Leistungen für ukrainische Geflüchtete aus der Schuldenbremse auszugliedern. Damit werde ein „größerer zweistelliger Milliardenbetrag für zusätzliche andere Investitionen frei“ (Ismar, SZ 27.06.2024, S. 4).

In der taz wird die mit der ‚Zeitenwende‘ begründete Prioritätensetzung im Haushalt kritisiert: „Weiterhin Sparen, keine neuen Sozialausgaben, Militär ist wichtiger“ (Koch, taz 04.04.2024, S. 6).

### Der Umgang mit einem ‚brachialen Vorstoß‘

Im Untersuchungszeitraum stellte CDU-Generalsekretär Linnemann weitreichende Forderungen zur völligen Streichung des Bürgergelds, die in den Medien als Überhitzung der Debatte wahrgenommen wurden. In der FAZ wurden die Forderungen Linnemanns durchaus kritisch kommentiert:

„Dass er mehr als hunderttausend von ihm als arbeitsscheu identifizierten Menschen das Bürgergeld ganz streichen will, ist auch den Wahlen in Ostdeutschland geschuldet – zumal er bei seinem brachialen Vorstoß ausdrücklich ukrainische Kriegsflüchtlinge erwähnt. Das Thema AfD und BSW überlassen kann er nicht. Aber so?“ (Holl, FAZ 29.07.2024).

Da in FAZ-Beiträgen harte Sanktionen in der Regel positiv kommentiert werden, wirkt die Beurteilung als ‚brachialer Vorstoß‘ ungewöhnlich hart. Zugleich wird jedoch eine akute Notlage angesichts der Erfolge von AfD und BSW konstatiert. Der brachiale Vorstoß wird damit als gerechtfertigte Notwehr eingeordnet – allerdings mit offenbar nicht akzeptablen Mitteln.

In der SZ wird trotz einer Kritik an Linnemanns Forderungen zugleich eine Belastung durch die ukrainischen Geflüchteten angesprochen. Lediglich das Leugnen tatsächlicher Probleme oder das Wecken falscher Erwartungen an die Wirksamkeit migrationspolitischer Instrumente durch Politiker\*innen wird in SZ-Beiträgen als populistisch kritisiert. Dieser Populismus führe zu mehr Enttäuschung in der Bevölkerung und auch zu mehr Zustimmung zur AfD, heißt es dazu in der SZ (Preuss, SZ 14.06.2024, S. 4).

In der taz wird der Kritik an Linnemanns Vorstoß und ähnlichen Forderungen viel Platz eingeräumt. Sowohl die CDU/CSU als auch die FDP bedienen dabei das Narrativ von ‚faulen Leistungsverweigerern‘, um Kürzungen und Sanktionen zu fordern:

„Der CDU-Vorstoß atmet den Geist der Vergangenheit: Sanktionen bis zu 100 Prozent, Vermögensprüfung, keine Karenzzeit, Arbeit, Arbeit über alles. Getragen wird das vom chauvinistischen Klischee des faulen Arbeitslosen, das uns Jahrzehnte lang eingetrichtert wurde“ (Kalarickal, taz 19.03.2024, S. 12).

Explizit werden die „aggressiven Narrative gegen migrantische Bürgergeldempfänger:innen“ (Dribbusch, taz 15.08.2024, S. 12) kritisiert. In taz-Kommentaren wird ein hoher gesellschaftlicher Druck konstatiert: „Heute hat man den Eindruck, die Stimmung gegenüber ‚Sozialleistungsempfänger:innen‘, erst recht mit Migrationshintergrund, ist vergifteter denn je.“

Die starke Dynamik dieses Stimmungswandels fällt ebenso auf wie die Brutalität der Sprachbilder“ (Dribbusch, taz 15.08.2024, S. 12).

### Zwischenfazit Bürgergeld

Die mediale Berichterstattung zum Bürgergeld greift die zentralen Aussagen des parlamentarischen Diskurses (Kapitel 4) auf. Auch hier erscheint das soziale Gleichgewicht bedroht, es herrscht teils eine Entgrenzungsrhetorik vor. So sei der legitime Empfängerkreis durch mangelnde Anreize und fehlende Sanktionen überdehnt, dazu komme eine zusätzliche Belastung durch Migration. Insbesondere werden die Rolle von ukrainischen Geflüchteten und ihr Anspruch auf Sozialleistungen kontrovers diskutiert.

Eine zentrale Unterscheidung bei der Bewertung von Migration ist die Differenzierung zwischen nützlicher und belastender Migration. Während in der FAZ Migration vornehmlich als Belastung beschrieben wird, finden sich in SZ und taz affirmative Aussagen, die vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und des Fachkräftemangels auf die Notwendigkeit von Migration hinweisen. In der SZ werden beide Positionen verbunden und daraus die Notwendigkeit einer zielgenauen Steuerung von Migration abgeleitet. Diese Steuerung von Migration ist ein zentrales Argument in der Debatte um die Bezahlkarte, der wir uns im folgenden Kapitel widmen.

## 5.1.2 DIE BEZAHLKARTE FÜR GEFLÜCHTETE: WUNDERMITTEL ODER INTEGRATIONSHINDERNIS?

### Ist die Bezahlkarte ein Instrument zur Migrationssteuerung oder zur Diskriminierung?

Die mediopolitische Debatte um die sogenannte Bezahlkarte für Geflüchtete wird in der FAZ auf Basis der Annahme geführt, dass Sozialleistungen als Pullfaktor für Migration wirken. So seien „Transferzahlungen [...] womöglich ein Anreiz für Menschen, den Weg nach Europa zu wagen“ (Holl, FAZ 08.04.2024, S. 8). Fluchtmigration wird dabei in den untersuchten Artikeln allgemein problematisiert. Sie wird als unkontrolliertes Phänomen dargestellt, das „in den Griff zu bekommen“ sei (Holl, FAZ 08.04.2024, S. 8). Mit Rückgriff auf die in diesem Kontext gängige Kollektivsymbolik wird in der FAZ gefordert, „Migrationsströme auszutrocknen“ (Holl, FAZ 02.03.2024, S. 10). Geflüchtete erscheinen so als bedrohlicher, unkontrollierter, gesichtsloser ‚Strom‘, der aus dem Außen ins Innen dringt und den es aufzuhalten gilt. Zur Migrationskontrolle, so die überwiegende Meinung in der FAZ, sei die Bezahlkarte ein wirksames Mittel.

Einerseits begrenze sie „wirtschaftliche Anreize für eine irreguläre Einreise nach Deutschland“ (Holl, FAZ 08.04.2024, S. 8). Andererseits könne sie verhindern, dass Geflüchtete Teile der für sie bestimmten Sozialleistungen ins Ausland überweisen. Diese Zahlungen trügen zwar möglicherweise zu einer Verbesserung der „erbärmlichen Lebensumstände“ (Holl, FAZ 08.04.2024, S. 8) in den Herkunftsländern bei, würden dort allerdings eine Sogwirkung entfalten und außerdem zur praktischen Verwirklichung der Flucht dienen. So habe das bislang ausgezahlte Bargeld „auch der Finanzierung von Schleppern gedient“ (Holl, FAZ 02.03.2024, S. 10). Die Schlepper- bzw. Schleusungskriminalität spielt in der FAZ eine wichtige Rolle und begründet die Legitimierung von Maßnahmen gegen Fluchtmigration. Schlepper werden in der FAZ als Kriminelle geschildert, die „für den lebensgefährlichen Transport von Flüchtlingen über das Mittelmeer mehrere Tausend Euro verlangen“ (Holl, FAZ 02.03.2024, S. 10). Die Bezahlkarte gilt daher in der FAZ als geeignete Maßnahme, um Kriminellen die wirtschaftliche Basis zu entziehen.

In der SZ wird die Vorstellung, man könne mit der Einführung einer Bezahlkarte Schlepperkriminalität eindämmen, zurückgewiesen: „Das Versprechen, [die Bezahlkarte] könnte das Schleuserwesen eindämmen, verkennt [...] die Motive des Geschäfts“ (Bielicki,

SZ 09.02.2024, S. 4). Sozialleistungen gelten im SZ-Kommentar explizit nicht als Pullfaktor. Der SZ-Kommentator Bielicki konstatiert vielmehr ein Dilemma der Migrationspolitik:

„Migration funktioniert nicht wie eine Wasserleitung, deren Hahn sich einfach zudrehen lässt. Migration ist komplex und stellt Regierungen vor ein Dilemma. Einerseits fordert die schiere Zahl der Ankommenden die Aufnahmekapazität und die Aufnahmebereitschaft im Land heraus. Andererseits braucht die deutsche Wirtschaft Zuwanderer, um den Wohlstand zu erhalten. Von der Politik wird also der Spagat verlangt, Zuwanderung zu bremsen und Zuwanderung zu fördern“ (Bielicki, SZ 09.02.2024, S. 4).

Der SZ-Kommentar betont: Eine solche Trennung zwischen nützlicher und belastender Migration mache eine zielgerichtete Migrationspolitik notwendig. In diesem Sinne sei auch die Bezahlkarte eine legitime Stellschraube „um die Überforderung im Land zu lindern“ (Bielicki, SZ 09.02.2024, S. 4). Dass Geflüchtete über das Geld auf der Bezahlkarte nicht frei verfügen können, dass also der Staat „Rechte von Geflüchteten – vorübergehend – einschränkt, ist ein durchaus zumutbarer Preis dafür, hier Zuflucht zu finden und Hilfe zu erhalten“ (Bielicki, SZ 09.02.2024, S. 4).

Obwohl der SZ-Kommentar eine Zuwanderung im Sinne der deutschen Wirtschaft befürwortet, gibt es bei genauer Betrachtung teilweise eine Übereinstimmung mit der FAZ. Auffallend ist das Kollektivsymbol der nicht kontrollierbaren Wasserfluten: ‚Migrationsströme‘ in der FAZ – in der SZ wird das Bild ebenfalls aufgerufen und nur auf den ersten Blick zurückgewiesen: Migration ist hier keine „Wasserleitung, deren Hahn sich einfach zudrehen lässt“. In beiden Medien wird Fluchtmigration als drängendes, extrem herausforderndes Problem geschildert, bei dem schon „die schiere Zahl“ (SZ) eine „Überforderung“ (SZ) darstellt, sodass man sich bemühen muss, den Strom „in den Griff zu bekommen“ (FAZ).

Die Verschränkung der Diskurse zu Sozialstaat und Migration hat anscheinend zu einer Aufspaltung des Migrationsdiskurses geführt. Während ‚Fluchtmigration‘ in der FAZ abgelehnt wird, so wird sie in der SZ zumindest problematisiert. ‚Migration zwecks Arbeitsaufnahme‘ dagegen erscheint zumindest in der SZ vermittelbar und akzeptabel.

In der taz wird die Bezahlkarte aufgrund der Einschränkung von Freiheiten scharf kritisiert. Sie wird als Belastung für Geflüchtete dargestellt, da sie in vielen Lebensbereichen gesellschaftliche Teilhabe verunmögliche. So schränke die Bezahlkarte die Betroffenen ein, in ihrer „grundlegende[n] Freiheit [...], über ihren Alltag und ihre Bedürfnisse selbst zu entscheiden“ (Nasiriadini, taz vom 12.03.2024, S. 12). Neben der Kritik an der diskriminierenden Wirkung schildern taz-Kommentare die Bezahlkarte vor allem als Integrationshindernis.

### Missbrauch in Form von Auslandsüberweisungen

Dass Geflüchtete das Geld aus Sozialleistungen an Verwandte in ihrer Heimat schicken, wird in FAZ und SZ als besondere Form des Sozialmissbrauchs, genauer als Zweckentfremdung, beschrieben: „Mag es auch keine gesicherten Daten geben, wer wie viel Geld in die Heimat schickt – es kommt aber vor, und ist nicht der Zweck von Sozialleistungen“ (Esslinger, SZ 02.03.2024, S. 4). Im Kommentar wird zwar angegeben, dass der nachweisbare Umfang und die Auswirkungen dieser Praxis unbekannt seien. Die eher vage Vermutung reicht jedoch aus, um einen generellen Verdacht gegen Geflüchtete anzudeuten. Das Instrument Bezahlkarte wird im Folgenden als Motivationsfaktor positiv bewertet:

„Wenn die Bezahlkarte also einen weiteren Anreiz für Migranten bietet, schnell eine reguläre Arbeit anzustreben und mit dem selbst verdienten Geld dann zu tun, was man will: warum nicht?“ (Esslinger, SZ 02.03.2024, S. 4). Dass Geflüchtete vielfach keinen

Arbeitsmarktzugang<sup>21</sup> haben, wird im Beitrag nicht thematisiert. Die Einschränkungen durch die Bezahlkarte werden vielmehr als Entlastung für Geflüchtete beschrieben. Zwar sei eine Chipkarte bevormundend, aber, so meint Constanze von Bullion, „Bargeld kann Geflüchtete aber andererseits auch erheblich unter Druck setzen. Angehörige daheim erwarten Überweisungen, Schleuser die Begleichung von Schulden“ (von Bullion, SZ 20.02.2024, S. 4). Dadurch entsteht zum einen eine stark homogenisierende und stereotypisierende Darstellung von Geflüchteten: Jeder Geflüchtete scheint von Angehörigen und/oder Schleusern bedrängt zu werden. Zum anderen werden die Einschränkungen durch die Bezahlkarte zur hilfreichen Unterstützung, zu einem Akt der Befreiung, der die Leistungen für Geflüchtete vor dem Zugriff Dritter schützt.

Auch in der taz wird die Frage nach dem Transfer von Sozialleistungen ins Ausland aufgegriffen. Allerdings sei die „verbreitete Annahme, dass Geflüchtete ihre Sozialleistungen ins Ausland transferieren, [...] nicht stichhaltig“ (Nasiriamini, taz 12.03.2024, S. 12). Vor diesem Hintergrund handele es sich bei der Bezahlkarte um eine Lösung für ein Problem, das gar nicht existiere: „Die Bezahlkarte für Geflüchtete ist die Antwort auf eine Frage, die niemand gestellt hat“ (Nasiriamini, taz 12.03.2024, S. 12).

### Die Bezahlkarte als Instrument im Wahlkampf

Die Debatte um die Bezahlkarte wird in der FAZ auch mit Blick auf die Gunst der Wähler\*innen betrachtet. Manche Autor\*innen der FAZ sehen in ihr ein Mittel im Kampf gegen die AfD. So vermutet Jasper von Altenbockum, die Ankündigung einer Bezahlkarte durch einen CDU-Kandidaten habe diesem bei einer Landratswahl in Thüringen gegenüber dem AfD-Bewerber „die entscheidenden Stimmen eingebracht“ (von Altenbockum, FAZ 30.01.2024, S. 1). Die Thematisierung von Migrationspolitik im Allgemeinen und der Vorschlag einer Bezahlkarte als konkrete Maßnahme im Kampf gegen Migration im Speziellen seien dazu geeignet, sich gegen die AfD durchzusetzen. Das gelte auch auf Länderebene und insbesondere für die CDU: „Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer wird die Karte im Kampf gegen einen AfD-Wahlsieg im Herbst helfen“ (Holl, FAZ 02.03.2024, S. 10).

In der SZ wird davor gewarnt, Instrumente wie die Bezahlkarte zu überschätzen. Die Wirkung der Bezahlkarte sei eher im Bereich des „administrativen Klein-Klein“ (Bielicki, SZ 09.02.2024, S. 4) zu verorten. Es sei falsch, „große Erwartungen darauf zu schüren, dass allein migrationspolitische Strenge die Zuwanderung bremsen könnte“ (Bielicki, SZ 09.02.2024, S. 4). Außerdem sei es gefährlich, hohe Erwartungen hinsichtlich einer Verringerung der Migration zu wecken, wenn diese Erwartungen später enttäuscht würden.

### Zwischenfazit Bezahlkarte

Die Debatte um die Bezahlkarte ist im Untersuchungszeitraum hochgradig symbolisch aufgeladen. Die Karte erscheint dabei nicht primär als verwaltungspolitisches Werkzeug, sondern als Projektionsfläche für grundsätzliche Haltungen zur Asylpolitik. Entsprechend divergieren die Bewertungen stark. In der FAZ wird die Karte als Instrument zur Migrationskontrolle beschrieben – analog zur parlamentarischen Debatte erscheint sie als Mittel, um den angeblichen Pullfaktor Sozialstaat abzuschwächen. Vor allem aber gilt sie als Symbol einer ordnungspolitischen Grenzziehung und Handlungsfähigkeit in der Migrationspolitik. Als solches eigne sich die Karte gemäß der FAZ als Mittel im Kampf gegen die AfD. Dagegen kritisiert die taz und teils auch die SZ die Bezahlkarte als populistisch und

---

**21** Asylbewerber\*innen haben nur unter bestimmten Bedingungen einen Arbeitsmarktzugang. In vielen Fällen ist eine gesonderte Arbeitserlaubnis erforderlich. Kein Arbeitsmarktzugang besteht in den ersten drei Monaten des Aufenthalts und in vielen Fällen für Personen, die verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen (§ 47 und § 61 des Asylgesetzes).

symbolisch überfrachtet und ihr Nutzen wird relativiert. Vor allem in der taz wird der diskriminierende und stigmatisierende Charakter hervorgehoben.

## 5.2. EXKURS ZUR BILD

Die Bild wird zu Recht als Leitmedium betrachtet, da sie großen Einfluss auf die öffentliche Meinung und auf andere Medien hat und erfolgreich Agenda-Setting betreibt. Anders als FAZ, SZ und taz, die um einen Pluralismus der dargestellten Meinungen bemüht sind, zeichnet sie sich jedoch durch einseitige Kampagnen zur Durchsetzung von Aussagen oder mediopolitischen strategischen Zielen aus. Entsprechend ist ihr Sagbarkeitsfeld eingengt. Insofern kann ihre Analyse kaum neue Aussagen zutage fördern. Die Bild ist aber geeignet, um wirksame Diskursstrategien zu identifizieren.

In die Analyse einbezogen wurden hier nicht nur Kommentare, sondern alle Artikel der Printversion-Ausgabe für das Ruhrgebiet im Zeitraum Januar bis Mai 2024.<sup>22</sup> In diesem Zeitraum überschneiden sich Diskurse zu Sozialstaat und Migration auf vielfältige Weise in Bezug auf die Themen Bürgergeld, Bezahlkarten für Asylantragsteller\*innen, Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung, Rentenalter, Kindergeld und dessen Erschleichen durch Scheinvaterschaften sowie eine rassistische Ausschreitung bei einer Party auf Sylt. Von insgesamt ca. 210 Artikeln<sup>23</sup> entfielen ca. 150 auf den Sozialleistungsdiskurs und ca. 120 auf den Migrationsdiskurs. Eine Diskursverschränkung der beiden Diskursstränge fand sich dabei in ca. 60 Artikeln.

Kontinuierliche Kampagnen der Bild im Migrationsdiskurs sind die häufig stark dramatisierende Darstellung migrantischer Gewalt sowie von fundamentalistischem Islamismus und Antisemitismus, welcher nahezu ausschließlich als islamisch oder links dargestellt wird. Diese Kampagnen vermitteln oft die Gefahr starker Denormalisierung. Als Gegenmaßnahme wird häufig eine restriktivere Migrationspolitik gefordert, insbesondere durch mehr Abschiebungen, aber auch durch eine Bezahlkarte für Asylantragsteller\*innen. Eine Verschränkung mit dem Sozialstaatsdiskurs ergibt sich hier nur punktuell, indem in einzelnen Artikeln die Aufnahme von Arbeit, neben dem Erlernen der deutschen Sprache, als Mittel zur Integration angeführt wird. Interessant ist hier die Berichterstattung über die zur Europawahl 2024 neu gegründete AKP-nahe islamistische Partei DAVA. Hier wird einerseits kollektivsymbolisch von „Parallelgesellschaften“ (Horn, Bild 28.01.2024, S. 2) gesprochen, andererseits werden in einem Bericht zehn Deutsche mit türkischen Wurzeln vorgestellt, die sich differenziert oder kritisch zu DAVA verhalten. Sie werden zum kollektivsymbolischen ‚Wir‘ gezählt, indem angeführt wird, dass sie schon Deutsche seien oder es bald werden könnten (Bild, 08.02.2024). Eine Verschränkung zum Sozialstaatsdiskurs ergibt sich dadurch, dass bei allen an prominenter Stelle ihre Berufstätigkeit angegeben wird. Bürgergeldempfänger\*innen sind nicht unter ihnen.

In den Beiträgen der Bild zum Sozialstaat ist eine vielseitige Kampagne erkennbar, die darauf zielt, jede Stärkung des Sozialstaats zu verhindern und stattdessen soziale Einschränkungen zu fordern. Die Kampagne zielt insbesondere auf das Bürgergeld, aber auch auf Sozialabgaben für Renten und Krankenkasse, Steuern und einen höheren Mindestlohn. Außerdem richtet sie sich gegen Arbeitszeitverkürzung und 4-Tage-Woche und gegen eine Absenkung des Rentenalters beziehungsweise für einen späteren Renteneinstieg.

**22** Die Beschränkung auf Kommentare wird hier nicht vorgenommen, um das stark komprimierte Sagbarkeitsfeld vollständig zu erfassen. In der Bild finden sich starke Wertungen und Kampagnenstrategien auch in Berichten. Es wurden nur Texte berücksichtigt, die auf den ersten drei Seiten von Bild und Bild am Sonntag veröffentlicht wurden. Artikel mit höheren Seitenzahlen wurden nur dann zusätzlich berücksichtigt, wenn auf der Titelseite auf sie verwiesen wurde.

**23** Hinzu kommen ca. 50 Ankündigungen auf der Titelseite, die in das Dossier aufgenommen wurden.

Sozialausgaben werden nahezu ausschließlich als Belastung beschrieben:<sup>24</sup> Als negativer Effekt werden stark steigende Kosten für die Wirtschaft angesprochen, vor allem aber steigende Abgaben für Arbeitnehmer\*innen, denen beispielsweise verkündet wird: „So viel weniger haben Sie bald vom Lohn!“ (Bild 17.05.2024, S. 1). Dass der Sozialstaat Arbeitnehmer\*innen nützt und Sicherheit gibt, wird nur sehr selten erwähnt. Im Gegenteil: Transferleistungen werden in Bezug auf das Bürgergeld sogar als schädlich bewertet durch die häufige Aussage, dass die Differenz zwischen Lohn und Sozialleistung zu klein sei und dadurch Leistungsbereitschaft verhindert werde. Auch bei einer Anhebung des Mindestlohns wird eine sinkende Leistungsbereitschaft befürchtet, während der Nutzen für Menschen mit niedrigem Einkommen nicht angesprochen wird. Dass der Sozialstaat nur als Belastung wahrgenommen wird, wird auch deutlich, wenn im Mai häufiger und dramatisch über große Mängel bei der Altenpflege berichtet wird: Als Ursache wird Fachkräftemangel in der Pflege benannt. Diesem durch höhere staatliche Ausgaben im Pflegebereich zu begegnen, wird nicht in Betracht gezogen, stattdessen werden mehr private Vorsorge und höhere Geburtenraten vorgeschlagen.

In beiden Diskurssträngen wird der Ampelregierung, insbesondere SPD und Grünen, vorgeworfen, als notwendig bewertete harte Maßnahmen gegen Migrant\*innen und Sozialleistungsempfänger\*innen zu verhindern, was auf Unfähigkeit und ideologische Verblendung zurückgeführt wird. Der dritte Koalitionspartner, die FDP, wird hingegen oft für seine Sparwünsche gelobt, wenn er unsoziale Lösungen unterstützt. Dies ist Teil einer kontinuierlichen Kampagne mit dem Ziel, die Ampelregierung zu destabilisieren. Diese Kampagne wurde bis zum Bruch der Koalition am 06.11.2024 fortgesetzt. Beispielsweise erscheinen im Februar 2024 innerhalb einer Woche folgende Formulierungen in Überschriften:

*Führt Lindners ‚Wirtschaftswende‘ zum Ampel-Ende?* (Bild 12.02.2024, S. 2), *DIESER Scheidungsbrief ist die Vorlage für das AMPEL-AUS* (Bild 14.02.2024, S. 2), *Mega-Zoff in der Ampel* (Bild 17.02.2024, S. 2), *Zerbricht die Ampel an der Bezahlkarte?* (Bild 19.02.2024, S. 2).

Verschränkungen des Sozialstaatsdiskurses mit dem Migrationsdiskurs ergeben sich vor allem bei den im Folgenden dargestellten Themen.

### Bezahlkarte

Bild setzt sich von Januar bis April 2024 kampagnenartig für die bundesweite Einführung einer Bezahlkarte für Asylantragsteller\*innen ein. Dazu nutzt sie eine am Normalismus orientierte Diskursstrategie, indem betont wird, dass eine sehr große Mehrheit der Parteien, Bundesländer und Bürger\*innen die Bezahlkarte wollte, während sich eine Minderheit aus Teilen der Grünen dagegenstellen würde. In einer normalistischen Gesellschaft<sup>25</sup> ist klar, dass eine so deutliche Mehrheit recht haben muss. Trotzdem wird in einem Artikel auch ein Gegenargument angeführt, nämlich dass viele Grüne „die Bezahlkarte für diskriminierend“ hielten (Bild 17.02.2024, S. 2). Ansonsten wird die Ablehnung der Grünen aber als sture

---

**24** Gegenpositionen, die Sozialausgaben positiv bewerten, bleiben seltene Ausnahmen. So wird in Bezug auf die Rente eine Infografik gezeigt, in der die Befragten ein stabiles Rentenniveau als noch wichtiger als stabile Rentenbeiträge bewerten und SPD-Parteichefin Saskia Esken zitiert wird, die „Angriffe auf bisherige Errungenschaften des Sozialstaats“ zurückweist (Bild 14.05.2024, S. 2). Außerdem erscheint eine Nachricht mit dem Titel *Gewerkschafts-Chefin warnt vor Sozial-Abbau* (Bild 27.02.2024, S. 3).

**25** In modernen verdateten Gesellschaften spielt die Vorstellung einer statistischen Normalität, die Sicherheit vermittelt und das gute Innen der Mehrheit vom gefährlichen Außen der Minderheit abgrenzt, eine bedeutende Rolle. Jürgen Link hat den Normalismus systematisch untersucht (vgl. bspw. Jäger u. a. 2024, S. 131–163, Link 2018 und Link 2013).

Blockadepolitik abgewertet. Damit wird eine restriktive Migrationspolitik als Notwendigkeit gesetzt, die nicht hinterfragt wird, sondern bei der es nur noch um die Frage der Umsetzung geht.

Die Bezahlkarte erscheint als eine Art Zauberkarte mit fast magischen Kräften zur Migrationskontrolle und zur Verhinderung von Leistungsmissbrauch:<sup>26</sup> Sie soll „[i]rreguläre Migration eindämmen, Binnen-Migration stoppen, Schleuserkriminalität austrocknen, Verwaltung vereinfachen“ (Bild 31.01.2024) sowie verhindern, dass Flüchtlinge „Geld an Schlepper“ zahlen (Bild 27.04.2024, S. 2) oder Überweisungen in Heimatländer vornehmen und somit eine „Reduzierung der Anreize“ für Zuwanderung bringen (Bild 04.02.2024, S. 3). Außerdem soll sie Flüchtlinge in Arbeit bringen (Bild 18.04.2024) sowie den Kauf von Alkohol, illegalen Drogen, Glücksspiel und Online-Shopping verhindern (Bild 03.02.2024, S. 2). Damit wird auch impliziert, dass nicht nur der unrechtmäßige Erwerb von Sozialleistungen als Missbrauch betrachtet wird, sondern auch jede Form der unerwünschten Nutzung des Geldes.

Es wird aber auch vermittelt, dass die Mehrzahl der Asylantragsteller\*innen keine als Missbrauch bewerteten Pläne habe. Entsprechend wird von einer „[h]ohen Akzeptanz der Karten bei den meisten Betroffenen“ berichtet (Bild 22.01.2024, S. 2). Allerdings wird auch die große Gesamtzahl an Migrant\*innen, die Sozialleistungen erhalten, problematisiert und es werden dazu große Zahlen<sup>27</sup> präsentiert: „492 390 Ausländer“, die „eigentlich nicht in Deutschland sein“ sollten, sowie „193.972“ nur Geduldete bekämen Sozialleistungen (Bild 15.03.2024, S. 1). Dass die betreffenden Menschen „eigentlich nicht in Deutschland sein sollten“ (ebd.), kann als impliziter Missbrauchsvorwurf verstanden werden, zumal an anderer Stelle davon gesprochen wird, dass das „Asylrecht [...] viel zu oft missbraucht“ werde (Bild 30.03.2024, S. 2).

Am 18. April wird das Beispiel des Landkreises Eichsfeld vorgestellt und impliziert, dass von 400 Geflüchteten durch Einführung der Bezahlkarte 56 wegzogen, „vermutlich nach Georgien oder in den Westbalkan“ (Bild 18.04.2024, S. 2), sowie 43 Arbeit angenommen hätten. War von Januar bis März meist von Einzelfällen des Betrugs die Rede, implizieren diese Zahlen, dass eine große Zahl von Flüchtlingen des Missbrauchs verdächtig wird. Noch deutlicher wird das im April, als eine Überschrift verkündet: ‚BEZAHLKARTE DA! Viel weniger Flüchtlinge‘ (Bild 18.04.2024, S. 2).

Die Einschätzung der Anzahl von Missbrauch betreibenden Geflüchteten wechselt also zwischen einer kleinen Minderheit und einem großen Anteil. Dieses paradoxe Changieren könnte den Effekt haben, dass einerseits die diskriminierende Wirkung negiert wird, weil ja scheinbar nur eine kleine Gruppe betroffen ist, andererseits die Notwendigkeit restriktiven Vorgehens wegen der scheinbar großen Gruppe plausibel wird.

Am 13. April werden radikalere Maßnahmen vorgestellt: Sozialleistungen für „illegale Flüchtlinge“ (Bild 13.04.2024, S. 3) zu begrenzen wird als gute Maßnahme präsentiert, um Sekundärmigration zu verhindern. Wie weit das gehen könnte, macht folgendes Zitat deutlich: „Niemand soll verhungern oder obdachlos werden“, so CDU-Innenexperte Christoph de Vries deutlich. „Aber darüber hinaus muss Schluss sein mit der Spendermentalität“ (Bild 13.04.2024, S. 3). Das würde bedeuten, die Grundrechte auf das nackte Recht zum Überleben einzuschränken und alle weiteren Menschenrechte zu ignorieren.

---

**26** Eine Einschränkung zur Wirksamkeit macht Bild aber doch: Es wird davor gewarnt, kriminelle ‚Clans‘ könnten Geld damit verdienen, Asylantragsteller\*innen fiktive Einkäufe anzubieten, durch die sie Kartenguthaben in Bargeld umwandeln könnten (Bild 23.02.2024, S. 2). Dass auch solidarische Unterstützer\*innen vergleichbare Angebote machen, jedoch ohne sich daran zu bereichern, wird nicht berichtet.

**27** Die Nennung großer Zahlen beziehungsweise symbolisch groß wirkender Zahlen oder springender Zahlen ist ein beliebtes Mittel zur Dramatisierung, beispielsweise um das Gefühl einer drohenden Denormalisierung zu erwecken.

### Bürgergeld

Das Bürgergeld ist das wichtigste Thema im Sozialstaatsdiskurs, und Forderungen nach Kürzungen und härteren Sanktionen bei Missbrauch werden immer wieder vorgebracht. Dabei werden Missbrauch betreibende Personen mit einer Häufung von abwertenden Kollektivsymbolen belegt: „Faule Arbeitslose“, „faule Bürgergeld-Kassierer“, „Totalverweigerer“, „Arbeitsverweigerer“, „Dauer-Faulenzer“, „faule Stützen-Bezieher“, „faule Stützen-Empfänger“, „Faulenzer“, „NULL Bock auf Arbeit“, und „Arbeitsunwillige“.<sup>28</sup>

Ruhiger ist der Ton in den etwa 10 von 40 Artikeln zum Thema Bürgergeld, in denen sich Sozialstaatsdiskurs und Migrationsdiskurs verschränken. In diesen bleiben Dramatisierungen und Abwertungen weitgehend aus. In zwei Artikeln werden allerdings hohe Zahlen des „Migrantenanteil[s] beim Bürgergeld“ (Bild 21.05.2024) gehäuft aufgezählt beziehungsweise in einer Infografik dargestellt (Bild 04.01.2024, S. 2). Diese Darstellungen können dramatisierend wirken und die rassistische Lesart ermöglichen, Migrant\*innen wären arbeitsscheu. Bild selbst nimmt an diesen Stellen aber keine solchen Deutungen vor.

In Bezug auf Geflüchtete aus der Ukraine wird deren niedrige Erwerbsquote problematisiert, die Schuld aber ausdrücklich nicht bei ihnen gesucht, sondern als Ursachen werden fehlende Sprachkurse und eine zu niedrige Differenz zwischen Lohn und Sozialleistungen angeführt. In dieser Logik schadet das Bürgergeld den Empfänger\*innen. Passend dazu wird die Forderung des Bayerischer Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) wiedergegeben, neu ankommenden Ukrainer\*innen „kein Bürgergeld [...], sondern nur Asylleistungen“ zuzugestehen (Bild 03.03.2024, S. 3).

Negativ bewertet werden männliche Ukrainer, die sich dem ukrainischen Militär entziehen und in Deutschland Bürgergeld beziehen (Bild 02.01.2024, S. 2), sowie ukrainisch-ungarische Doppelstaatler, die ihre „ungarische Staatsbürgerschaft [...] verschweigen“ (Bild 16.02.2024, S. 2), um Bürgergeld zu erhalten. Über Erstere wird recht undramatisch geschrieben und Letztere werden als kleine Minderheit der großen Anzahl Anspruchsberechtigter gegenübergestellt.

Ukrainische Flüchtlinge werden also teils als Opfer des Bürgergelds, teils als Betrüger\*innen dargestellt, ohne dass dabei dramatisiert wird. Durch die Bild werden in Bezug auf Ukrainer\*innen keine rassistischen Deutungen vorgenommen, können im Falle der Betrüger\*innen aber implizit hervorgerufen werden.

Auch eine Reihe weiterer Artikel, in denen Wünsche nach weniger Migration und Kritik am Bürgergeld ohne direkte Verbindung nebeneinandergestellt werden, kann implizit die Lesart provozieren, der Sozialstaat müsste vor Migration geschützt werden.

Migration und Bürgergeld erscheinen also teils assoziativ, teils explizit als zusammengehörige Probleme, was den Effekt haben kann, dass Wünsche nach restriktiver Sozialpolitik und restriktiver Migrationspolitik als zusammengehörig erscheinen und sich gegenseitig stützen können. Damit wird es nachvollziehbar, dass die Bild Ende Februar 2024 nach einer längeren Kampagne für eine Bezahlkarte für Asylantragsteller\*innen (s. o.) den Bundestagsabgeordneten Maximilian Mörseburg (CDU) zitiert, der jetzt eine Bezahlkarte für alle Bürgergeldempfänger\*innen fordert, insbesondere für ‚Totalverweigerer‘ (Bild 29.02.2024, S. 1).

### Kindergeld/Scheinvaterschaften

Das Thema Kindergeld wird nur in fünf Artikeln im Januar und Februar 2024 angesprochen. Während der Sozialstaat ansonsten fast ausschließlich als Belastung dargestellt wird (s. o.), wird das Kindergeld am 21. Januar positiv bewertet: „Gerade die arbeitende Mitte, also

---

**28** (Bild 02.01.2024, S. 2, 05.02.2024, S. 1; 06.01.2024, S. 1; 09.01.2024, S. 1; 20.01.2024, S. 2; 16.03.2024, S. 2; 17.03.2024, S. 3; 13.02.2024, S. 8; 19.03.2024, S. 1; 23.03.2024, S. 2)

diejenigen, die jeden Tag aufstehen, ihr Einkommen hart erarbeiten und sich nebenbei um ihre Kinder, die Nachbarn und den Verein kümmern, sollten entlastet werden“ (Bild 21.01.2024, S. 3). Die Möglichkeit von Missbrauch wird in diesem Bericht nur angedeutet durch das Wort ‚will‘ in der Formulierung, das Kindergeld sei für denjenigen, der „nicht arbeiten kann oder will“ (ebd.).

Am 30. Januar erscheint die Nachricht *525 Mio. Euro Kindergeld ins Ausland*.<sup>29</sup> Steigende Zahlen können den Eindruck eines zunehmenden Problems assoziieren. Missbrauch wird aber nicht unterstellt, sondern erklärt: „Deutsche mit Wohnsitz im Ausland haben Anspruch auf deutsches Kindergeld, wenn sie in Deutschland steuerpflichtig sind“ (Bild 30.01.2024, S. 1).

Drastischer Missbrauch wird hingegen in einem Bericht am 26. Februar über Jonathan A. dargestellt, den die Bild ‚Mr. Cash Money‘ nennt. Von dem „ursprünglich aus Nigeria stammenden Jonathan A.“ (Bild 26.02.2024, S. 3) wird berichtet, er habe seine deutsche Staatsbürgerschaft genutzt, um 24 Kinder als seine anzuerkennen. Damit habe er diesen sowie deren Müttern und Geschwistern Zugang zum deutschen Aufenthaltsrecht und Sozialleistungen verschafft. Jonathan A. wird als skrupelloser Betrüger inszeniert, der seine Frauen und Kinder ausnimmt, indem er Geld nicht weitergibt, das ihnen zusteht. Außerdem wird der „Verdacht“ (ebd.) geäußert, dass er Geld für die Anerkennung von ihnen verlange. Jetzt prahle er unter dem Namen ‚Mr. Cash Money‘ mit seinem Reichtum (Bild 26.02.2024, S. 3).

Der Fall wird als prototypisch bewertet: Schon 2017 sei die Zahl der „missbräuchlich anerkannten Vaterschaften [...] auf rund 5000, der jährliche Schaden auf über 150 Millionen Euro geschätzt“ worden (ebd.). Der Bericht dramatisiert die Bedrohung durch eine Klimax von Zahlen: In der Überschrift werden ‚1,5 Mio. Euro‘ Schaden durch Jonathan A. genannt, später insgesamt ‚150 Millionen Euro‘ Schaden durch Scheinvaterschaften und schließlich ‚113 Milliarden Euro‘ jährlicher Schaden durch Sozialleistungsbetrug insgesamt (ebd.). Damit wird aus einem schockierend dargestellten Einzelfall eine großflächige Bedrohung.

Die so konstruierte drohende Denormalisierung wird am 29. Februar in einem Kommentar von Frank Schneider aufgegriffen. Er stellt ehrliche, verarmte Arbeitslose und dreiste Betrüger wie ‚Mr. Cash Money‘ (Schneider, Bild 29.02.2024, S. 2) gegeneinander. Anschließend behauptet er sogar, es drohe „sozialer Unfriede, im schlimmsten Fall soziale Unruhen“ (Schneider, Bild 29.02.2024, S. 2), und fordert einen „wehrhaften Sozialstaat“ (ebd.), womit er unter anderem den Abbau von Schutzrechten wie Datenschutz oder Steuergeheimnis meint.

Neben diesen beiden Artikeln über Jonathan A. erscheint noch ein weiterer Bericht auf Seite 8 derselben Ausgabe vom 29.02.2024, der wenig Neues bringt. Insgesamt misst die Bild dem Fall mit nur drei Artikeln, von denen keiner auf der Titelseite angekündigt wird, nur eine geringe Bedeutung bei. Auffällig sind aber die starke Dramatisierung und die Verallgemeinerung des Falles als prototypisch. Diese Darstellung eines nigerianischen Betrügers steht in Kontrast zu der weiter oben analysierten undramatischen Darstellung von ukrainischen Betrüger\*innen als kleiner Minderheit. Eine solche unterschiedliche Darstellung verstärkt implizit eine Hierarchisierung von Migrantengruppen.

### Sylt

Als Ende Mai 2024 ein Video in sozialen Medien veröffentlicht wird, in dem junge Erwachsene auf einer Party auf Sylt ausländischerfeindliche Parolen singen und rechtsextreme Gesten zeigen, räumt Bild dem viel Raum ein und veröffentlicht vom 25. bis 27. Mai vier Berichte und zwei Kommentare. Die Täter werden als ‚Sylt-Schnösel‘ titulierte. Diese Bezeichnung verortet ihr Handeln einerseits unter Reichen, andererseits kann sie den Effekt haben, ihr Verhalten als schlechte Angewohnheit verwöhnter Wohlstandskinder zu verharmlosen.

Der Rassismus der ‚Sylt-Schnösel‘ wird als extrem rechts verortet, als politische Tat aber ernst genommen und als inakzeptabel bewertet. Die Gesänge und mit ihnen Rassismus und extreme Rechte werden allerdings wieder relativiert, indem sie als weniger bedrohlich als migrantische Gewalt dargestellt werden, die als der „wahre[.] Elefant[.] im Raum“ (Nickel, Bild 25.5.2024, S. 2) beschrieben wird. Diese wird viel stärker dramatisiert als „beinahe schon alltägliche[r] Horror auf unseren Straßen! Messerattacken, Vergewaltigungen, gern auch in der Gruppe, Massenschlägereien oder Gewaltakte von solcher Brutalität, dass einem die Worte fehlen“ (ebd.). An anderer Stelle werden den Taten „antisemitische Parolen linksradikaler Studenten und [...] Messerattacken junger Migranten“ (Bild 27.05.2024, S. 3) gegenübergestellt.

Die Verschränkung zwischen dem Migrationsdiskurs, dem Diskurs über die extreme Rechte und dem Sozialstaatsdiskurs wird in einem Kommentar von Celal Çakar entfaltet:

„Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte rackern sich täglich ab, in der Hoffnung, eines Tages sozialen Aufstieg zu schaffen. Menschen wie ich. Die oft wegen ihres Namens oder ihres Aussehens für die Wohnung oder den Job gar nicht in Betracht gezogen werden. Weil uns vermeintlichen ‚Ausländern‘ von wohlhabenden Chefs Barrieren in den Weg gestellt werden. Chefs, die auf der nächsten Party vielleicht auch ‚Deutschland den Deutschen‘ mitsingen. [...] Auch wenn wir intelligenter und fleißiger sind, rennen wir gegen unsichtbare Wände. Und großes Potenzial für Deutschland verkümmert“ (Çakar, Bild 26.05.2024, S. 2).

Çakar setzt ein ‚Wir‘ einer großen Zahl fleißiger Migrant\*innen einer rassistischen, reichen und verwöhnten Elite entgegen. Zugehörigkeit zum ‚Wir‘ wird über Arbeit, Fleiß und Intelligenz definiert. Anders als in den anderen fünf Texten wird Rassismus hier als gesamtgesellschaftliches Problem verortet.

### 5.3. ZWISCHENFAZIT: DYNAMIKEN DES MEDIALEN DISKURSES

Die Verschränkung der Diskurse Sozialstaat und Migration wird im mediopolitischen Diskurs noch deutlicher als in den untersuchten parlamentarischen Debatten. Dabei stellt sich das Sagbarkeitsfeld in der Gesamtsicht folgendermaßen dar: Einerseits erscheinen Migrant\*innen im Kontext ‚Bürgergeld‘ als (Haupt-)Belastung für den Sozialstaat. Entsprechende Beiträge können genutzt werden, um härtere Abschottungsmaßnahmen gegen Migrant\*innen zu legitimieren, insbesondere gegen solche Geflüchtete, die nicht geeignet scheinen, den Fachkräftemangel zu mildern. Andererseits wird in einigen untersuchten Beiträgen eine zunehmend migrationsfeindliche Stimmung kritisiert und das Potenzial von Migration für Deutschlands Wirtschaft betont. Diese konträr wirkenden Positionen scheinen insbesondere in der SZ gut vereinbar zu sein: Belastende Migration müsse gebremst und nützliche Migration gefördert werden.

Die Entgrenzungsmotive in Hinsicht auf Sozialleistungen gleichen denen des parlamentarischen Diskurses. In der FAZ erscheint der Sozialstaat doppelt entgrenzt: Zum einen werden Transferleistungen als zu hoch beschrieben, besonders im Hinblick auf den Lohnabstand. Zum anderen wird der deutsche Sozialstaat als zu durchlässig nach außen gezeichnet. Den ‚allzu großzügigen Sozialleistungen‘ werden dabei Pullfaktoren zugeschrieben – allerdings für ‚die falschen Migrant\*innen‘. Ausländische Fachkräfte werden in Darstellungen der FAZ durch das hohe Abgabenniveau abgeschreckt. In SZ und taz werden Sozialleistungen nicht als Pullfaktoren wahrgenommen.

In Bezug auf ukrainische Geflüchtete zeigt sich ebenfalls ein breites Spektrum: Die Kritik an ‚wehrfähigen Ukrainern‘ im Bürgergeld wird insbesondere in der FAZ sehr explizit formuliert.

In SZ und taz erscheinen Ukrainer\*innen dagegen als legitime Flüchtlinge – eine mögliche Fahnenflucht wird nicht thematisiert.

Die ‚Zeitenwende‘ wird in den untersuchten Medien als zuspitzender Faktor gesellschaftlicher Entwicklung betrachtet. Die Beiträge können als Warnungen vor einem drohenden Notstand gelesen werden und den Abbau sozialstaatlicher Leistungen begründen. Eine durch die ‚Zeitenwende‘ geleitete Haushaltspolitik wird als Herausforderung beschrieben oder steht als ‚unsozial‘ in der Kritik.

Beim Thema Bezahlkarte werden die Differenzen der untersuchten Zeitungen besonders deutlich. Während die Karte in der FAZ als Instrument zur Migrationssteuerung und Mittel gegen die AfD regelrecht beworben wird, bemüht man sich in der SZ um eine vorsichtige Legitimierung, etwa nach dem Motto: ‚Bezahlkarte? Warum nicht‘. Dabei wird die Karte als Anreiz für Geflüchtete präsentiert, eine Arbeit aufzunehmen, oder sogar als Alternative zu ‚belastendem Bargeld‘. In der taz erscheint die Bezahlkarte als überflüssig und diskriminierend gegenüber Geflüchteten; sie wirke als Integrationshindernis.

### **Bild**

Die Darstellung in der Bild spitzt Aussagen aus den anderen hegemonialen Medien deutlicher zu. Der Sozialstaat erscheint dabei vor allem als Belastung. Missbrauchsmotive werden bei allen untersuchten Themen wesentlich expliziter aufgerufen. Restriktive Praktiken im Hinblick auf den Sozialstaat und gegen Migration erscheinen in der Bild als zusammengehörig.

Deutlich wird das unter anderem in der Auseinandersetzung mit dem Bürgergeld. Ein hoher Anteil von Migrant\*innen im Bürgergeld wird hier sehr explizit thematisiert. Die Darstellung von Bürgergeldbezieher\*innen ist dabei insgesamt wesentlich abwertender und stärker auf das ‚missbrauchende‘ Subjekt fokussiert als in den anderen untersuchten Zeitungen.

Die Kampagne der Bild im Hinblick auf die Bezahlkarte zielt auf eine Normalisierung dieses migrationspolitischen Instruments. Dabei changiert die Darstellung von Leistungsmissbrauch unter Geflüchteten zwischen zwei Formen: 1. Das Problem betrifft nur eine kleine Gruppe und 2. ein großer Anteil Geflüchteter betreibt Leistungsmissbrauch. Dabei fällt der Blick auch genauer auf die Subjekte. Geflüchtete werden etwa als Kronzeug\*innen herangezogen, um eine diskriminierende Wirkung der Karte zu widerlegen.

Dem Thema Vaterschaftsbetrug, genauer dem Fall Jonathan A., widmet man sich in der Bild zwar nur mit drei Artikeln, jedoch wesentlich eingehender als in den anderen untersuchten Zeitungen. Der Fall wird genutzt, um einen ‚wehrhaften Sozialstaat‘ zu fordern, der sich nach innen gegen ‚Faule‘ und nach außen gegen Missbrauch betreibende Geflüchtete richtet.

## 6 Fazit

Die Verschränkung der Diskurse zu Sozialstaat und Migration findet insbesondere dann statt, wenn es um die Abwägung der Kosten und Nutzen von Zuwanderung für die sozialen Sicherungssysteme geht. Diese ökonomische, moralische Bewertung treibt auch die zunehmende rechtliche Stratifizierung an, der Diskurs ist dafür das sinnstiftende Legitimationsbett.

Bei der Betrachtung des Diskursverlaufes haben wir eine zunehmende Polarisierung im Sagbarkeitsfeld festgestellt. Es werden zwei gegensätzliche Bilder von Migration entworfen:

- Fluchtmigration gilt in erster Linie als Belastung für den nationalen Sozialstaat. In Anschluss an Narrative des ‚Kontrollverlusts‘ und der Entgrenzung im Fluchtdiskurs nach 2015 gilt Fluchtmigration als Bedrohung für das ‚soziale Gleichgewicht‘. Aus konservativen und rechtsextremen Diskurspositionen wird dabei der deutsche Sozialstaat selbst als Pullfaktor angesehen.
- Von progressiveren Diskurspositionen wird diese Darstellung zurückgewiesen und Fluchtursachen wie Krieg und Verfolgung werden hervorgehoben.

Dagegen gilt Fachkräftemigration angesichts der demografischen Entwicklung und des existierenden Fachkräftemangels als dringend notwendig. Dieses Argument findet sich im untersuchten Material als einziger Grund dafür, sich positiv auf Migration zu beziehen.<sup>30</sup> Deutschland wird in diesem Kontext als Einwanderungsland beschrieben, eine ‚migrationsfeindliche Stimmung‘ dagegen als kontraproduktiv. Hierbei werden weder die Legitimität von Migrationskontrolle durch Nationalstaaten noch die tatsächliche Fähigkeit, diese vollständig kontrollieren zu können, hinterfragt.

### Parlamentarischer Diskurs

Die Aussagenanalyse von Bundestagsdebatten zu den Themen Bürgergeld, Leistungsmissbrauch, Vaterschaftsbetrug und Bezahlkarte ergab Folgendes:

- Das Bürgergeld wird als eine Art ‚Leistungsmissbrauch von oben‘ beschrieben: Bei den Kritiker\*innen dominieren das Bild einer sozialen Schieflage, einer Entgrenzung des legitimen Empfängerkreises und das Narrativ eines durch die Hintertür eingeführten bedingungslosen Grundeinkommens: Ein zu geringer Lohnabstand bei zu hohen Bürgergeldleistungen verleite zu einem Ausruhen in der ‚sozialen Hängematte‘.
- Dagegen gilt das Bürgergeld bei den Befürworter\*innen als progressive Anpassung an eine veränderte Arbeitsmarktsituation. Ebenfalls mit Verweis auf den Fachkräftemangel erscheint das Bürgergeld als ein Instrument, mit dem die Qualifizierung von Arbeitslosen fokussiert werde. Kürzungen im Bereich der Sozialleistungen wird widersprochen. Wenn der Lohnabstand adressiert wird, erscheint der Mindestlohn als passende Stellschraube, um ‚Gerechtigkeit‘ zu schaffen.

---

<sup>30</sup> Ausgenommen ist bei dieser Betrachtung die Solidarität mit ukrainischen Geflüchteten.

Beim Thema Sozialleistungsmissbrauch werden die Diskursstränge Migration und Sozialstaat strategisch<sup>31</sup> verschränkt. Dabei werden mit Aussagen über einen ‚massenhaften‘ Missbrauch und Narrativen wie der Sozialtourismus-Äußerung gezielt Bilder von Kontrollverlust und Entgrenzung aufgerufen. Migrant\*innen werden unter Generalverdacht gestellt. Insbesondere von der AfD wird in diesem Zusammenhang eine exzessive Kontrolle gefordert. Diese Darstellungen werden von den anderen Parteien meist als ‚populistisch‘ zurückwiesen, es wird mit dem Verweis auf nützliche Migration widersprochen. Im Falle ukrainischer Geflüchteter wird auf die Legitimität von Fluchtgründen hingewiesen. Teils werden denormalisierende Darstellungen von ‚ausländischem‘ Sozialleistungsmissbrauch aber aufgegriffen und eine (Neu-)Justierung von Kontrollmechanismen gefordert.

In der Debatte um die Bezahlkarte für Geflüchtete wird die diskursiv vermittelte Notwendigkeit der Abwehr von Fluchtmigration deutlich. Die Bezahlkarte erscheint als Instrument, um dem diagnostizierten ‚Kontrollverlust‘ etwas entgegenzusetzen. In diesem Kontext findet wiederholt eine Verschränkung mit dem Kriminalitätsdiskurs statt: Abschottung gegen Geflüchtete erhält als Kampf gegen ‚Schleuserkriminalität‘ mehr Legitimität. Nur wenige Stimmen weisen in der Debatte auf mögliche diskriminierende Effekte der Bezahlkarte für Geflüchtete hin.

### Mediopolitischer Diskurs

Die synoptische Analyse von FAZ, SZ und taz sowie eine Analyse des Diskurses der Bild förderte Folgendes zutage:

Im medialen Diskurs erscheint die Verschränkung von Sozialstaat und Migration stärker als in den untersuchten parlamentarischen Debatten. Insbesondere beim Thema Bürgergeld werden Migrant\*innen als (Haupt-)Belastung für den Sozialstaat markiert. Der Sozialstaat erscheint dabei in der FAZ als doppelt entgrenzt: Sowohl nach innen im Hinblick auf den Empfängerkreis und der Höhe der Leistungen als auch nach außen im Hinblick auf Migration. Sozialleistungen werden als Pullfaktor gewertet. Dies gilt allerdings nicht für dringend benötigte ausländische Fachkräfte, die durch ein hohes Abgabenniveau abgeschreckt würden. In Bezug auf das Bürgergeld wird in der FAZ insbesondere der Bürgergeldbezug geflüchteter Ukrainer\*innen kritisiert. Besonders die ‚Alimentierung‘ wehrfähiger ukrainischer Männer wird als Beihilfe zur Fahnenflucht angesehen. In der SZ und der taz finden sich weder eine Darstellung des Sozialstaats als Pullfaktor noch eine Kritik am Bürgergeldbezug von ukrainischen Geflüchteten.

Die ‚Zeitenwende‘ wird als zuspitzender Faktor gesellschaftlicher Entwicklung beschrieben: Dabei reicht das Spektrum der Kommentare von der Forderung nach einer Verschlankung des Sozialstaats angesichts eines drohenden Notstands bis zu Kritik an ‚unsozialer‘ Prioritätensetzung im durch die ‚Zeitenwende‘ geleiteten Haushalt.

Die Bezahlkarte für Geflüchtete wird sowohl in der FAZ als auch in der SZ befürwortet: Sie gilt als legitimes und verträgliches Instrument zu einer als notwendig beschriebenen Steuerung von Migration und wird als Mittel gegen die AfD diskutiert. In der taz erscheint die Bezahlkarte dagegen als diskriminierend und als Integrationshindernis.

In der Bild kommen keine nennenswerten Aussagen dazu, vielmehr werden die Aussagen aus den anderen untersuchten Medien zugespitzt und teils kampagnenartig vermittelt. Die Bild beschreibt den Sozialstaat in erster Linie als Belastung, dabei werden Beispiele für

---

**31** Im parlamentarischen Diskurs ist auffällig, wie vor allem die AfD migrationspolitische Themen auf die Agenda setzt und strategisch mit dem Thema Leistungsmissbrauch verknüpft. Diesem Vorhaben wird von allen anderen Parteien mit demonstrativer Abgrenzung begegnet – wie überhaupt im parlamentarischen Diskurs die AfD abgelehnt wird. Dennoch gibt es immer wieder Anschlussstellen in den Aussagen der AfD, an die insbesondere die Union als Opposition anschließt. Die AfD nutzt solche Anschlüsse strategisch, um das Feld des Sagbaren in Richtung ihrer eigenen Positionen zu erweitern bzw. zu verschieben (Kap. 3.6).

Leistungsmissbrauch mit denormalisierender Wirkung stärker individuell hervorgehoben. Das zeigt sich insbesondere an der Berichterstattung zu Vaterschaftsbetrug durch Jonathan A. In den Darstellungen der Bild wird stärker auf ‚missbrauchende‘ Subjekte gezielt – diese werden häufig mit abwertenden Begriffen belegt, vor allem wenn sie als ‚faul‘, bezeichnet werden. Im Hinblick auf die Verschränkung von Sozialstaat und Migration problematisiert die Bild vor allem die Anzahl von Migrant\*innen, die Bürgergeld beziehen. Die Bezahlkarte für Geflüchtete wird in der Bild als eine Art Wundermittel gegen Migration beworben.

Ein zentrales Ergebnis der Untersuchung ist, dass die diskursive Zuspitzung von Sozialleistungsmissbrauch nicht auf belastbaren Daten beruht. Die statistische Erfassung von Sozialleistungsmissbrauch ist fragmentarisch und erlaubt keine zuverlässigen Aussagen über dessen tatsächliches Ausmaß. Bereits die verfügbaren Daten der Bundesagentur für Arbeit fassen bestätigten Missbrauch und bloße Verdachtsfälle zusammen, ohne Aufschluss darüber zu geben, wie viele dieser Fälle sich im weiteren Verlauf als unbegründet erweisen. Hinzu kommt, dass automatisierte Datenabgleiche eine hohe Zahl an Verdachtsmomenten erzeugen, die strukturell bedingt sind und keine missbräuchlichen Handlungen darstellen müssen, zugleich jedoch den Eindruck systematischer Regelverletzungen verstärken. Das betrifft insbesondere Bereiche, die im Diskurs regelmäßig im Zentrum eines Missbrauchsverdachts stehen – etwa Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder Kindergeld. Diese werden statistisch überhaupt nicht erfasst. Diese Leerstelle wirkt diskursiv genutzt: Sie ermöglicht es, Einzelfälle zu verallgemeinern und trotz fehlender Daten ein Bild massenhafter Entgrenzung und eines bedrohten sozialen Gleichgewichts zu erzeugen. Der Mangel an belastbaren Daten stellt damit keinen bloßen Hintergrund der Debatten dar, sondern ist eine Voraussetzung der diskursiven Konstruktion von Kontrollverlust und migrationsbezogener Problematisierung.

Festzustellen ist, dass sowohl im parlamentarischen als auch im mediopolitischen Diskurs der Sozialstaat auch ohne das Motiv des Missbrauchs kritisiert wird. Dadurch betrifft die diskursive Auseinandersetzung um Migration und Sozialpolitik auch die institutionalisierten Funktionsweisen allgemeiner sozialer Sicherungssysteme. Das Bürgergeld dient dabei als Projektionsfläche, um bereits im Inneren, besonders aber mit Blick auf Migration, Entgrenzungsmotive aufzurufen. In dieser Perspektive werden regulierende Maßnahmen als notwendig angesehen: Migration soll unterbunden, mindestens aber besser gesteuert werden. Vor diesem Hintergrund wird über den Bürgergeldbezug von Migrant\*innen, die Bezahlkarte für Geflüchtete und Maßnahmen gegen Vaterschaftsbetrug diskutiert. In der Verschränkung der Diskurse zu Sozialstaat und Migration werden denormalisierenden Darstellungen von Migration hauptsächlich Nützlichkeitsabwägungen – etwa die Notwendigkeit von Migration angesichts des Fachkräftemangels – entgegengehalten. Letztlich steigt damit jedoch nur der Druck auf Migrant\*innen. Wenn Migrant\*innen, etwa Geflüchtete, nicht dem Bild von Verwertbarkeit entsprechen, landen sie auf der falschen Waagschale des ‚sozialen Gleichgewichts‘ – für sie gibt es mit diesem Argumentationsgang keinen Platz. Migration wird bei alledem stets aus der Perspektive eines nationalstaatlichen ‚Wir‘ bewertet, Standpunkte abseits national-sozialer Kosten-Nutzen Rechnungen und ihrer exkludierenden Folgen sind nicht sagbar.

Beide Diskurse folgen einer einheitlichen Struktur. Sie setzen den Nationalstaat als Maß und Referenzgröße für die Bewertung von Mobilität voraus. Die Bewertungsgrundlage orientiert sich an Gleichgewichtsvorstellungen, die durch immer wiederkehrende Migrationsbewegungen gefährdet sind und umgekehrt politische Handlungserfordernisse zur Regulierung von Migration nahelegen. Gleichgewichts- und Normalitätsvorstellungen sind dabei doppelt fundiert: Nationale Zugehörigkeit ist genauso der Normalzustand wie Leistungsfähigkeit.

Wie gezeigt, ist Migration historisch wiederkehrend über Nützlichkeitsabwägungen in Bezug auf den Arbeitsmarkt und den Sozialstaat bewertet worden, wobei sich die Grenzziehung zwischen Einschluss und Ausschluss entlang der Dichotomie eines arbeitsamen ‚Wir‘ und eines als potenziell belastend markierten ‚Sie‘ vollzieht. Diese diskursive Ordnung, die Migration in Abhängigkeit von Verwertbarkeit und Deservingness positioniert, hat sich seit der Phase der ‚Gastarbeiter\*innen‘ über die Debatten um ‚Armutsmigration‘ und den Fluchtdiskurs nach 2015 hinweg fortgeschrieben und zugleich ausdifferenziert. Aktuell zeigt sich diese Logik in einer erhöhten Selektivität gegenüber Migrant\*innen. Sozialpolitische Instrumente sollen zunehmend zur migrationspolitischen Steuerung genutzt werden, indem der Zugang zu Leistungen als Mittel der Kontrolle und der Grenzziehung zwischen ‚nützlicher‘ und ‚nicht nützlicher‘ Migration eingesetzt wird. Die in den parlamentarischen und mediopolitischen Debatten untersuchten Aussagen lassen sich daher als aktuelle Verdichtungen einer langfristig wirksamen diskursiven Struktur lesen, in der Migration beständig auf ihre Vereinbarkeit mit nationalstaatlichen Normalitäts- und Gleichgewichtsvorstellungen hin bewertet wird.

## FORSCHUNGSDESIDERATE

Die vorliegende Studie war limitiert in Hinsicht auf den kurzen Untersuchungszeitraum sowie die Auswahl der Medien. Gleichwohl ergeben sich aus der vorliegenden Studie zahlreiche Ansatzpunkte für weitere Forschung an der Schnittstelle von Migration und Sozialstaat:

- Der Blick, den wir in dieser Studie auf den mediopolitischen Diskurs geworfen haben, bildet eher eine Momentaufnahme ab. Um den Diskursverlauf und neue Formen der Normalisierung und Abweichungen sowie entsprechende politische Programmatiken besser nachvollziehen zu können, wäre die Betrachtung eines größeren Zeitraums sinnvoll.
- Die Medienanalyse bildet die aktuell diskursiv wirksamen Macht-Wissens-Strukturen zwischen Sozialpolitik und Migration ab. Der Exkurs zur Bild zeigt, dass Themen und Argumentationsmuster in einer zunehmend ausdifferenzierten Medienlandschaft durchaus in unterschiedlicher Intensität rezipiert werden. Eine intensive wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Medien als Quellen des Wissens wäre lohnenswert.
- Im Rahmen unserer Kontext-Recherche zum administrativen Wissen und auch in der Diskursanalyse hat sich gezeigt, dass die statistische Erfassung von Sozialleistungsmissbrauch lückenhaft ist.<sup>32</sup> Durch die fehlende gesetzliche Grundlage zur Datenerhebung, Verarbeitung oder Vermittlung existiert keine bundesweit einheitliche Statistik. Die Debatten in diesem Themenbereich finden daher ohne belastbare Grundlage statt, eine statistische sowie wissenschaftliche Erfassung des Sachverhaltes wäre dringend notwendig.
- Diskursive Entwicklungen schlagen sich in politischem und institutionellem Handeln nieder. Im Anschluss an diese Studie wäre eine Untersuchung sinnvoll, wie sich oben genannte (Re-)Normalisierungsmaßnahmen sowohl in Gesetzen abbilden als auch, wie sich die daraus erwachsende Praxis bei Ämtern und Behörden gestaltet.

- Der Diskurs um Migration ist stark durch die AfD geprägt. Es wäre notwendig zu beleuchten, mit welchen Diskursstrategien die extreme Rechte vorgeht und inwiefern sich das Sagbarkeitsfeld unter diesem Eindruck verändert. Eine Analyse wichtiger extrem rechter Publikationen könnte Hinweise darauf geben, wie diese die Positionen der AfD weiter zu radikalisieren versuchen und wie dies die Positionen der übrigen Parteien prägt.
- Bezogen auf den Fluchtdiskurs wird die Diskursstrategie deutlich, Denormalisierung durch ein Bedrohungspotenzial und Kontrollverlust durch Fluchtmigration zu behaupten. Eine systematische Analyse der Entwicklung des Flucht- und Migrationsdiskurses seit 2015 wäre sinnvoll.
- Ukrainischen Geflüchteten kommt im Diskurs um Migration eine Sonderstellung zu. Sie gelten einerseits als potenzielle Fachkräfte und sind andererseits von Stigmatisierung betroffen. Eine eingehende Analyse der zugrunde liegenden Dynamiken wäre wünschenswert.
- Insbesondere im Kontext Fachkräfteeinwanderung steigen die Selektivität und der Druck, Maßnahmen zur Migrationssteuerung zu etablieren. Die dabei entwickelten Instrumente sollten Gegenstand wissenschaftlicher Reflexion sein.

## Literaturverzeichnis

- Anderson, Bridget. 2013. *Us and Them? The Dangerous Politics of Immigration Control*. Oxford: Oxford University Press.
- Angermüller, Johannes und Martin Nonhoff und Eva Herschinger und Felicitas Macgilchrist und Martin Reisigl und Juliette Wedl und Daniel Wrana und Alexander Ziem. 2014. *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Band 1: Theorien, Methodologien und Kontroversen*. Bielefeld: Transcript.
- Angersnap, Ole und Amalie Jensen und Henrik Kleven. 2020. The welfare magnet hypothesis: Evidence from an immigrant welfare scheme in Denmark. *American Economic Review: Insights* 2/4. S. 527-542.
- Ataç, Ilker und Sieglinde Rosenberger. 2018. Social Policies as a Tool of Migration Control. *Journal of Immigrant & Refugee Studies* 17/1. S. 1-10.
- Barwick-Gross, Christine. 2023. Armutsmigration. In *Inventar der Migrationsbegriffe*, Hrsg. Bartels, Inken und Isabella Löhr und Christiane Reinecke und Philipp Schäfer und Laura Stielike und Maurice Stierl. DOI: <https://doi.org/10.48693/434>. Zugriffen: 10. Dezember 2024.
- Blanke, Jörg. 2022. *Merz bedauert „Sozialtourismus“-Vorwurf gegen Ukrainer*. In: Süddeutsche Zeitung. 27. September 2022. <https://www.sueddeutsche.de/politik/konflikte-merz-bedauert-sozialtourismus-vorwurf-gegen-ukrainer-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220927-99-909220>. Zugriffen: 10. Dezember 2024.
- Bleses, Peter und Edgar Rose. 1998. *Deutungswandel in der Sozialpolitik. Die Arbeitsmarkt- und Familienpolitik im parlamentarischen Diskurs*. Frankfurt a. M.: Campus-Verlag.
- Bogumil, Jörg und Philipp Gräfe. 2024. *Fragmentierung der Sozialpolitik – Schnittstellen und Brüche zwischen unterschiedlichen Sozialpolitikfeldern*. DIFIS Studie 2024/6. Duisburg/Bremen.
- Bundesagentur für Arbeit. 2021. *Bekämpfung von Leistungsmissbrauch im SGB II. Jahresbilanz 2020*.
- Bundesagentur für Arbeit. 2022. *Bekämpfung von Leistungsmissbrauch im SGB II. Jahresbilanz 2021*.

- Bundesagentur für Arbeit. 2023. *Bekämpfung von Leistungsmissbrauch im SGB II. Jahresbilanz 2022.*
- Bundesagentur für Arbeit. 2024a. *Bekämpfung von Leistungsmissbrauch im SGB II. Jahresbilanz 2023.*
- Bundesagentur für Arbeit. 2024b. *Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) – Die aktuellen Entwicklungen in Kürze – Juli 2024.*
- Chahrour, Mohammed Ali und Levi Sauer und Lina Schmid und Jorinde Schulz und Michèle Winkler (Hg.). 2023. *Generalverdacht. Wie mit dem Mythos Clankriminalität Politik gemacht wird.* Hamburg: Edition Nautilus.
- Deutscher Bundestag. 2020. *Dokumentation: Push- und Pull-Faktoren in der Migrationsforschung.* Aktenzeichen WD 1 - 3000 - 027/20.
- Deutscher Bundestag. 2021. *Vierzehnter Bericht der Bundesregierung über die Auswirkungen des Gesetzes zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung.* Drucksache 19/31265.
- Deutscher Bundestag. 2022a. *Strafrechtliche und kriminalstatistische Aspekte des „Sozialleistungsmissbrauchs“.* Aktenzeichen WD 7 - 3000 - 115/21.
- Deutscher Bundestag. 2022b. *Sozialleistungsmissbrauch in Deutschland.* Aktenzeichen WD 6 - 3000 - 095/21.
- Deutscher Bundestag. 2023. *Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jessica Tatti, Susanne Ferschl, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 20/8164 – Drucksache 20/8934.*
- Dinnebier, Laura und Deniz Oğuzhan. 2024. Migrations-wer-wie-was? Zur Notwendigkeit eines Wandels in Politik und Forschung. *WeiterDenken – Diskussionspapier des Landesbüros NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung.* Ausgabe 6/2024. <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/nrw/21594.pdf>. Zugriffen: 10. Dezember 2024.
- Disselnkötter, Andreas und Rolf Parr. 1994. *Kollektivsymbolsystem – Didaktisch aufbereitet* (mit Grafiken von Dorothea Hein). *kultuRRevolution* 30, S. 52-65.
- Drews, Axel und Ute Gerhard und Jürgen Link. 1985. Moderne Kollektivsymbolik: Eine diskurstheoretisch orientierte Einführung mit Auswahlbiographie. *Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur (IASL)*, 1. Sonderheft Forschungsreferate. Tübingen, S. 256-375.
- El-Naggar, Junus. 2023. *Die Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland. Diskursanalytische Untersuchungen einer wiederkehrenden Debatte in hegemonialen Printmedien.* Wiesbaden: Springer VS.
- Fabian, Philip und Filip Piatov. *Fast jeder zweite Bürgergeld-Bezieher ist Ausländer. Kommen die Einwanderer in die Sozialsysteme oder in den Arbeitsmarkt?* In: *Bild.de*. v. 06. Juli 2024. <https://www.bild.de/politik/inland/anteil-hat-sich-mehr-als-verdoppelt-fast->

jeder-zweite-buergergeld-bezieher-ist-auslaender-6683c4616aec4650dac52d20.  
Zugriffen: 10. Dezember 2024.

Friede, Judith und Louis Kalchschmidt und Fabian Marx und Anna-Maria Mayer und Milan Slat und Christian Sydow. 2022. *Deutsche Rettung? Eine Kritische Diskursanalyse des Fluchtdiskurses um Carola Rackete und Moria*. Münster: UNRAST-Verlag.

Friedrich, Sebastian und Hanna Schultes. 2011. Von ‚Musterbeispielen‘ und ‚Integrationsverweigerern‘. Repräsentation von Migrant\_innen in der ‚Sarrazindebatte‘. In *Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen in der „Sarrazindebatte“*, Hrsg. Sebastian Friedrich. S. 77-95.

Friedrich, Sebastian. 2011. Rassismus in der Leistungsgesellschaft – Einleitung. In *Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen in der „Sarrazindebatte“*, Hrsg. Sebastian Friedrich, S. 8-39.

Hanewinkel, Vera. 2021. *Integration und Integrationspolitik in Deutschland*.  
<https://www.bpb.de/themen/migration-integration/regionalprofile/deutschland/344036/integration-und-integrationspolitik-in-deutschland/>. Zugriffen: 10. Dezember 2024.

Hoesch, Kirsten. 2018. *Migration und Integration. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.

Informationsverbund Asyl & Migration (Hg.). 2022a. *EU-Staatsangehörige*. Online verfügbar unter <https://www.asyl.net/themen/sozialrecht/sozialleistungen/eu-staatsangehoerige>. Zuletzt aktualisiert am Oktober 2022. Zuletzt geprüft am 08.08.2024.

Informationsverbund Asyl & Migration (Hg.). 2022b. *Weitere Drittstaatsangehörige*. Online verfügbar unter <https://www.asyl.net/themen/sozialrecht/sozialleistungen/weitere-drittstaatsangehoerige>. Zuletzt aktualisiert im Januar 2022. Zuletzt geprüft am 08.08.2024.

Jäger, Margarete und Heiko Kauffmann. 2002. *Leben unter Vorbehalt. Institutioneller Rassismus in Deutschland*. Duisburg: DISS. <https://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2017/01/diss-leben-unter-vorbehalt-institutioneller-rassismus-2002.pdf>. Zugriffen: 10. Dezember 2024.

Jäger, Margarete und Max Kroppenberg und Benno Nothardt und Regina Wamper. 2019. #120Dezibel: Frauenrechte oder Antifeminismus? Populistische Diskursstrategien der extremen Rechten und Anschlussstellen im politischen Mainstream. In *FGW-Studie Rechtspopulismus, soziale Frage und Demokratie 02*, Hrsg. Lynn Berg und Andreas Zick. [https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/68584/ssoar-2019-jager\\_et\\_al-120Dezibel\\_Frauenrechte\\_oder\\_Antifeminismus\\_Populistische.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2019-jager\\_et\\_al-120Dezibel\\_Frauenrechte\\_oder\\_Antifeminismus\\_Populistische.pdf](https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/68584/ssoar-2019-jager_et_al-120Dezibel_Frauenrechte_oder_Antifeminismus_Populistische.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2019-jager_et_al-120Dezibel_Frauenrechte_oder_Antifeminismus_Populistische.pdf). Zugriffen: 10. Dezember 2024.

- Jäger, Margarete und Regina Wamper. 2017. *Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung. Der Fluchtdiskurs in den deutschen Medien 2015 und 2016*. Duisburg: DISS. <http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2017/02/DISS-2017-Von-derWillkommenskultur-zur-Notstandsstimmung.pdf>. Zugegriffen: 10. Dezember 2024.
- Jäger, Margret und Gabriele Cleve und Ina Ruth und Siegfried Jäger. 1998. *Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden*. Medien und Straftaten. Duisburg: DISS.
- Jäger, Margret. 1996. *Fatale Effekte. Die Kritik am Patriachart im Einwanderungsdiskurs*. Duisburg: DISS.
- Jäger, Siegfried und Jens Zimmermann. 2019[2010]. *Lexikon der kritischen Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste*. 2. Auflage. Münster: UNRAST-Verlag.
- Jäger, Siegfried und Margarete Jäger und Regina Wamper und Benno Nothardt. 2024[1993]. *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. 8. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Münster: UNRAST-Verlag (Edition DISS).
- Jäger, Siegfried und Margarete Jäger. 2007. *Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse*. Wiesbaden: Springer VS.
- Jäger, Siegfried. 2001. Diskurs und Wissen. *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorie und Methoden*, Hrsg. Reiner Keller und Andreas Hirsland und Werner Schneider und Willy Viehöver. S. 81–112. Wiesbaden: VS Verlag.
- Judith, Wiebke. 2024. *GEAS-Reform im EU-Parlament: Historischer Tiefpunkt für den Flüchtlingsschutz in Europa*. <https://www.proasyl.de/news/geas-reform-im-eu-parlament-historischer-tiefpunkt-fuer-den-fluechtlingsschutz-in-europa/>. Zugegriffen: 10. Dezember 2024.
- Kalchschmidt, Louis und Anna-Maria Mayer und Benno Nothardt und Carmen Perna und Milan Slat und Christian Sydow und Zeynep Topsir und Ebru Tugra. 2022. „Offenkundig hilft es sich leichter, wenn es um Nachbarn geht.“ *DISS-Journal* Sonderheft für eine andere Zeitenwende!. S. 30-33.
- Kollender, Ellen und Veronika Kourabas. 2020. Zwischen Ein- und Ausschluss der ‚Anderen‘. (Dis-)Kontinuitäten rassistischer und ökonomistischer Argumentationen im Diskurs um Migration von der ‚Gastarbeit‘ bis heute.“, *Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft* 7. S. 86-99.
- Korte, Karl-Rudolf und Manuel Fröhlich. 2004. *Politik und Regieren in Deutschland. Strukturen, Prozesse, Entscheidungen*. Paderborn: Schöningh/UTB.
- Könönen, Jukka. 2018. Border Struggles Within The State: Administrative bordering of non-citizens in Finland. *Nordic Journal of migration research* 8(3) , S.143-150.
- Kreft, Ursula und Hans Uske. 1988. Streit in der Union um die Ausländerpolitik. Ausländer raus – Ausländer rein. In: REVIER vom April 1988. S. 8-13.

- Kreft, Ursula und Hans Uske. 2016. Grenzen ziehen ohne Obergrenze. Die Normalisierung der „Flüchtlingskrise“. *DISS-Journal* #31. S. 2-6. <https://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2023/03/DISS-Journal-31-2016.pdf>. Zugriffen: 10. Dezember 2024.
- Kreft, Ursula und Hans Uske. 2023. Mit dem Bürgergeld in die Hängematte. Kontinuität und Wandel beim „Sozialmissbrauch“. *DISS-Journal* #46. S. 5 -16.
- Link, Jürgen. 2013[1997]. *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird*. 5. Auflage. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Link, Jürgen. 2018. *Normalismus und Antagonismus in der Postmoderne*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Mergener, Alexandra. 2021. *Fachkräfteengpässe und Arbeitsmigration nach Deutschland*. <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdosiers/344353/fachkraefteengpaesse-und-arbeitsmigration-nach-deutschland/>. Zugriffen: 10. Dezember 2024.
- Müller, Tim S. . 2023. Evidence for the Welfare Magnet Hypothesis? A global examination. BIM Working Papers #2. <https://edoc.hu-berlin.de/server/api/core/bitstreams/7dea69bd-2508-4889-b5a9-1c80e8714b53/content>
- Nullmeier, Frank. 2001. Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse? In *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorie und Methoden*, Hrsg. Reiner Keller und Andreas Hirsland und Werner Schneider und Willy Viehöver. S. 285-312. Wiesbaden: VS Verlag.
- Ranko, Annette. 2020. *Vom Zuwanderungsgesetz zum Migrationspaket. 15 Jahre aktive Einwanderungspolitik und Integrationspolitik als bundespolitisches Handlungsfeld in Deutschland*. Konrad Adenauer Stiftung: Informationen und Recherchen. <https://www.kas.de/documents/252038/7995358/Vom+Zuwanderungsgesetz+zum+Migrationspaket.pdf/0bd7155c-6e26-9f44-37cf-bd284f36fb9b?version=1.0&t=1607693454966>. Zugriffen: 10.12.2024.
- Ratzmann, Nora und Sandra Mantu und Lisa Marie Borrelli. 2024. Social solidarity and deservingness. *Critical Social Policy* 44/4. S. 635-650.
- Rudloff, Wilfried. 2023. *Der deutsche Sozialstaat in der historischen Sozialpolitikforschung: Forschungsstand und Forschungsperspektiven*. DIFIS Studie. 2023/11. Duisburg/Bremen.
- Sarrazin, Thilo. 2010. *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Schlee, Thorsten und Hannes Schammann und Sybille Münch. 2023. *An den Grenzen? Ausländerbehörden zwischen Anspruch und Alltag*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/an-den-grenzen>. Zugriffen: 10. Dezember 2024.

- Schneider, Beate. 1998. Mediensystem. In: *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil*, Hrsg. Ottfried Jarren und Ulrich Sarcinelli und Ulrich Saxer. S. 422-430. Wiesbaden: Springer VS.
- Uske, Hans. 1995. *Das Fest der Faulenzer. Die öffentliche Entsorgung der Arbeitslosigkeit*. Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung. Duisburg: DISS.
- Van Oorschot, Wim. 2006. Making the difference in social Europe: deservingness perceptions among citizens of European welfare states. *Journal of European Social Policy* 16/1. S. 23-42.
- Weber, Klaus. 2022. *Rechtswörterbuch*. 24., neu bearbeitete Auflage 2022. München: C. H. Beck.
- Werner, Raik. 2022. Leistungsmissbrauch. In *Rechtswörterbuch*, Hrsg. Klaus Weber. 24., neu bearbeitete Auflage. München: C. H. Beck.

# Anhang

## BUNDESTAGSPROTOKOLLE

- Deutscher Bundestag (2024a): *Plenarprotokoll 20/160*. Online verfügbar unter <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20160.pdf#P.20464>. Zuletzt geprüft am 08.08.2022.
- Deutscher Bundestag (2024b): *Plenarprotokoll 20/162*. Online verfügbar unter <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20162.pdf#P.20829>. Zuletzt geprüft am 20.08.2024.
- Deutscher Bundestag (2024c): *Plenarprotokoll 20/174*. Online verfügbar unter <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20174.pdf#P.22520>. Zuletzt geprüft am 20.08.2024.
- Deutscher Bundestag (2024d): *Plenarprotokoll 20/175*. Online verfügbar unter <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20175.pdf#P.22630>. Zuletzt geprüft am 20.08.2024.

## DOSSIERS

Zur Erstellung der Dossiers haben wir die Internetarchive von FAZ<sup>33</sup> und SZ<sup>34</sup> genutzt. Auf die taz haben wir über die Plattform Nexis Uni<sup>35</sup> zugegriffen. Um relevante Artikel zu identifizieren, haben wir uns der Suchfunktion bedient und die folgenden Suchbegriffe genutzt:

- Bezahlkarte
- Chipkarte
- Bürgergeld
- Hartz
- Grundeinkommen
- Sozialmissbrauch
- Leistungsmissbrauch
- Leistungsbetrug
- Sozialbetrug
- Kindergeld
- Vaterschaft
- Sozialleistungsmissbrauch

### FAZ

- Busse, Nikolas. *Die Realitätsverweigerung der Grünen*. FAZ v. 12.04.2024, S. 1.
- Creutzburg, Dietrich. *Sozialpolitik auf Abwegen*. FAZ v. 16.08.2024, S. 1.
- Creutzburg, Dietrich. *Sozialpolitik im Zickzackkurs*. FAZ v. 22.01.2024, S. 15

---

<sup>33</sup> <https://www.faz-biblionet.de/>.

<sup>34</sup> <https://archiv.szarchiv.de/>.

<sup>35</sup> <https://nexisuni.com/>.

- Gelinsky, Katja. *Betrug durch "Scheinväter-Mafia". Die missbräuchliche Anerkennung von Vaterschaften belastet die Sozialkassen. Ein neuer Gesetzentwurf soll das verhindern.* FAZ v. 03.05.2024
- Gelinsky, Katja. *Betrug durch „Scheinväter-Mafia“.* FAZ v. 04.05.2024, S. 17.
- Gelinsky, Katja. *Karlsruher Milliardenmacht.* FAZ v. 04.01.2024, S. 15
- Göbel, Heike. *Sozialpolitisch in der Falle.* FAZ v. 09.04.2024, S. 15
- Göbel, Heike. *Testfall Bürgergeld.* FAZ v. 09.07.2024, S. 17.
- Holl, Thomas. *Baustein Gegen die AfD.* FAZ v. 02.03.2024, S. 10.
- Holl, Thomas. *Signal an die Wähler.* FAZ v. 08.04.2024, S. 8.
- Köcher, Renate. *Die demotivierte Gesellschaft.* FAZ v. 25.01.2024, S. 8
- Kohler, Berthold. *Scholz unter Druck.* FAZ v. 25.06.2024, S. 1.
- Löhr, Julia. *Die Grünen light.* FAZ v. 12.06.2024, S. 15.
- Löhr, Julia. *Die Placebo-Politik der Ampel.* FAZ v. 27.01.2024, S. 19.
- Löhr, Julia. *Koalition der Trippelschritte.* FAZ v. 17.06.2024, S. 15.
- Müller, Reinhard. *Bürgerpflicht und Bürgergeld.* FAZ v. 07.03.2024, S. 1.
- Müller, Reinhard. *Teure Fahnenflucht.* FAZ v. 18.06.2024, S. 8.
- Müller, Reinhard. *Wie der Sozialstaat vor die Hunde geht.* FAZ v. 19.03.2024, S. 1
- o. V. *Scheinvaterschaft erschweren.* FAZ v. 13.06.2024, S. 4.
- Pennekamp, Johannese. *Rendezvous mit der Realität.* FAZ v. 24.07.2024, S. 15
- Schäfers, Manfred. *Warten auf die Wende.* FAZ v. 23.04.2024, S. 15
- von Altenbockum, Jasper. *Butter und Kanonen.* FAZ v. 13.03.2024, S. 1.
- von Altenbockum, Jasper. *Was wünschenswert ist.* FAZ v. 30.01.2024, S. 1.

## SZ

- Bielicki, Jan: *Weniger! Mehr!* SZ v. 09.02.2024, S. 4.
- Brinkmann, Sebastian. *Passt schon.* SZ v. 14.08.2024, S. 4.
- Brinkmann, Sebastian. *So abschreckend.* SZ v. 11.07.2024, S. 4.
- Daniel Brössler. *Der Riss.* SZ v. 25.06.2024, S. 4.
- DPA. *Gegen Scheinvaterschaft.* SZ v. 02.05.2024, S. 6
- Esslinger, Detlef: *Warum nicht.* SZ v. 02.03.2024, S. 4.
- Gross, Simon. *Geld ist doch da.* SZ v. 26.02.2024, S. 4
- Hagelücken, Alexander. *Mehr Arbeit nur für mehr Geld.* SZ v. 09.01.2024, S. 13.
- Hampel, Lea. *Der Berliner versucht hilft allen.* SZ v. 10.05.2024, S. 13
- Hulverscheidt, Claus. *Lindners Pläne sind richtig.* SZ v. 07.06.2024, S. 13
- Hulverscheidt, Claus. *So trostlos.* SZ v. 17.08.2024, S. 4.
- Ismar, Georg. *Der Ausgebremste.* SZ v. 07.06.2024, S. 4
- Ismar, Georg. *Diese Seelennöte.* SZ v. 06.08.2024, S. 4
- Ismar, Georg. *Sie schadet.* SZ vom 27.06.2024, S. 4.
- O. A. *Beschluss gegen Scheinväter.* SZ v. 13.06.2024, S. 6
- Peters, Benedikt. *Der Staat muss mehr bauen.* SZ v. 18.01.2024, S. 13.
- Pfund, Johanna. *Die Falschen profitieren.* SZ v. 22.01.2024, S. 4
- Prantl, Heribert. *Agenda 2030.* SZ v. 28.03.2024, S. 5
- Preuss, Roland. *Die soziale Frage.* SZ v. 14.06.2024, S. 4.
- Preuss, Roland. *Korrigieren, nicht abschaffen.* SZ v. 22.07.2024, S. 4.
- Richter, Nicolas. *Ja, er will.* SZ v. 26.07.2024, S. 4.
- Roszbach, Henrike. *Markenkern.* SZ v. 18.05.2024, S. 26
- Roszbach, Henrike: *Reformbedarf.* SZ v. 17.07.2024, S. 4.
- von Bullion, Constanze. *Sanktionen gegen falsche Väter.* SZ v. 03.05.2024, S. 6.
- von Bullion, Constanze: *Siehe, es geht auch friedlich.* SZ v. 08.03.2024, S. 4.
- von Bullion, Constanze: *Was soll der Wirrwarr?* SZ v. 20.02.2024, S. 4.

taz

- Dribbusch, Barbara. Menschlich unhaltbar; Barbara Dribbusch über Geflüchtete aus der Ukraine und Bürgergeld. taz v. 19.06.2024, S. 11
- Dribbusch, Barbara. Vergiftete Stimmung. taz v. 15.08.2024, S. 12.
- Dribbusch, Barbara. Verschwindende Minderheit. taz v. 31.05.2024, S. 13.
- Drohse, Franziska. Ethisch fragwürdig; Das Bürgergeld kann in besonderen Fällen komplett gestrichen werden. Das ist Wasser auf die Mühlen derer, die nach noch schärferen Sanktionen rufen. taz v. 22.03.2024, S. 12
- Drohse, Franziska. Rohe Diskriminierung; Das neue Staatsbürgerschaftsrecht erleichtert die Einbürgerung, schließt aber unter anderem behinderte Menschen aus. Das dürfte verfassungswidrig sein. taz v. 08.02.2024, S. 12
- Feddersen, Jan. Die bürgerliche Antifa; Es gibt eine breite Mehrheit gegen die Mentalität des Hasses. Man muss sich nur mit ihr alliiieren, auch wenn ihr Lebensstil sich vom eigenen unterscheidet. taz v. 01.02.2024, S. 12
- Herrmann, Ulrike. Steuern runter macht Lindner munter; Finanzminister Christian Lindner fordert Steuerentlastungen für Gering- und Spitzenverdiener. Woher das dafür nötige Geld kommen soll, bleibt unklar. taz v. 02.04.2024, S. 6
- Hübner, Marie Sophie. Bürgergeld bald wieder wie Hartz IV?; Nach der Haushaltseinigung: Kritik an Ampel-Plänen für längere Arbeitswege und mehr Sanktionen. taz v. 09.07.2024, S. 6
- Hübner, Marie Sophie. Stoppt das Bürgergeld-Bashing; Marie Sophie Hübner über anvisierte Bürgergeldkürzungen. taz v. 13.08.2024, S. 12
- Joswig, Gareth. Klassenpolitik von oben; Gareth Joswig über verschärfte Bürgergeld Sanktionen. taz v. 09-07-2024, S. 11
- Kalarickal, Jasmin. Bestrafungssucht. taz v. 19.03.2024, S. 12.
- Kalarickal, Jasmin. Die Vermieter\*innen freut s; Jasmin Kalarickal über hohe Mieten bei Bürgergeld-Empfänger\*innen. taz v. 17.01.2024, S. 12
- Koch, Hannes. Und wieder gähnt das Haushaltsloch. taz v. 04.04.2024, S. 6.
- Koch, Hannes. Und wieder gähnt das Haushaltsloch; Der Streit über die Bundesfinanzen für 2025 ist in vollem Gange. Um genug Geld fürs Militär zu sichern, will der Finanzminister beim Sozialen sparen. taz v. 04.04.2024, S. 6
- Lehmann, Anna. Der Gott des Gemetzels; Kommentar von Anna Lehmann zu den Sparplänen von Finanzminister Lindner. taz v. 04.05.2024, S. 14.
- Lehmann, Anna. Loch an Loch hält doch; Der Haushaltsentwurf 2025 enthält viele Unwägbarkeiten. Die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben ist 17 Milliarden Euro groß. Dennoch soll er heute beschlossen werden. Taz v. 17.07.2024, S. 6.
- Lehmann, Anna. Merz Spiel mit dem Verderben; Kommentar von Anna Lehmann zur Union in der Haushaltsdebatte. taz v. 03.02.2024, S. 14
- Magasowa, Anastasia und Kutsenko Volodymyr. Man redet über sie. taz v. 04.07.2024, S. 4-5.
- Magasowa, Anastasia. Sie kamen nicht des Geldes wegen; Kommentar von Anastasia Magasowa zum Bürgergeld für Ukrainer:innen. taz v. 22.06.2024, S. 14.
- Nasiriamini, Farnaz. Verbannt per Bezahlkarte. taz v. 12.03.2024, S. 12.
- O. A. CDU will Abkehr vom Bürgergeld; Die CDU beschließt Konzept zu Sozialstaatsreform: Diese beinhalten schärfere Sanktionen. taz v. 19.03.2024, S. 6
- O. A. Schräge Idee von der CSU; Arbeitslose Flüchtlinge sollen in die Ukraine zurückgeschickt werden. taz v. 24.06.2024, S. 6.
- Poelchau, Simon. Habeck sucht den Reformbooster. taz v. 22.02.2024, S. 3.
- Rath, Christian. Faeser und Buschmann Gegen Scheinväter. taz v. 03.05.2024, S. 6.
- Schulze, Tobias. Die Macht der gelben Zwerge; Tobias Schulze über Grüne und SPD in der Ampel. taz v. 26.06.2024, S. 11

- Schulze, Tobias. Ein mittelmäßiges Paket; Kommentar von Tobias Schulze zur Haushaltseinigung der Ampel. taz v. 06.07.2024, S. 14
- Schulze, Tobias. Passt zur Linie der Ampel. taz v. 02.01.2024, S. 10.
- Schulze, Tobias. Unheilvolle Verteilungskämpfe; Kommentar von Tobias Schulze zu Folgen der Sparpolitik jenseits des Tellerrands. taz v. 20.01.2024, S. 14
- Treblin, Johanna. Deutscher Volkssport: Auf den Schwachen herumtrampeln; der rote faden. taz v. 20.01.2024, S. 14-15
- Virchow, Fabian. Es geht jetzt um eine koordinierte flächendeckende Kampagne gegen die AfD, sagt Fabian Virchow; die dritte meinung. taz v. 29.01.2024, S. 12

## BILD

- Bild v. 02.01.2024. Bürgergeld statt Krieg! Über 200000 potentielle Ukraine-Soldaten bekommen bei uns Stütze. S. 2.
- Bild v. 03.01.2024. Neuer Rekord auf dem Arbeitsmarkt. S. 1.
- Bild v. 03.01.2024. Regierungs-Gutachten. Abrechnung mit dem Bürgergeld. S. 1.
- Bild v. 03.01.2024. BÜRGERGELD. Klare Mehrheit findet Knallhart-Strafen richtig. S. 2.
- Bild v. 03.01.2024. Meinung. Wer arbeitet, ist oft der Dumme! von Peter Tiede. S. 2.
- Bild v. 03.01.2024. Mit Bürgergeld wird Arbeit sogar bestraft. S. 2.
- Bild v. 04.01.2024. EXKLUSIV! Wer bei uns wie lange Stütze bezieht – Seite 2. S. 1.
- Bild v. 04.01.2024. Von 100 Stütze-Empfängern sind... . S. 2.
- Bild v. 06.01.2024. BÜRGERGELD. Für Faulenzer wird es ab Februar ungemütlich. S. 1.
- Bild v. 08.01.2024. Bürgergeld weg! 150 000 Stütze-Empfänger betroffen. S. 1.
- Bild v. 08.01.2024. Juden-Hasser schlägt mit Stuhl auf junge Frau ein. S. 3.
- Bild v. 09.01.2024. Stütze länger weg für Dauer-Faulenzer. S. 1.
- Bild v. 11.01.2024. Täglich wollen bei uns 370 junge Männer Asyl Zahl der Asyl-Anträge um 51 % gestiegen. S. 1.
- Bild v. 13.01.2024. PFLEGE-PANIK. S. 2.
- Bild v. 14.01.2024. ENDLICH. Ampel einigt sich auf strengere Asyl-Regeln. S. 3.
- Bild v. 16.01.2024. Neuer Merz-Plan für Arbeitslose. MEHR GELD FÜR DIE ÄLTEREN! Seite 2. S. 1.
- Bild v. 16.01.2024. Merz will Arbeitslosengeld revolutionieren. S. 2.
- Bild v. 19.01.2024. Das ändert sich jetzt bei Abschiebungen. Neues Gesetz beschlossen. S. 1.
- Bild v. 19.01.2024. Bild MEINUNG. Die AfD ist das Fieberthermometer Deutschlands. Von Marion Horn. S. 2.
- Bild v. 20.01.2024. 900 kommen. 45 gehen. Wie sich die Ampel ihr Migrations-Mathe schön rechnet. S. 2.
- Bild v. 20.01.2024. BÜRGERGELD-BLUFF. GRÜNE schützen FAULE STÜTZE-EMPFÄNGER. S. 2.
- Bild v. 21.01.2024. SPD will Lindners Kindergeld-Pläne stoppen. S. 3.
- Bild v. 22.01.2024. Mehr Einsprüche gegen das Bürgergeld. S. 1.
- Bild v. 22.01.2024. Bei IHR kriegen Flüchtlinge kein Bargeld mehr. ... und warum macht das nicht einfach JEDER LANDKREIS? S. 2.
- Bild v. 23.01.2024. Krankengeld für Kinder häufig genutzt. S. 1.
- Bild v. 24.01.2024. Sechs von zehn Arbeitnehmern krank trotz Arbeitsfähigkeit. S. 1.
- Bild v. 24.01.2024. DIE AMPEL SPART – NUR NICHT BEI SICH SELBST. S. 2.
- Bild v. 25.01.2024. „Wir Unternehmer haben das Vertrauen in diese Regierung verloren“. S. 1.
- Bild v. 25.01.2024. Heizen teurer als Miete. S. 1.

- Bild v. 25.01.2024. Der Geist ist aus er Flasche. Kanzler Olaf Scholz gibt erstmals Fehler zu, spricht über die Rekordwerte für die AfD und was sie mit seiner Regierung zu tun haben. S. 2.
- Bild v. 26.01.2024. Herr Pistorius, wären Sie bereit? Zwei von drei Deutschen wollen den Kanzlerwechsel! Das große BILD-Gespräch mit Verteidigungsminister Boris Pistorius. S. 2.
- Bild v. 26.01.2024. +++ Wirtschaft rückt von der Regierung ab +++ So machte die Ampel die AfD stark. S. 3.
- Bild v. 27.01.2024. 3 Millionen GEZ-Muffel. Besonders häufig drücken sich Haushalte in Bremen. S. 1.
- Bild v. 27.01.2024. FDP macht Druck bei Bezahlkarte. S. 2.
- Bild v. 28.01.2024. Bild MEINUNG. Ich brauche in Deutschland keine Politiker, die kleine Erdogans sind. Von Marion Horn. S. 2.
- Bild v. 28.01.2024. Jetzt kommt die Erdogan-Partei! S. 2.
- Bild v. 28.01.2024. Ach, Mensch, Frau Baerbock. Waren drei Stunden früher in Berlin den Extra-Flieger wirklich wert? S. 3.
- Bild v. 30.01.2024. 525 Mio. Euro Kindergeld ins Ausland. S. 1.
- Bild v. 31.01.2024. Bezahlkarte für Flüchtlinge kommt Seite 2. S. 1.
- Bild v. 31.01.2024. 80 Prozent gegen die Migrationspolitik der Ampel. S. 2.
- Bild v. 31.01.2024. Bezahlkarte soll im Juni kommen! S. 2.
- Bild v. 01.02.2024. Ampel gegen neuen Asyl-Gipfel. S. 1.
- Bild v. 02.02.2024. Bild MEINUNG. Endlich Alternativen in der Mitte. Von Hans-Jörh Vehlewald. S. 2.
- Bild v. 02.02.2024. POST VON WAGNER. Liebe Raufbolde. Scholz, Merz, S. 2.
- Bild v. 02.02.2024. Was will Scholz, was will Merz? BILD vergleicht ihre Ideen. S. 2.
- Bild v. 03.02.2024. 175 Milliarden für Arbeitsminister Heil. S. 1.
- Bild v. 03.02.2024. Das denken Flüchtlinge über die Bezahlkarte. S. 2.
- Bild v. 03.02.2024. Es ist fast egal, ob man 3000 oder 5000 Euro verdient. NETTO BLEIBT OFT NUR EIN HUNNI MEHR ÜBRIG. S. 2.
- Bild v. 03.02.2024. TROTZ BEDENKEN Zustimmung für neues ABSCHIEBE-GESETZ. S. 2.
- Bild v. 04.02.2024. KOMMENTAR KAI WEISE. Mitglied der BILD-Chefredaktion. Unbürokratisch gibt's bei uns nur Bürgergeld. S. 2.
- Bild v. 04.02.2024. Ampel-Zoff So bremsen sich FDP und SPD bei ihren Gesetzen aus. S. 3.
- Bild v. 04.02.2024. Söders Knallhart-Plan: Nur noch 50 Euro Bargeld im Monat für Flüchtlinge. S. 3.
- Bild v. 05.02.2024. Minister Heils Knallhart-Plan fürs Bürgergeld kommt später. S. 1.
- Bild v. 05.02.2024. Bild MEINUNG. Was Ukrainer bei uns über Arbeit lernen. Von HANS-JÖRG VEHLEWALD. S. 2.
- Bild v. 05.02.2024. Darum arbeiten so wenige Ukraine-Flüchtlinge. S. 2.
- Bild v. 05.02.2024. Nach BILD-Enthüllung. Kritik an Lindner wegen Clan-Spitzel. S. 2.
- Bild v. 05.02.2024. Wie DIE ANGST nach Regensburg kam. S. 3.
- Bild v. 06.02.2024. So gibt es Rente UND Gehalt! Tausende Euro im Jahr mehr: BILD erklärt den Doppelverdiener-Trick. Seite 6. S. 1.
- Bild v. 06.02.2024. Mit diesem TRICK kassieren Sie volle RENTE und GEHALT. S. 6.
- Bild v. 07.02.2024. KÜRZERE ÖFFNUNGSZEITEN? JETZT WACKELT DAS KITA-VERSPRECHEN! S. 2.
- Bild v. 08.02.2024. Erste Politiker reden von KÜRZUNG des Bürgergelds. S. 1.
- Bild v. 08.02.2024. Erste Politiker wollen Bürgergeld kürzen! Der Abstand zum Arbeitslohn wird immer kleiner. Ist die Stütze inzwischen viel zu hoch? Deutschland diskutiert. Seite 2. S. 1.

- Bild v. 08.02.2024. Wollen SIE die deutsche Erdogan-Partei wählen? S. 2.
- Bild v. 09.02.2024. Bild MEINUNG. Die Mischung stimmt nicht mehr. Von FILIPP PIATOV. S. 2.
- Bild v. 09.02.2024. Erster Politiker fordert „Elemente der Kriegswirtschaft“. Weil US-Hilfe ausbleibt ... S. 2.
- Bild v. 10.02.2024. Ferrari-Protzer foltert Opfer mit Hammer. Trotzdem kein Haftbefehl gegen Ramtin A.! S. 3.
- Bild v. 12.02.2024. Führt Lindners „Wirtschaftswende“ zum Ampel-Ende? Es droht ein neuer, großer Haushalts-Streit. S. 2.
- Bild v. 13.02.2024. ARCHE-CHEF. Bürgergeld ist Verbrechen an unseren Kindern. Seite 8. S. 1.
- Bild v. 13.02.2024. ARCHE-CHEF SIGGELKOW. „Das Bürgergeld ist Verbrechen an unseren Kindern“. S. 8.
- Bild v. 14.02.2024. Macht LINDNER den LAMBSDORFF? DIESER Scheidungsbrief ist die Vorlage für das AMPEL-AUS. S. 2.
- Bild v. 16.02.2024. Bild MEINUNG. Blamabler Offenbarungseid! von Jan W. Schäfer. S. 2.
- Bild v. 16.02.2024. Doppelstaatler erschleichen Bürgergeld. Ukrainer-Masche aufgefliegen. S. 2.
- Bild v. 17.02.2024. Grüne torpedieren Bezahlkarte für Flüchtlinge. Mega-Zoff in der Ampel. S. 2.
- Bild v. 17.02.2024. Wie wir unsere Wirtschaft noch retten! Experten sprechen in BILD. S. 2.
- Bild v. 18.2.2024. KOMMENTAR. ROBERT SCHNEIDER. Chefredakteur. Wie Waffen Frieden schaffen. S. 2.
- Bild v. 19.2.2024. Bezahlkarte für Flüchtlinge: Ampel kommt nicht voran. Seite 2. S. 1.
- Bild v. 19.2.2024. Bild-MEINUNG. Das grüne Trauerspiel. Von ALBERT LINK. S. 2.
- Bild v. 19.2.2024. Zerbricht die Ampel an der Bezahlkarte? FDP und Teile der SPD verlieren die Geduld mit den Grünen. S. 2.
- Bild v. 19.2.2024. Eritreer liefern sich Straßen-Schlachten. S. 3.
- Bild v. 21.2.2024. Diese Bedrohung fürchten die Deutschen am meisten. ... NOCH VOR ATOM-KRIEG, TERROR UND RUSSLAND. S. 1.
- Bild v. 21.2.2024. Bild-MEINUNG. Sogar Grüne sind genervt von den Hauptstadt-Grünen. Von STEFAN SCHLAGENHAUER. S. 2.
- Bild v. 21.2.2024. GRÜNER SPITZENMANN DROHT MIT SCHEITERN DER BEZAHLKARTE. S. 2.
- Bild v. 21.2.2024. Job oder Bürgergeld? Hier sehen Sie, ob sich Arbeit für Sie lohnt! S. 2.
- Bild v. 23.2.2024. Clans wollen mit Bezahlkarten für Flüchtlinge abkassieren! S. 2.
- Bild v. 23.2.2024. Post von WAGNER. Liebe Warnstreiks, S. 2.
- Bild v. 24.2.2024. Bild MEINUNG. Ohne Sozialeinschnitte geht es nicht. Von JAN W. Schäfer. S. 2.
- Bild v. 24.2.2024. 20-Mrd.-Loch. Was wir uns nicht mehr leisten können. S. 3.
- Bild v. 24.2.2024. Wenn DEUTSCHLAND meine Firma wäre. Tech-„Wunderkind“ Josef Brunner verrät seinen Zukunftsplan für die deutsche Wirtschaft. S. 3.
- Bild v. 25.2.2024. So denken die Deutschen heute über den Krieg. S. 2.
- Bild v. 26.2.2024. Er kann das, weil er einen deutschen Pass hat. Amt zahlt für 24 angebliche Kinder. S. 3.
- Bild v. 27.2.2024. 1. Landrat verdonnert Flüchtlinge zu Arbeit. FÜR 80 CENT STUNDENLOHN. S. 1.
- Bild v. 27.2.2024. Bei diesem Landrat müssen Flüchtlinge anpacken. Für 80 Cent die Stude. S. 2.
- Bild v. 27.2.2024. Gewerkschafts-Chefin warnt vor Sozial-Abbau. S. 3.
- Bild v. 28.2.2024. TOP-EXPERTE FORDERT: Nullrunde für Rentner. S. 1.

- Bild v. 28.2.2024. Experte fordert. Nullrunde. Eigentlich soll es für Rentner 3,5 Prozent mehr geben! S. 2.
- Bild v. 29.2.2024. Bezahlkarte für Bürgergeld-Empfänger? S. 1.
- Bild v. 29.2.2024. Bild MEINUNG. Wir brauchen einen wehrhaften Sozialstaat. Von FRANK SCHNEIDER. S. 2.
- Bild v. 29.2.2024. SPD-Chef erteilt Renten-Nullrunde Absage. S. 2.
- Bild v. 1.3.2024. Bezahlkarte für Flüchtlinge kommt! S. 1.
- Bild v. 1.3.2024. Für nichts hat der Staat noch Geld, für fast nichts. S. 2.
- Bild v. 1.3.2024. Lob für den Landrat, der Flüchtlinge arbeiten lässt! S. 2.
- Bild v. 1.3.2024. Deutschland muss mehr Horst sein! Teamgeist, Demut, Fleiß! Was Politik und Gesellschaft vom Trainer unserer Fußball-Frauen lernen könnten. S. 3.
- Bild v. 2.3.2024. ABSCHIEBEDESASTER. Afrikanische Länder nehmen Flüchtlinge nicht zurück. Seite 2. S. 1.
- Bild v. 2.3.2024. Afrikanische Länder nehmen Flüchtlinge NICHT zurück. S. 2.
- Bild v. 3.3.2024. Markus Söder fordert sofort „Richtungswechsel“ in der Asylpolitik. S. 3.
- Bild v. 7.3.2024. Bild-Meinung. Mit schönen Worten ist es nicht getan! Von LUISA VOLKHAUSEN. S. 2.
- Bild v. 7.3.2024. Der „Heiße Luft“-Gipfel gegen illegale Zuwanderung. S. 2.
- Bild v. 8.3.2024. „Rentner sind Menschen 2. Klasse!“ In BILD sprechen Senioren, die Jahre lang gearbeitet und eingezahlt haben und mitunter weniger kriegen als ein Bürgergeld-Empfänger. Seite 2. S. 1.
- Bild v. 8.3.2024. ... und das sagen die Rentner. S. 2.
- Bild v. 8.3.2024. Lohnt FAULHEIT heute mehr als FLEISS? S. 2.
- Bild v. 9.3.2024. So könnten wir die Abgaben-Bombe stoppen. Wie Top-Experten immer höhere Sozialbeiträge verhindern würden. S. 2.
- Bild v. 12.3.2024. Der große SCHUL-REPORT. Drogen, Gewalt, Clans und Vandalismus. S. 2.
- Bild v. 13.3.2024. ASYL-SOS. Landräte IMMER VERZWEIFELTER. Hier sagt einer: Ich kann 500 Migranten integrieren, 8000 sind da! S. 2.
- Bild v. 14.3.2024. Grüne blockieren Bezahlkarte für Flüchtlinge! S. 1.
- Bild v. 14.3.2024. Asylkrise. Schon wieder! Grüne blockieren Bezahlkarte. S. 2.
- Bild v. 15.3.2024. Halbe Million Ausländer ohne Aufenthaltstitel. S. 1.
- Bild v. 16.3.2024. Asyl-Bezahlkarte. Grünen-Chef spricht Machtwort. S. 2.
- Bild v. 16.03.2024. Neuer CDU-Plan. Wer Job ablehnt, kriegt kein Bürgergeld! Seite 2. S. 2.
- Bild v. 16.3.2024. Nie mehr Stütze für faule Arbeitslose. Neuer Knallhart-Plan der CDU. S. 2.
- Bild v. 17.03.2024. Bürgergeld SPD gegen CDU-Plan, Wähler dafür. S. 3.
- Bild v. 19.03.2024. Bürgergeld-Konzept. CDU erwartet 1,9 Millionen weniger Stütze-Empfänger. S. 1.
- Bild v. 21.03.2024. Bild MEINUNG. Nicht wegreden, sondern bekämpfen. Von FILIPP PIATOV. S. 2.
- Bild v. 21.03.2024. Mehr Kriminalität, mehr ausländische Straftäter. ZAHLEN LÜGEN NICHT! S. 2.
- Bild v. 21.03.2024. Union erhöht Druck auf Ampel bei Bezahlkarte. S. 2.
- Bild v. 22.03.2024. Bild MEINUNG. Grüne Freunde, grüne Feinde. Von Naja Aswand. S. 2.
- Bild v. 22.03.2024. Raus aus dem Mittelmaß! Wie Deutschland wieder KROOS wird! Standpunkt von Robert Schneider. S. 2.
- Bild v. 22.03.2024. Was JETZT passieren muss! Den Gewalt-Trend endlich stoppen. In BILD sprechen die Experten. S. 2.
- Bild v. 23.03.2024. Stütze weg für Arbeitslose, die faul sind. S. 2.
- Bild v. 27.3.2024. BÜROKRAIE-WAHNSINN. So VERWIRRT der Staat seine Bürger. S. 1.

- Bild v. 27.03.2024. Wie die Lokführer. Arbeiten wir bald ALLE nur noch 35 Stunden. S. 2.
- Bild v. 28.03.2024. Mehr Auszubildende in Pflegeberufen. S. 1.
- Bild v. 28.03.2024. Unsere Wirtschaft am Nullpunkt! S. 3.
- Bild v. 30.03.2024. Botswana-Präsident lästert über deutsche Migrationspolitik. S. 2.
- Bild v. 04.04.2024. Außenministerium wirbt für deutschen Pass. Auf Arabisch! S. 2.
- Bild v. 05.04.2024. Top-Expert fordert. Weniger Netto für Kinderlose! S. 2.
- Bild v. 06.04.2024. Grüne knicken ein: Bezahlkarte kommt! S. 1.
- Bild v. 06.04.2024. In nur einem Jahr scheiterten 69 569 Abschiebungen. ... und gleichzeitig wird der deutsche PASS „VERRAMSCHT“. S. 2.
- Bild v. 07.04.2024. FACHKRÄFTEMANGEL. 19 Milliarden Euro Schaden für unsere Wirtschaft. S. 2.
- Bild v. 08.04.2024. Von wegen weniger Geld für Faule. BÜRGERGELD-HAMMER WIRD ZUR LUFTNUMMER. Seite 2. S. 1.
- Bild v. 08.04.2024. Bürgergeld-Hammer wird zur Luftnummer. Brisante Weisung +++ Hürden für Streichung der Bezüge irre hoch. S. 2.
- Bild v. 08.04.2024. Wir müssen endlich über AUSLÄNDER-KRIMINALITÄT reden, sonst tun es die Extremisten. S. 2.
- Bild v. 09.04.2024. Überstunden sollen steuerfrei werden. S. 1.
- Bild v. 09.04.2024. Bild MEINUNG. Belohnt die Fleißigen! Von Albert Link. S. 2.
- Bild v. 09.04.2024. Chef der Polizei-Gewerkschaft: WIR ZIEHEN EINE GENERATION STRAFTÄTER RAN, DEREN GEWALT WIR SCHUTZLOS AUSGELIEFERT SIND. S. 3.
- Bild v. 11.04.2024. Neue Zahlen. 1,5 Millionen Dauer-Arbeitslose könnten arbeiten, tun es aber nicht. S. 2.
- Bild v. 12.04.2024. Bild MEINUNG. Rettet unsere Städte! Von Hans-Jörg Vehlewald. S. 2.
- Bild v. 13.04.2024. Heizkosten explodieren! Bürgergeldkosten 30 Prozent rauf. S. 1.
- Bild v. 13.04.2024. Keine SOZIALLEISTUNGEN für illegale Flüchtlinge? S. 3.
- Bild v. 15.04.2024. Renten-Vorstoß von FDP-Fraktionschef Dürr. Arbeiten bis 72 soll möglich werden. S. 3.
- Bild v. 17.04.2024. Sind wir etwas nicht FLEISSIG GENUG? Wirtschaftsexperten fordern: Mehr arbeiten, um den Sozialstaat zu retten! S. 2.
- Bild v. 18.04.2024. BEZAHLKARTE DA! Viel weniger Flüchtlinge. S. 2.
- Bild v. 22.04.2024. AMPEL-SCHEIDUNG? FDP nervt Koalitions-Partner mit neuen Knallhart-Forderungen ++ Söder: „Scheidungs-surkunde für die Ampel!“. S. 2.
- Bild v. 23.04.2024. Bild MEINUNG. Lindners Ampel-Ansage ist überfällig! Von Jan W. Schäfer. S. 2.
- Bild v. 23.04.2024. Geht bei der AMPEL jetzt das LICHT aus? S. 2.
- Bild v. 26.04.2024. So dreist lügen faule Mitarbeiter im Home Office. Seite 5. S. 1.
- Bild v. 26.04.2024. Landrat vermittelt jeden zweiten Flüchtling in Job. S. 2.
- Bild v. 26.04.2024. Trotz Grenzkontrollen: Anzahl illegaler Einreisen gestiegen. S. 2.
- Bild v. 26.04.2024. Was wir im Homeoffice wirklich leisten so treiben... Sechs Arbeitnehmer packen aus. S. 5.
- Bild v. 27.04.2024. Bezahlkarte für Asylbewerber passiert Bundesrat. S. 2.
- Bild v. 28.04.2024. KOMMENTAR MARION HORN. Chefredakteurin. X @marionhorn. Mehr Europa wagen und weniger Deutschein. S. 2.
- Bild v. 30.04.2024. Die harte Wahrheit über Arbeit. Amerikaner behaupten, wir sind faul. Stimmt das? Seite 2. S. 1.
- Bild v. 30.04.2024. Dickes Plus für Chefs der Bundesfirmen. S. 2.
- Bild v. 30.04.2024. Haben wir HARTE ARBEIT verlernt. US-Medien werfen den Deutschen Faulheit vor ++ Mehrheit klagt, dass sich Arbeit zu wenig lohnt +++ Wie kann die Arbeitsmoral wieder steigen? S. 2.
- Bild v. 30.04.2024. Wir müssen über Arbeit reden! S. 2.

- Bild v. 30.04.2024. Mein Job: Fakten vermitteln, Desinformation benennen. Pinar Atalay, Journalistin und TV-Moderatorin. S. 3.
- Bild v. 02.05.2024. Der Alte „Mein neues Leben mit 99“. TV-Star Rolf Schimpf musste in ein anderes Altenheim umziehen, weil er sich die Kosten für ein teureres Pflegeheim in München nicht mehr leisten konnte. S. 1.
- Bild v. 02.05.2024. 15 Euro Mindestlohn gefordert. Was ist es wert, sich die Hände schmutzig zu machen? S. 2.
- Bild v. 02.05.2024. Faeser wurde vor Kalifat-Islamisten gewarnt. S. 3.
- Bild v. 03.05.2024. Ausländische Investoren meiden Deutschland. S. 1.
- Bild v. 03.05.2024. Das kostet uns das Bürgergeld. Immer mehr Steuergeld für die Stütze! Die erste große Abrechnung seit der Regelsatz-Erhöhung. Seite 2. S. 1.
- Bild v. 03.05.2024. Bild MEINUNG. Kinder sind Glück. Und Zukunft! Von ALBERT LINK. S. 2.
- Bild v. 03.05.2024. Die Kosten fürs Bürgergeld steigen drastisch! Knapp vier Milliarden Euro Stütze werden monatlich ausgezahlt. S. 2.
- Bild v. 03.05.2024. Neuer Flüchtlings-Deal mit dem Libanon. S. 2.
- Bild v. 03.05.2024. DAS IST DAS BÜRO DER TELEFONMAFIA. +++ Callcenter-Banden erbeuteten Millionen bei deutschen Opfern. +++ Razzien in Deutschland, auf dem Balkan und im Libanon. +++ 21 Festnahmen. S. 5.
- Bild v. 04.05.2024. Ukrainer in Deutschland. Darum arbeiten wir nicht! Seite 2. S. 1.
- Bild v. 04.05.2024. Ukrainer in Deutschland. Warum wir NICHT arbeiten! S. 2.
- Bild v. 04.05.2024. Viel mehr Abschiebungen? Von wegen! S. 2.
- Bild v. 04.05.2024. Kein gutes Zeugnis für die Wirtschaft. S. 3.
- Bild v. 04.05.2024. WIE HEINZ HOENIG! Rund 61000 Menschen in Deutschland sind NICHT krankenversichert. S. 3.
- Bild v. 06.05.2024. Bild MEINUNG. Kein Aufschrei gegen Islamisten. Von HAGEN MEYER. S. 1.
- Bild v. 06.05.2024. Deutschlands Infrastruktur bröckelt! S. 1.
- Bild v. 06.05.2024. Grünen-Islamist feiert Wahlsieg mit „Allahu Akbar“. S. 1.
- Bild v. 06.05.2024. Das ist Martin (30), totgetreten von zwei Teenagern. Der Tunesier (18) und der Marokkaner (17) sind untergetaucht. S. 3.
- Bild v. 08.05.2024. Schülerin (16) von fünf Jugendlichen vergewaltigt? S. 3.
- Bild v. 10.05.2024. Deutsche leisten 1,3 Milliarden Überstunden. S. 1.
- Bild v. 10.05.2024. GANZE SEITE ZU Antisemitismus / Gaza / Kalifat-Demos. S. 2.
- Bild v. 11.05.2024. LANDRÄTE FORDERN Weniger Bürgergeld für Faule! S. 2.
- Bild v. 11.05.2024. FDP will Explosion der Renten-Beiträge stoppen. S. 3.
- Bild v. 11.05.2024. KASSENÄRZTE-CHEF FORDERT. 100 Euro Rückzahlung für Kassen-Patienten. S. 3.
- Bild v. 12.05.2024. KALIFAT-DEMO: Jammer-Islamisten fühlen sich vom deutschen Staat gemobbt. S. 8–9. S. 1.
- Bild v. 12.05.2024. Kommt das Ende für die RENTE MIT 63 jetzt doch? S. 2. S. 1.
- Bild v. 12.05.2024. Ampel-Krach um Rente mit 63. S. 2.
- Bild v. 12.05.2024. Bürgermeister nach Messer-Angriff gegen Verschärfung des Strafrechts. S. 9.
- Bild v. 12.05.2024. KALIFAT-DEMO: Jammer-Islamisten fühlen sich vom deutschen Staat gemobbt. S. 8–9.
- Bild v. 13.05.2024. Kosten „bedrohlich“. Renten-Krach eskaliert. Sozialstaat ist am Limit +++ FDP will Rente mit 63 kippen +++ Kanzler hält voll dagegen. SEITE 2. S. 1.
- Bild v. 13.05.2024. „Kriegen Kassen-Patienten bald wirklich 100 Euro auf die Hand? Ampel und Union loben den Ärzte-Vorstoß. S. 2.

- Bild v. 13.05.2024. Neues Renten-Papier erschüttert die Regierung. FDP warnt vor „bedrohlichen“ Kosten und stellt sich gegen das Kanzler-Machtwort. S. 2.
- Bild v. 14.05.2024. AMPEL Das Gift-Duell um die Rente. S. 2.
- Bild v. 14.05.2024. BILD-Meinung. Rente ist Mathematik, kein Harakiri! Von Jan w. Schäfer. S. 2.
- Bild v. 14.05.2024. Post von Wagner. Liebe Angela Merkel, S. 2.
- Bild v. 14.05.2024. Politiker-Diäten steigen! Größtes Plus seit 28 Jahren. S. 3.
- Bild v. 15.05.2024. Was jetzt wieder teurer wird. S. 1.
- Bild v. 15.05.2024. Bild MEINUNG. Nicht noch mehr Misstrauen schüren! Von Philip Fabian. S. 2.
- Bild v. 15.05.2024. ENDLICH! EU beschließt schärfere Asyl-Regeln. S. 2.
- Bild v. 15.05.2024. Lindner geheimer Renten-Handschlag mit Scholz. S. 2.
- Bild v. 15.05.2024. REGIERUNG plant WERBEAKTION für DEUTSCHEN PASS. Mit dem neuen Gesetz könnten ab Juni hunderttausende zügig Deutsche werden. S. 2.
- Bild v. 15.05.2024. Inflation. FÜR WEN wird WAS jetzt wieder TEURER? S. 3.
- Bild v. 15.05.2024. Sollen Macheten-Schlachten etwa unser Alltag sein? Von BILD-CHEFREPORTER FRANK SCHNEIDER. S. 3.
- Bild v. 15.05.2024. Straßenschlacht mit Machete und Messer! Der fast schon tägliche Wahnsinn in Deutschland. S. 3.
- Bild v. 16.05.2024. SO DÜSTER STEHT ES UM DAS HANDWERK. S. 1.
- Bild v. 16.05.2024. AMPEL VERSETZUNGS-GEFÄHRDET. Deutschlands Wirtschaftsweisen stellen Regierung mieses Zeugnis aus. S. 2.
- Bild v. 16.05.2024. Steuern runter für Eltern und Großeltern. CDU will Betreuung von Kindern und Enkeln stärken. S. 2.
- Bild v. 16.05.2024. Killer aus dem Regio-Zug für immer weggesperrt. S. 3.
- Bild v. 17.05.2024. Nächstes Bundesland verbietet Vollverschleierung in Schulen. S. 1.
- Bild v. 17.05.2024. Soviel weniger haben Sie bald vom Lohn! Ab 2025 höhere Abzüge, mit großer Tabelle. Seite 2. S. 1.
- Bild v. 17.05.2024. Sind der Regierung die Beschäftigten eigentlich völlig egal? So viel weniger bleibt Ihnen nächstes Jahr vom Netto. Fortsetzung Seite 1. S. 2.
- Bild v. 17.05.2024. Bild MEINUNG. Mehr Respekt vor Leistung. Von FELIX RUPRECHT. S. 2.
- Bild v. 17.05.2024. Neue Regierung mit Wilders ++ Radikaler Kurswechsel. Holland plant 'schärfste Asyl-Politik aller Zeiten'. S. 2.
- Bild v. 17.05.2024. Sind der Regierung die Beschäftigten eigentlich völlig egal? Soviel weniger bleibt nächstes Jahr vom Netto. S. 2.
- Bild v. 17.05.2024. Thüringen-Rebellen wollen Höcke aus der AfD schmeißen. S. 2.
- Bild v. 17.05.2024. Löst dieses Wohnmobil das Rätsel um die Entführung der Block-Kinder. WIEDER RAZZIA BEIM BLOCKHOUSE-CLAN. S. 3.
- Bild v. 21.05.2024. Die Rente mit 63 wird gigantisch teuer. KOSTENEXPLOSION. S. 1.
- Bild v. 21.05.2024. Migrantanteil beim Bürgergeld steigt. S. 1.
- Bild v. 21.05.2024. Irans Terror-Mullah flog mit Schrott-Heli in den Tod! + „Raisi ließ meinen Vater erschießen“. Bild-Reporter über das Schicksal seiner Familie. S. 2.
- Bild v. 21.05.2024. Die mutige Karoline. Politikerin Karoline stellt sich tausenden Juden-Hassern entgegen – und erinnert an die Opfer des 7. Oktober. S. 3.
- Bild v. 22.05.2024. Zahl der religiös-motivierten Straftaten explodiert. Faeser muss beunruhigende Zahlen einräumen. S. 2.
- Bild v. 23.05.2024. 75 Jahre Grundgesetz. S. 2–3.
- Bild v. 24.05.2024. Asyl-Zahlen gehen plötzlich wieder rauf. S. 3.
- Bild v. 25.05.2024. IN FEINSTEN KREISEN. Die Nazi-Schande vom Sylter Nobel-Club. Staatsschutz ermittelt. Seite 4. S. 1.

- Bild v. 25.05.2024. Bild MEINUNG. Unseren Politikern ist der Kompass verrutscht. VON Lina Nickel. S. 2.
- Bild v. 25.05.2024. Frau Uni-Präsidentin, wieso bezeichnen Sie diesen Juden-Hass als „Graffitis“? S. 2.
- Bild v. 25.05.2024. Sylt-Schnösel grölen „Ausländer raus!“ im Nobel-Club. Und DAS will keiner gehört haben. S. 4.
- Bild v. 26.05.2024. Exklusiv! Bürgergeld steigt nicht. Wegen niedriger Inflation gibt es 2025 eine Nullrunde – Seite 2. S. 1.
- Bild v. 26.05.2024. Bürgergeld wird nicht erhöht! Trotzdem steigen die Sozialausgaben um Milliarden. In der Regierung streiten SPD und FDP um die Kosten. S. 2.
- Bild v. 26.05.2024. KOMMENTAR CELAL ÇAKAR. Multimedia-Redakteur. Die Schnösel-Nazis schaden meinem Deutschland. S. 2.
- Bild v. 27.05.2024. Der geheime Renten-Deal von Scholz und Lindner. BILD enthüllt, was Lindners Handschlag den Kanzler kostet – Seite 2. S. 1.
- Bild v. 27.05.2024. NAZI-SKANDAL. Sylt-Schnöseln droht HAFT. Seite 6. S. 1.
- Bild v. 27.05.2024. BILD enthüllt, was Lindners Handschlag den Kanzler kostet – Seite 2. S. 2.
- Bild v. 27.05.2024. Bild MEINUNG. Rente und Pfleger fallen nicht vom Himmel. Von Peter Tiede. S. 2.
- Bild v. 27.05.2024. Bild MEINUNG. Wir müssen mehr Lisa sein. Von Michael Quandt. S. 2.
- Bild v. 27.05.2024. Post von Wagner. Böse Spatzenhirne von Sylt. S. 2.
- Bild v. 27.05.2024. Was der PFLEGE-SCHOCK uns alle kostet. S. 2.
- Bild v. 27.05.2024. Offiziell. Staatsanwalt ermittelt gegen „Ausländer-raus“-Gröler. S. 3.
- Bild v. 27.05.2024. Urlauberin auf Sylt beleidigt und geschlagen. Anzeige wegen Körperverletzung und Volksverhetzung. S. 3.
- Bild v. 27.05.2024. Warum singen so viele Deutsche das Skandal-Lied? Von Hans-Jörg Wehlewald. S. 3.
- Bild v. 27.05.2024. ER filmte die Nazi-Schnösel von Sylt. Der junge Mann aus Hamburg grölte selbst mit. Den Tätern drohen Haftstrafen. S. 6.
- Bild v. 28.05.2024. PFLEGE-S.O.S. Richtig vorsorgen mit 30, 40, 50, 60. Seite 2. S. 1.
- Bild v. 28.05.2024. So können SIE für gute Pflege vorsorgen. Experten schlagen private Zusatzversicherung vor. S. 1.
- Bild v. 28.05.2024. Bild MEINUNG. Rente und Pfleger fallen nicht vom Himmel. Von Peter Tiede. S. 2.
- Bild v. 28.05.2024. Judenhass-Vorwürfe gegen Uni-Präsidentin. Screenshots zeigen „Gefällt mir“-Angaben für antisemitische Beiträge ++ Universität schweigt auf Anfrage ++ Bundesregierung schockiert. S. 2.
- Bild v. 28.05.2024. Deutscher trotz Hass und Hetze. S. 3.
- Bild v. 28.05.2024. Mehr als 200 000 Einbürgerungen in einem Jahr! Rekord – die meisten kommen aus Syrien. S. 3.
- Bild v. 28.05.2024. Rentner finanziell am Limit. S. 3.
- Bild v. 28.05.2024. Stuttgart. Nach den Sylt-Schnöseln. Türkische Fans grölen „Ausländer raus!“. S. 3.
- Bild v. 30.05.2024. Uni-Professorin gibt Judenhass-Vorwürfe zu! Und bleibt im Amt! Seite 2. S. 1.
- Bild v. 30.05.2024. Bild MEINUNG. Rücktritt sofort! Von Philipp Piatov. S. 2.
- Bild v. 30.05.2024. Warum fliegt die Sylt-Grölerin von der Uni – und die Skandal-Professorin nicht? Die eine sang „AUSLÄNDER RAUS“, DIE ANDERE FAND JUDENHASS-POSTINGS GUT, GIBT ES ZU UND BLEIBT! S. 2.
- Bild v. 31.05.2024. DEUTSCHES ROTES KREUZ WIRFT 24 SENIOREN AUS PFLEGEHEIM! Droht dieses Schicksal jetzt noch viel mehr Rentnern? Seite 3. S. 1.

Bild v. 31.05.2024. So herzlos wirft das Rote Kreuz Senioren raus. Schock für viele Bewohner. Wo sollen sie bloß hin? S. 3.

### Über die Autoren

**Max Kroppenberg**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung. Er arbeitet zu den Themen extreme Rechte, Diskursforschung und Sozialpolitik.

**Christian Sydow**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung. Er arbeitet zu den Themen Flucht und Migration, neue Rechte, Diskurstheorie und Sozialpolitik.

Für die Inhalte der vorliegenden Publikation sind ausschließlich die Verfasser verantwortlich.

### Impressum

**DIFIS** – Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung

Direktorin: Prof. Dr. Ute Klammer (Universität Duisburg-Essen)

Stellv. Direktor: Prof. Dr. Frank Nullmeier (Universität Bremen)

Standort Duisburg: Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Forsthausweg 2, 47057 Duisburg

Standort Bremen: SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik,

Mary-Somerville-Straße 5, 28359 Bremen

Homepage: [www.difis.org](http://www.difis.org)

**Erscheinungsort und -datum:** Duisburg/Bremen, Juli 2026

**Inhaltliche Betreuung:** Dr. Thorsten Schlee und Dr. Kirsten Hoesch

**Betreuung der Publikationsreihe:** Dr. Miruna Bacali

**ISSN:** 2748-7199